

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Union-Busting – Lügen, bespitzeln zermürben...



Die Zeiten sind rauer geworden. Sichtbar wird das an den gesellschaftlichen Bewegungen, die wir derzeit erleben. Das „Modell Deutschland“ verliert in der Bevölkerung offensichtlich mehr und mehr an Anziehung- und Bindekraft. Das gilt nicht nur für die bundesrepublikanische Gesellschaft im Allgemeinen, sondern auch für ihre ökonomische Basis, die Betriebe. Schon seit Jahren findet dort ein schleichender Veränderungsprozess statt, der das Arbeitsklima zunehmend verschlechtert und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten verschiebt. Die Ursache dafür liegt in den vielen Deregulierungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen der Unternehmer, die damit versuchen ihre Konkurrenzfähigkeit

zu steigern. Die gesetzlichen Grundlagen für das Handeln des Kapitals haben die Bundesregierungen, beginnend mit der Regierung Schröder und folgende, geschaffen. Und das Resultat dieser Politik ist, dass das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, an das man in der BRD über Jahrzehnte

gewohnt war, immer mehr an Bedeutung verliert. Viele Werktätige erfahren heute an ihrem Arbeitsplatz eine immer stärkere Leitungsverdichtung. Oftmals dazu noch schlecht bezahlt. Arbeit an den Wochenenden, sowie

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Union-Busting – Lügen, bespitzeln zermürben...	S. 1
70 Jahre atomare Bedrohung, Teil III	S. 8
Unsere Frühjahrsseminar	S. 18
Die Krisen Europas	S. 20
Türkei – ein idealer Feind und Partner	S. 23
Presse, Meinungsfreiheit und die Information als Ware	S. 25
Österreich: Hofer verhindert – die FPÖ bleibt!	S. 31
Gewaltlosigkeit und Klassenkampf, Rezension	S. 34
Zuschriften an die Redaktion	S. 40

In eigener Sache

Die zunehmende Zahl von Krisen und Kriegen schlägt sich sowohl weltpolitisch als auch in der Innenpolitik in Veränderungen nach rechts nieder. Den Niedergang der „politischen Kultur“ in den USA offenbart der Kandidat der Republikaner, Trump, was zu großer Besorgnis Anlass gibt. Wir stehen erst am Anfang einer Flüchtlingsbewegung, die droht, das soziale Gefüge auch in den Aufnahmeländern zu erschüttern.

In den Betrieben wird zunehmend versucht, den Einfluß der Gewerkschafter und der Betriebsfunktionäre zurückzudrängen. Unter der Überschrift „Union Busting“ beschreibt unser Autor, mit welcher perfiden Mitteln und Methoden Unternehmer versuchen, Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben einzuschüchtern, rauszudrängen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Im Anschluss folgt der schon lange überfällige dritte und letzte Teil unserer Reihe über die Atompolitik.

Den größten Teil dieser Ausgabe nehmen die Referate unseres Frühjahrsseminars in München ein. Dort haben wir uns mit den Krisen Europas beschäftigt und mit der gefährlichen Entwicklung in der Türkei. Ein weiterer Punkt waren die Ursachen für die Rechtsentwicklung und ein Bericht über die Situation in Österreich kurz nach der Bundespräsidentenwahl. Ein anderer Beitrag widmete sich der Manipulation durch die Medien. Am Sonntag hielt ein Kenner der Vorgänge in Lateinamerika ein Referat mit dem Titel „Geht der revolutionäre Zyklus in Lateinamerika zu Ende?“

Eine Rezension des Buches „Klassenkampf und Gewalt“ sowie ein Leserbrief zum Syrienartikel in der letzten Nummer runden diese Ausgabe der Arsti ab.

Wir danken allen Abonnenten und Spendern für die Unterstützung unserer Arbeit. Wir sind auch weiterhin auf eure Solidarität angewiesen.

Die Jahreskonferenz der Gruppe findet heuer am 22. und 23. Oktober statt!



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Spät- und Nachtschichten sind inzwischen für sie zur neuen Normalität geworden. So wird die Sechs-Tage-Woche für viele Werktätige wieder Alltag. Bereits 2012 stellte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden dar, dass fasst ein Viertel (24,5 Prozent) der Beschäftigten auch Samstags gearbeitet haben. Die Tendenz ist steigend. In seiner Untersuchung zeigt das Statistische Bundesamt zudem, dass trotz Arbeitszeitverkürzungen in wichtigen Branchen immer mehr gearbeitet wird. Mit durchschnittlich 40,7 Stunden (2012) seien das etwa 40 Minuten pro Woche mehr als noch vor 15 Jahren. Dazu kommen befristete Arbeitsverträge, Kettenarbeitsverträge, Teilzeitarbeit, Werkverträge und Leiharbeit. Trotz dem staatlichen Mindestlohn bilden diese einen riesigen Niedriglohnsektor, der oftmals staatlicherseits subventioniert wird, indem bei vielen Werktätigen durch die Arbeitsagentur auf das Hartz- IV-Niveau aufgestockt wird.

Der Frust in den Betrieben wird inzwischen auch bei Wahlen und auf den Straßen sichtbar. Offensichtlich scheint ein Teil der Lohn- und Gehaltsabhängigen bei Pegida und deren Ableger, sowie in der AfD ein Ventil für ihren Frust zu sehen. Ein weiterer Teil verweigert die Teilnahme an Wahlen überhaupt. Die Linke dagegen wird schwächer und kann offensichtlich dem Aufwind der Reaktion nichts entgegensetzen. Die etablierten Parteien sind aufgeschreckt und sehen die Ursache der Entwicklung in der Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel. Auf die Idee aber, dass diese Entwicklung auch etwas mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu tun haben könnte, kommen sie nicht.

Doch selbst die heute schon vorhandenen Möglichkeiten der Unternehmer, die Arbeitsbeziehungen nach ihrem Gusto zu gestalten, ist vielen von ihnen nicht ausreichend genug. In Teilen der Unternehmerschaft lässt sich beobachten, wie systematisch gegen Betriebsratsgründungen vorgegangen wird, wie Betriebsräte gemobbt werden und wie Betriebsratsarbeit aggressiv behindert wird. Die Kapitalisten wollen die uneingeschränkte Herrschaft über ihr Kapital. Dafür sind sie bereit,

sich über wichtige Arbeitsschutzgesetze und das Betriebsverfassungsgesetz hinwegzusetzen. Noch findet diese Entwicklung nicht in breitem Umfange statt. Aber es gibt eine zunehmende Tendenz dafür.

In einer Broschüre der Otto-Brenner-Stiftung (OBS), die sich mit diesem Problem befasst, werden die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Vergangenheit und heute wie folgt eingeschätzt: „*Kooperative Arbeitsbeziehungen, Tarifautonomie, breite Anerkennung von Gewerkschaften in Wirtschaft und Politik sowie hohe Zustimmung für Betriebs- und Personalräte waren prägende Merkmale des ‚deutschen Modells‘ in der Bonner Demokratie. Gleiches gilt auch heute für die Berliner Republik: Gewerkschaften werden als gewichtige Machtfaktoren respektiert, sind als legitime Interessenvertreter akzeptiert und die Arbeit Hunderttausender, zum großen Teil ehrenamtlich tätiger Personal- und Betriebsräte findet hohe Anerkennung.*“

Eine der „Mitgliedsgewerkschaften“ des „christlichen Gewerkschaftsbund“. Der DHV hieß vor 1933 „Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband“: frauenfeindlich, antisemitisch und deutschnational. Eine klassische gelbe Gewerkschaft. Von dieser Vergangenheit ist auf der Internetseite dieser „Gewerkschaft“ nichts zu lesen. Oben eine Veröffentlichung aus dem Jahr 1930.

Sieht man einmal davon ab, dass es mit der Anerkennung der Betriebsräte und Gewerkschaften durch das Kapital auch in der Vergangenheit nicht weit her war, so beschreibt dieser Ist-Zustand nur unzulänglich die tatsächliche Situation. Dem Gesetzgeber war sehr wohl bekannt, dass von nicht wenigen Unternehmern Betriebsratswahlen und die Arbeit von Betriebsräten gestört und behindert werden. Wieso sonst sollte er diesem Sachverhalt in einem speziellen Paragraphen im Betriebsverfassungsgesetz Rechnung tragen? Im Paragraphen 119 geht es um „Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder“. Für den erfüllten Straftatbestand werden dort Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr angedroht. Doch offensichtlich schreckt das viele Unternehmer in zunehmendem Maße nicht davon ab, offensiv gegen Betriebsräte und die Wahl von Betriebsräten vorzugehen. So wird in der Broschüre der OBS über eine Befragung von Gewerkschaftssekretären zu dem

Thema berichtet. Danach konnten 59 Prozent der Befragten über die Behinderung von Betriebsratswahlen berichten. In 43 Prozent dieser Fälle waren externe „Dienstleister“ beteiligt. Und in 38 Prozent der befragten Gewerkschaftsgliederungen waren Versuche über die Zerschlagung bestehender Betriebsräte bekannt. Daran wird deutlich, dass diese Vorkommen keine Einzelphänomene sind, sondern System haben. Aggressives Vorgehen gegen Gewerkschaften und deren betriebliche Vertreter kennen wir seit langem aus den USA. Dort ist das ein milliardenschweres Wirtschaftsfeld. Unter dem Begriff „Union-Busting“ wurde das auch hierzulande bekannt.

Gelbe Gewerkschaften

Für die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften bedient sich die Unternehmer in der Vergangenheit oftmals „gelber Gewerkschaften“. Sie selbst hielten sich diskret im Hintergrund und überließen den „Gelben“ die Dreckarbeit.

Mit gelben Gewerkschaften werden Organisationen bezeichnet, hinter denen die Unterneh-

mer stecken. Das heißt, sie werden meist verdeckt von ihnen gegründet und auch finanziert. Der Sinn dieser Übung ist: Arbeiter und Angestellte sollen in den Kapitalisten genehmen Organisationen organisiert werden und damit von den selbständigen Gewerkschaften und deren Forderungen ferngehalten werden. Da hinter den gelben Gewerkschaften die Kapitalisten selbst stehen, werden sie von ihnen natürlich auch kontrolliert und gesteuert.

Historisch ließen die Kapitalisten die Gelben in Frankreich entstehen. Im Jahr 1899 sollte die Streikfront der CGT bei der Rüstungsschmiede Creusot gespalten und unterlaufen werden. Die Gelben organisierten Streikbrecher und versuchten das Streikziel zu unterlaufen.

Der christliche Gewerkschaftsbund (CGB)

Der älteste dieser Vereine ist der CGB, dessen Gründung im Jahr 1899 liegt. Diese Gewerkschaft war konservativ national und katholisch und grenzte sich sowohl gegen die Sozialdemokratie als auch gegen die freien Gewerkschaften ab. Immerhin war der Verband damals nicht ein solch zahloser Tiger, wie das sein blasser Nachfolger heute ist. Die christlichen Gewerkschaften hatten nämlich bis zu 18 Prozent der organisierten Arbeitnehmerschaft in ihren Reihen. Das gewerkschaftliche Programm basierte auf der Suche nach sozialem Ausgleich innerhalb des kapitalistischen Systems.



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

Der Name geht vermutlich darauf zurück, dass die gelben Organisationen in Paris die Fenster ihrer Büros mit gelbem Papier abdeckten, im Gegensatz zu den sozialistischen Gewerkschaften, welche rotes Papier verwendeten. Natürlich dauerte es nicht lange, bis auch in anderen europäischen Industrieländern sowie den USA solche Spalterorganisationen gegründet wurden. In Deutschland war das 1905 der Fall, und zwar im „Hause Siemens“. Sie nannten sich damals Siemens-Werkvereine, wurden von Siemens finanziert, waren siemensfreundlich und deutsch-national und ließen sich trefflich als Rammbock gegen die freien Gewerkschaften in Stellung bringen. Bis zum heutigen Tag gibt es immer wieder von den Unternehmern initiierte Versuche, gelbe Gewerkschaften zu etablieren. Die Kapitalisten und ihre politischen Hilfskräfte sind dabei durchaus erfolgreich.

Heute treiben im gewerkschaftlichen Umfeld im Wesentlichen zwei Kontergewerkschaften ihr Unwesen. Es handelt sich dabei um die AUB (Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsangehöriger) und den CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund). Beiden ist gemein, dass sie unzweifelhaft das Geschäft des Kapitals betreiben und zwar mit allen unlauteren Mitteln. Nichts ist ihnen zu hinterhältig, verlogen und infam.

Auf Kooperation und möglichst nicht auf Konfrontation. Da sich die gewerkschaftliche Praxis der ADGB-Gewerkschaften, trotz ihrer sozialistischen Programmatik, nicht besonders von der christlichen Gewerkschaften unterschied, ist es nicht verwunderlich, dass es am Ende der Weimarer Republik zu einer weitgehenden Annäherung des ADGB an die Christen gekommen war. Sogar ein Zusammenschluss mit dem ADGB wurde vorstellbar. Nach der Machtübergabe an die Nazis erlitten die christlichen Gewerkschaften allerdings das gleiche Schicksal wie die freien Gewerkschaften: sie wurden verboten.

Die Neugründung erfolgte erst 1955. Der DGB, in dem sich auch viele Christen organisiert hatten, stand zur Adenauerregierung in Opposition in Sachen Montanmitbestimmung, Betriebsverfassungsgesetz und Ausrüstung. Der KAB (Katholische Arbeitnehmer Bewegung) sah darin die Chance für einen neuen Anlauf zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft. Seine Begründung: „... die katholischen Arbeiter sind zunehmend geneigt, die sozialen Wirklichkeiten ... rein gewerkschaftlich zu beurteilen (d.h. marxistisch-sozialistisch)“. Der Erfolg dieser Kopfgeburt CGB blieb allerdings aus. Der Massenübertritt katholischer Arbeiter erfolgte nicht. Der CGB ist daher bis zum heutigen Tag eine Sekte. Er gibt seine Mitglie-

derzahl heute mit 300.000 an, was wahrscheinlich gelogen ist, denn die Auflage aller seiner Publikationen, auch die der Branchenorganisationen, liegt bei nicht einmal 200.000. Das politische Profil der Sekte wird durch eine zügellose Hetze gegen die DGB-Gewerkschaften und ihre Repräsentanten bestimmt, während Unternehmer grundsätzlich mit großer Sympathie behandelt werden. Probleme in der Arbeitswelt kommen nicht vor – für die Christen gibt es solche nicht. Der CGB ist deshalb heute in Wort und Tat eindeutig eine gelbe Gewerkschaft.

Die Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger (AUB)

AUB Die unabhängige Arbeitnehmervertretung

Die Unabhängigen

Betriebsnah. Ideologiefrei. Zukunftsorientiert.

Was Insider schon immer wussten ist, dass die AUB aufs innigste mit dem Siemens-Konzern verbunden ist. Dass Siemens den ganzen AUB-Laden finanziert, konnte bis vor kurzem nicht bewiesen werden. Aber spätestens mit der Inhaftierung ihres ehemaligen Vorsitzenden Wilhelm Schelsky im Zusammenhang mit der Siemens-Korruptionsaffäre im Jahre 2006, besteht in dieser Frage Klarheit. Siemens zahlte an die AUB viel Geld. Geflossen sind wohl rund 50 Millionen Euro in einem Zeitraum von ungefähr 20 Jahren. Schelsky war bei dem Kapitaltransfer die Schlüsselfigur. Neben dem Tatbestand der Steuerhinterziehung sollte mit dem Geld die Arbeit der IG Metallbetriebsräte bei Siemens behindert werden. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz stellt das ebenfalls einen Straftatbestand dar und kann mit Gefängnis geahndet werden. Deshalb und natürlich auch weil diese Transaktion der Öffentlichkeit verborgen bleiben sollte, lief das Geld über eine von Schelsky gegründete Unternehmensberatung. Als Honorare für geleistete Beratungen deklarierte der Konzern seine Zahlungen. Waren die „Beratungen“ anfangs alleine auf den Siemenskonzern beschränkt, expandier-

te Schelskys Unternehmensberatung im Laufe der Jahre. Die Nützlichkeit der AUB für die Kapitalverwertung sprach sich wohl herum. Außer bei Siemens gibt es heute die AUB bei Opel, Aldi und Hornbach, sowie bei den Halbleiterunternehmen ZMD, Qimonda und Infineon. Es ist natürlich durchaus möglich, dass die AUB in noch weiteren Unternehmen ihr Unwesen treibt. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben. Die Staatsanwaltschaft hat schließlich im Zusammenhang mit der Siemens-Affäre herausgefunden, dass auch bei Aldi geheime Zahlungen an die AUB flossen. Aber warum sollte das nur bei Siemens und Aldi der Fall gewesen sein? Warum nicht auch bei den anderen erwähnten Konzernen? Schließlich gibt es im Kapitalismus nichts umsonst!

Wer sich eine gelbe Quasi-Gewerkschaft kauft, hat schließlich deren Spesen zu tragen. Es lohnt sich eine solche gelbe Organisation für die Konzerne ja auch. Es gibt keinen Wunsch, der ihnen von einer AUB-Mehrheit im Betriebsrat nicht erfüllt wird. Seien es Überstunden, Sonder-schichten, Eingruppierungsfragen oder sonstige Angelegenheiten, die mitbestimmungspflichtig sind. Jeder Unternehmerwunsch ist für die AUB Befehl. Auch bei Entlassungen, selbst wenn es sich um Massenentlassungen dreht, braucht ein Konzern, der die AUB pflegt, keinen Ärger zu befürchten. Bei Infineon in Dresden hat die AUB sogar erfolgreich verhindert, dass es zu Tarifverhandlungen mit der IG Metall gekommen ist. Schließlich sind ein tarifloser Zustand und niedrige Löhne das höchste Interesse für einen Kapitalisten. Und dafür sorgt die AUB.

Union Busting – Ein profitables Geschäftsmodell

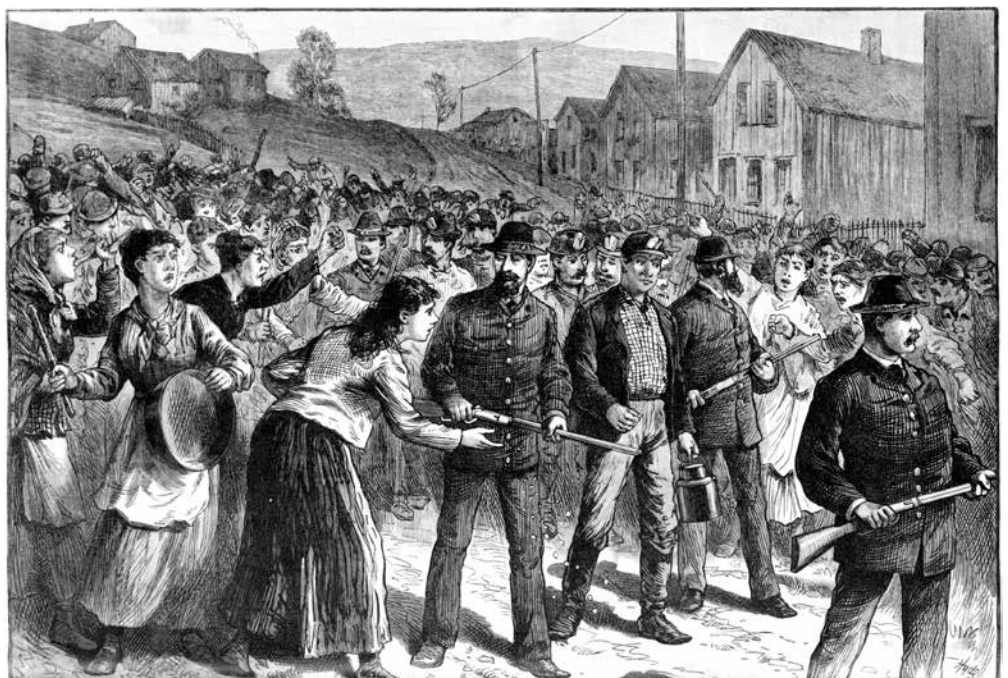
Doch neben den traditionellen „gelben Gewerkschaften“ greifen Unternehmer immer öfters auf sogenannte „Dienstleister“ zurück. Das heißt, sie engagieren spezialisierte Anwaltskanzleien, Medienagenturen und De-

tekteien, die sich auf das Handwerk des Zerschlagens von Betriebsräten und gewerkschaftlicher Betriebsstrukturen – des Union-Busting – verstehen. Wegen der Arbeitsteilung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften bedeutet Union-Busting in Deutschland deshalb vor allem die Be- und Verhinderung der Arbeit von Betriebsräten. Gelingt es dem Unternehmer einen Betriebsrat zu verhindern oder zu zerschlagen, verhindert er damit meistens auch gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb.

Als erste Vertreter des Union Busting gilt die in den USA 1850 gegründete Pinkerton-Agentur, die 40 Jahre später über eine schwerbewaffnete Miliz von über 30.000 Personen verfügte. Das war eine schlagkräftige Streikbrecher-Armee und sie bestand aus dem übelsten Abschaum: aus Schlägern, Spitzeln und Revolverhelden. Pinkerton unterhielt ein Netz aus Spionen und V-Leuten, die in Betriebe und Gewerkschaften eingeschleust wurden und dort ihre gewerkschaftsfeindliche Wühlarbeit betrieben. Mit dem Ende des Nachkriegsbooms kam die Branche in den 1970er Jahren zu neuer Blüte. In den 1980er Jahren gab es in den USA bereits mehr als 1500 Union Busting Agenturen, die rund eine Milliarde Dollar Umsatz machten. Deren reaktionäres Wirken hatte einen nicht geringen Anteil an dem dramatischen

Niedergang der traditionellen amerikanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg. So waren im Jahre 2006 in den privaten Unternehmen nur noch 7,9 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert und der Süden der USA kann als gewerkschaftsfreie Zone bezeichnet werden. Heute wird der Organisationsgrad mit hoher Wahrscheinlichkeit noch niedriger liegen. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die reaktionäre Politik der US-amerikanischen Regierungen. So zerschlug beispielsweise Präsident Ronald Reagan 1981 nicht nur die Fluglotsengewerkschaft, sondern er führte auch ein Gesetz zur „Bekämpfung der Korruption“ ein. Dieses erlegte den Gewerkschaften eine erstickende bürokratische Berichtspflicht auf und richtete sich allein gegen sie. Unter dem Menschenrechtsfreund Georg W. Bush wurde das Gesetz noch verschärft. Und der „Yes-we-can-Präsident“ Obama findet auch keinen Grund, an dem Zustand etwas zu verändern. Noch weitergehende gewerkschaftsfeindliche Gesetze sind vor allem aus den Südstaaten der USA bekannt.

Die Kapitalisten finden das gut. Auch die deutschen Automobilhersteller. Die Produktionsstandorte von Volkswagen, BMW und Mercedes befinden sich alle in den Südstaaten. Keiner dieser Konzerne investierte in



Pinkerton-Wachen geleiten Streikbrecher in einen Betrieb in Buchtel, Ohio, 1884.
Bildquelle: Wikipedia

den traditionellen Hochburgen der US-Autoindustrie im Norden und Mittleren Westen. Das liegt natürlich nicht daran, dass dort die UAW, die Automobilarbeiter-Gewerkschaft, einigermaßen verankert ist, sondern das hat andere, strukturpolitische Gründe, sagen sie. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Hierzulande zeichnen die Konzerne von sich selbst immer das Bild des fairen Umgangs mit Belegschaften und deren Interessenvertretern. Kooperative Arbeitsbeziehungen, wie es die OBS schreibt, scheint den Konzernvorständen eine Herzensangelegenheit. Betrachtet man aber ihr Wirken an ihren Standorten außerhalb Europas, stellt man fest, dass ihr Gebaren hierzulande reine Fassade ist. So hat vor zwei Jahren beispielsweise eine knappe Mehrheit der VW-Belegschaft in Chattanooga gegen eine Belegschaftsvertretung nach deutschem Vorbild gestimmt. Abstimmen durften allerdings nicht alle Beschäftigten, sondern nur die Fachkräfte. Soviel Demokratie muss sein! Der Abstimmung ging eine Kampagne gegen eine solche Vertretung und gegen die Gewerkschaft UAW voraus, an der die Regierung des Bundesstaates Tennessee und alle Medien aktiv teilnahmen. Koordiniert natürlich von professionellen „Dienstleistern“. Auf den Vorwurf der UAW, VW verweigere den Mitarbeitern eine gewerkschaftliche Vertretung, erklärte ein VW-Sprecher in den USA, dass es nicht den Vorstellungen des Autobauers entspreche, mit einer Gewerkschaft zu verhandeln, die nur einen Teil der Arbeitnehmer vertrete. Soviel also zu den kooperativen Arbeitsbeziehungen des VW-Konzerns!

Einschüchtern, bespitzeln zermürben...

Auch in Deutschland gibt es ein umfangreiches Angebot an Dienstleistern, die sich dem Union Busting verschrieben haben. Am bekanntesten sind wohl die Rechtsanwaltskanzleien Helmut Naujoks in Hamburg und Dirk Schreiner und Partner aus Attendorn. Schreiner ist mit einem Team aus 16 Juristen in Regionalbüros in Köln, München, Hamburg und Dresden bundesweit aktiv. Er deckt

mit seiner Kanzlei das gesamte Tätigkeitsfeld des Union-Busting ab – sowohl mit Anwälten, aber auch mit Referenten, Inhouse-Coaches und Anti-Organizing-Berater hinter den Kulissen. Schreiner arbeitet diskret und zieht die Strippen aus dem Hintergrund. Das unterscheidet ihn von Naujoks, der öffentlichkeitsgeil ist und sich in Talkshows vor laufender Kamera gerne mit seiner Verkommenheit brüstet. Doch gewiss gibt es inzwischen ein ganzes Heer weiterer Anbieter, die dieses schmutzige Gewerbe bedienen.

Zum Repertoire dieser „Dienstleister“ gehören die Verhinderung oder Manipulation von Betriebsratswahlen, die Einschüchterung und Bespitzelung von Betriebsräten oder Betriebsratskandidaten, Vorteilsgewährung für willige, unternehmerfreundliche Betriebsräte oder die Verhinderung von kritischen Presseberichten. In der Mehrheit also alles Dinge, die unter den Straftatbestand des §119 des Betriebsverfassungsgesetzes fallen. Doch wen kümmert das?



Schreiner und Partner Niederlassung in Josephsplatz 6 in München

Wenn die Gründung eines Betriebsrats nicht zu verhindern ist oder zum Beispiel bei einem namhaften Konzern (Siemens) nicht opportun erscheint, steht oft die Wahl von unternehmenshörigen Betriebsräten oder die Organisierung einer unternehmenshörigen Mehrheit in Wahlvorständen und Betriebsräten oder der Rückgriff auf gelbe Gewerkschaften auf der Agenda der Union-Buster. Für Bespitzelungen haben sie einschlägige Detekteien an der Hand, die die Privatsphäre missliebiger Beschäftigter ausspionieren. Das alles läuft diskret und geräuschlos. Gewerkschafter und Betriebsräte sollen

möglichst den Plan, der hinter all dem steckt, nicht mitbekommen.

In Seminaren geben sie ihre gesammelten Schweinereien an Geschäftsleitungen und Personalverantwortliche weiter. Diese lernen dort, wie man Belegschaften spaltet, wie Einzelne zermürbt und kaputtgemacht werden können, bis sie aufgeben und das Handtuch werfen.

Zu der Taktik der Union-Buster gehört es, Kündigungen von BR-Mitgliedern oder Gewerkschaftsaktivisten zu inszenieren. Als Kündigungsgrund wird ein „grober Verstoß“ gegen das BetrVG „gemäß § 23 Abs. 1 erfunden. Mit dem Ausspruch der Kündigung wird gleichzeitig ein Hausverbot erteilt. Meistens sind die Vorwürfe, die gegen diese KollegInnen erhoben werden, völlig aus der Luft gegriffen. Sie sind hinterhältig und gemein und die Union Buster scheuen sich nicht, selbst Familienangehörige in das Intrigengeflecht einzubeziehen.

Natürlich sind sich die Herrschaften bewusst, dass sich ihre Begründungen vor einem Arbeitsgericht nicht halten lassen. Trotzdem gehen sie diesen Weg. Zum einen erreichen sie damit, dass die betroffenen Beschäftigten oft für Monate aus dem Betrieb entfernt sind und von der Belegschaft isoliert sind. Wenn die Klagen dann von den Arbeitsgerichten zurückgewiesen werden, haben die Union-Buster trotzdem in den meisten Fällen ihr Ziel erreicht. Die Arbeitsfähigkeit des Betriebsrates wurde maßgeblich geschwächt und der betroffene Kollege oder die Kollegin ist oftmals so zermürbt, dass er das Abfindungsangebot des Betriebes annimmt und den Betrieb verlässt. Es gehört ein sehr starker Charakter dazu, den Lügen und den Gemeinheiten der Union Buster zu widerstehen und nur wenige Betroffene sind stark genug, eine solche Auseinandersetzung bis zu einem erfolgreichen Ende durchzustehen.

Es gibt in der BRD Betriebe und Branchen, in denen das Union Busting besonders häufig vorkommt und in denen es regelrechte gewerkschafts- und betriebsratsfreie Zonen gibt. Das sind die Einzelhandelsketten Aldi, Lidl, IKEA, H&M und weitere; auch Großbäckereien; die Systemgastronomie, wie McDonald's

oder Maredo; Unternehmen in der Informations-, Solar-, und Windkrafttechnologie, aber auch, wie ein aktueller Fall zeigt, die Meyer-Werft in Papenburg mit mehr als 3000 Beschäftigten. Dort kam es zu einem Konflikt mit der Unternehmensleitung, weil der Betriebsrat sein Recht nach der Unternehmensmitbestimmung einforderte. Daraufhin wurde der BR-Vorsitzende Ibrahim Ergin fristlos gekündigt. Ihm wird vorgeworfen, er hätte in den Jahren 2011 und 2012 Auszubildende genötigt, in die IG Metall einzutreten. Natürlich hat der Betriebsrat der Kündigung seines Vorsitzenden nicht zugestimmt (was erforderlich wäre, damit die Kündigung eines BR-Mitgliedes rechtswirksam wird), und die

sivität gegenüber aktiven Mitgliedern von Interessenvertretungen gibt. Solche Geschäftsführungen engagieren Union-Buster, weil für sie „kein Betriebsrat besser ist als selbst der Kooperativste“. Es handelt sich bei diesen Unternehmen oft um Mittelständler oder US-amerikanische Konzerne. Auch in Start-Up-Unternehmen sieht man Gewerkschaften und Betriebsräte nicht gerne. Kurz, überall dort, wo der neoliberalen Ideologie von Belegschaftsseite nichts entgegengesetzt wird, ist man bereit, zum Mittel des Union-Busting zu greifen. Allerdings sind für dieses schmutzige Geschäft die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht vergleichbar mit denen in den USA. Hier gibt es eine Betriebsverfassung

gezogen wurden. Die nach dem Betriebsverfassungsgesetz (§119) geltende Strafbarkeit von Betriebsratsverhinderung und -behinderung ist vermutlich eine der am seltensten durchgesetzten rechtlichen Sanktionen überhaupt.

Was dann also tun? Die Antwort ist sowohl einfach als auch schwierig. Grundsätzlich gilt: Unsere Antwort heißt Solidarität! Sollte ein Angriff in einem gut organisierten Betrieb mit einem aktiven Betriebsrat stattfinden, antwortet die Belegschaft mit Streik auf das Ansinnen des Kapitalisten und der Angriff ist vom Tisch. Allerdings weiß ein kluger Unternehmer Bescheid über die Kräfteverhältnisse im Betrieb und lässt einen solchen Angriff deshalb



Aktion vor dem Münchner Büro der Kanzlei Schreiner und Partner am 12. April 2016. Bild: Arbeiterstimme

Klage wurde vom Arbeitsgericht inzwischen auch zurückgewiesen. Doch die Geschäftsführung stellt sich auf stur, „eine weitere Zusammenarbeit mit Herrn Ergin“ sei für sie unzumutbar (*Sozialismus* 4-2016).

Für die IG Metall ist klar. Hinter den Vorgängen in der Werft steckt System, nämlich das Naujock-System. Dazu schreibt der *Sozialismus* „untermauert wird diese Annahme durch Medienberichte, dass der als ‚Betriebsratsfresser‘ bekannte Anwalt Helmut Naujocks zu Gesprächen vor Ort war...“. Dem kann man nur zustimmen. Das ganze läuft ab wie aus dem Handbuch des Union-Busting, sollte es ein solches geben.

Unsere Antwort heißt Solidarität!

Betrachtet man die Situation in den Betrieben in Deutschland, so stellt man fest, dass es in vielen Unternehmen eine wachsende Aggres-

sion und Arbeitsgesetze, von denen die Werk tätigen in den USA nur träumen können. Allerdings heißt das nicht, dass es hierzulande auf ewig so bleiben muss. Wenn die herrschenden Kapitalkreise den Zeitpunkt für gekommen sehen, werden sie diese „Arbeiterrechte“, ohne mit der Wimper zu zucken, schleifen.

Wer jedoch alleine auf die Justiz und bestehende Gesetze baut, baut auf Sand. Der bürgerliche Staat bleibt trotz aller Sozial- und Arbeitsgesetze ein bürgerlicher Staat. Das heißt: im Zweifel für den Bourgeois oder Kapitalisten. Das zeigt sich beim Union-Busting besonders deutlich. Rechtsanwaltskanzleien, die das Union-Busting anbieten und betreiben, bleiben straflos. Obwohl sie nachweislich regelmäßige Straftaten begehen, ist kein Fall bekannt, in dem sie zur Rechenschaft

in der Regel bleiben. Aber es gibt ja auch weniger kluge.

Schwieriger wird es, wenn eine Belegschaft weniger gut organisiert ist, der Betriebsrat, wenn es ihn gibt, passiv ist und deshalb im Betrieb eine Opposition entsteht, die Veränderungen erreichen will. Hier lassen sich Union-Buster nicht so einfach wegstreiken. Hier helfen nur die Herstellung von Öffentlichkeit und Solidarität gegen derartige schmutzige Methoden. Wobei es wichtig ist, dass die betroffenen KollegInnen nicht nur von großen Teilen der eigenen Belegschaft Solidarität erfahren, sondern auch darüber hinaus aus ihrem sozialen Umfeld und ihrer Gewerkschaft. Nur so werden sie in der Lage sein, durchzuhalten und nur so können sie dem psychischen Druck, der auf ihnen lastet, widerstehen.

70 Jahre atomare Bedrohung

Atomrüstung, Politik mit Atomwaffen, Kalter Krieg, Teil III



Israels „geheime“ Atomwaffen

Heute versprechen sich auch kleine, aber mächtige Regional-Staaten wie etwa Israel von seinem bisher offiziell selbst weder zugegebenen noch dementierten (Politik „nuklearer Zweideutigkeit“) – tatsächlich aber existierenden Atomwaffenbesitz – außerhalb jeder international vertraglichen Sanktion den Schutz bzw. die Möglichkeit zum militärischen Präventiv- wie auch Vergeltungsschlag gegen eine unterstellte, von außen massiv drohende oder sich abzeichnende Vernichtung. Und Staaten wie die BRD, die dem Atomwaffensperrvertrag von 1963 beigetreten sind, tragen noch zu ihrer Atomwaffenausrüstung bei. Als Israel im ersten Irakkrieg 1991 von irakischen Scud-Raketen beschossen wurde, handelte man in geheimen Deal Außenminister Genscher die Zusage zu Bau und Lieferung von insgesamt sechs voraussichtlich bis 2017 auf deutschen Werften (HDW Kiel, Nordseewerke Emden) gebauten U-Booten ab, wobei von den zu erwar-

tenden ca. 2,6 Mrd. Euro Baukosten die Bundesrepublik als Militärhilfe für einen Staat in hochsensibler Konflikt- und Spannungsregion etwa die Hälfte übernimmt. Diese modernsten konventionellen U-Boote der Dolphin-Klasse auf der Basis der 212A-Bauart für die Bundesmarine mit ihren geräuscharmen Dieselelektrik-/Brennstoffzellenantrieben und großer Einsatzreichweite, verfügen über speziell vergrößerte Torpedorohre, durch die von Israel entwickelte Marschflugkörper (Popeye Turbo), die Atomsprengköpfe tragen, unter Wasser abgefeuert werden können. Israels neue U-Boote, von denen vier inzwischen ausgeliefert sind, können damit unentdeckt vor jeder möglichen Küste der Welt, besonders aber der Mittelmeer- und Golfregion, auftauchen und in Angriffs- und Zweitschlagsfähigkeit von See aus Ziele an Land oder zu Wasser in kurzen bis mittleren Reichweiten von bis zu 350/1.500 km atomar bedrohen und vernichten (technische Angaben und Zahlen u. a. nach *wikipedia* und Zeitschrift *Europäische Sicherheit & Technik*).

Israels Weg zur Atombombe wurde vor allem initiiert und gefördert schon vom ersten Staatspräsidenten David Ben Gurion, dem Wissenschaftler Ernst David Bergmann und dem Politiker der Arbeiterpartei, Schimon Peres, in verschiedenen Funktionen als Minister- und Staatspräsident, Außen- und Verteidigungsminister und sogar Friedensnobelpreisträger (1994). Die hier nicht näher zu beschreibende Entwicklung führte seit etwa 1955 in der spannungsgeladenen Konflikt- und Kriegsregion des Nahen Ostens über wechselnde Unterstützungen durch die USA, England, Frankreich, Südafrika und mehrere Stationen der Kooperation, Geheimhaltungsabkommen und unsauberen Deals zum Ziel mit allen unerlaubten Mitteln und skrupelloser Schläue. Erstmals 1986 faktisch offiziell belegt durch die Denunziation des israelischen Whistleblowers Mordechai Vanunu (Vanunu-Affäre). Der einstige Atom-Techniker am geschickt getarnten, von US-Hawk-Abwehrraketen umstellten, überwiegend unterirdischen

Atomforschungs- und Kernwaffenprojekt Israels in der Negev-Wüste bei Dimona, wurde im Ausland von Israels Geheimdienst Mossad im Anschluss eines London-Besuchs, wo er der Presse sein Wissen angeboten hatte, nach Rom gelockt, von dort nach Israel entführt, vor Gericht des Hochverrats angeklagt und 1993 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Noch immer ist ihm, dem weit mehr als Barack Obama oder Peres der Friedensnobelpreis zustehen würde, seit seiner vorzeitigen Entlassung 2004 jeder Kontakt zu Journalisten und die Ausreise untersagt und ist er wiederholter Staatsschikane, Strafverfolgung und zeitweiser Inhaftierung ausgesetzt. Mehr als einmal brachte Israels provokative Strategie der Erpressungen, um an die Bombe zu gelangen, den Nahen Osten an den Rand des Abgrunds einer atomaren Auseinandersetzung (Sechstagekrieg 1967) unter Beteiligung und Verwicklung anderer Atomweltmächte (USA, SU). Bereits 1967 soll Israel über mindestens zwei eigene Atomsprengköpfe verfügt haben, deren Einsatz im äußersten Fall gegen Ägypten und Syrien vorgesehen war. Man wird gleichwohl Israels Sorge um die eigene Existenz nach den Erfahrungen des jüdischen Volkes mit dem Nazi-Holocaust, nie wieder Opfer, nie wieder wehrlos zu sein, verstehen müssen. Man muss aber seine in Tätermanie seit Jahrzehnten dazu angewandten staatswillkürlichen und auf militärische Vorherrschaft und Unterdrückung gegenüber dem palästinensischen Volk zielenden Praktiken weder billigen noch akzeptieren. Sowohl das israelische militärische Vorgehen in der Vergangenheit im Libanon (1982) als auch die militärische Besetzung und Kontrolle der mit befestigten jüdischen Wehrsiedlungen gespickten West Bank und immer wieder die kriegerischen Einfälle in den Gaza-Streifen, beide wie Ghettos umzäunt und ummauert von den hässlichsten Sperranlagen der Welt, sind eines zivilisierten Landes unwürdig und menschlich wie völkerrechtlich schärfstens zu verurteilen.

Israels kombinierte Atomstreitmacht besteht heute zu Luft (F15/F16-Bomber, Mittel-/Langstreckenrakete Typ Jericho mit verlängerten Reichweiten bis 11.500 km, Cruise Missiles), zu Land (taktische Ge-

fechtsköpfe für Panzer und Artillerie) und Wasser (U-Boote, Schnellboote). Nach weit differierenden Schätzungen beträgt die Anzahl der atomaren Sprengköpfe zwischen 100 und eher wahrscheinlichen 400. Gegen ausgemachte Bedrohungen aus der Region durch Atomprojekte anderer Staaten wie im Fall der zwischen 1980 und 1991 mehrmals angegriffenen und zerstörten irakischen Reaktoranlagen von Tammuz 1+2 (Osirak) bei Bagdad, begegnete Israel mit von seinem engsten Verbündeten USA gedeckten Präventivschlägen seiner Luftwaffe, die erneut in den vergangenen Jahren gegen errichtete Atomforschungsanlagen im Iran erwogen und angedroht wurden. Dabei wird man davon ausgehen müssen, dass eine gegen Israel einsetzbare iranische Atombombe bislang eine von westlicher Angstpropaganda absichtlich geschürte Chimäre ist.

Szenarien im Kalten Krieg - Schlachtfeld Deutschland

Der Westen rechnete in einem atomaren 3. Weltkriegs-Szenario in Deutschland neben den angenommenen Gefechtsräumen norddeutsche Tiefebene und Hof-Korridor (Nordostbayern) besonders im nordostthessischen sog. Fulda-Gap mit massiven Vorstößen des Warschauer Paktes. Man erwartete gerade dort mit 80.000 Mann und ca. 1.500 Panzern überlegen auftretende Truppen des Warschauer Paktes (WP), die in dem sich als günstige „Lücke“ anbietenden wellenförmigen Gelände mit breiten waldlosen Schneisen und Senken durchbrechen und schnell bis in den dann nur noch etwa 80 km entfernten Großraum Frankfurt und an den Rhein vordringen würden, um die BRD in zwei Hälften zu zerteilen. Als Strategie dagegen entwickelten die USA/NATO das Konzept Air-Land-Battle (Luft-Land-Krieg) unter Einschluss der Verwendung taktischer nuklearer Gefechts Waffen. Heute zeugen der zum Touristen-Freilichtmuseum umgestaltete frühere US-Beobachtungspunkt „Point Alpha“ in der Nähe der ostthessischen/thüringischen Grenzorte Rasdorf/Geisa und das in nächster Nähe neu angelegte Grenzlandmuseum von der damals gezielt genährten Bedrohungshyste-

rie, die einseitig nahezu ungebrochen in das Gedenkkonzept übernommen wurde. Die verkehrsmäßige zivile Infrastruktur der BRD wurde, soweit vor Ort erforderlich, zuerst an militärstrategisch erwogenen Überlegungen und Planungen ausgerichtet. Wer aufmerksam auf bundesdeutschen Autobahnen lang fährt, kann immer wieder völlig schnurgerade eben verlaufende Abschnitte ausmachen von ca. 2 bis 2,5 km Länge, mit lediglich durch eine Doppelleitplanke getrennten Fahrbahnen ohne Grünstreifen. Dabei handelte es sich um soweit schon unterirdisch mit Strom- und Wasserversorgung und Kommunikationsanlagen vorbereitete Behelfsstart- und Landebahnen für Kampfflugzeuge und Transporter der NATO-Luftwaffen. Künstliche Wasserstrassen wie der in ungefährer Nord-Südrichtung verlaufende Main-Donau-Kanal und weiter nördlich der Elbe-Seitenkanal zwischen Wolfsburg und Lauenburg/Lübeck dienten neben ihrem lediglich sehr eingeschränkten wirtschaftlichen Zweck vor allem als mögliche Barriere, um aus dem Osten nach Westen vorrückende Panzer- und Truppenverbände des WP für gewisse Zeit aufzuhalten. Brücken, Strassen und Autobahnen vor allem in Grenznähe zur DDR wurden von vorneherein mit Sprengkammern und -schächten auch für Atomminen angelegt (und wie zu vermuten ist auch auf der „Gegenseite“). Was die westdeutsche Bevölkerung lange Zeit am wenigsten wusste, war der geplante Einsatz von mit Atomgranaten kurzer Reichweiten bis 10-20 km bestückten Artilleriegeschützen, Panzerhaubitzen und Kurzstreckenraketen von 30 bis max. ca. 130 km Reichweite auch noch auf eigenem Terrain im Zuge der sog. Vorneverteidigung und „flexible response“ (flexible Reaktion) der NATO gegen eine angenommene konventionelle Panzerübermacht des WP. Im Ernstfall wären so ohne Evakuierung ganze Landstriche mit der eigenen Bevölkerung atomar zerstört und radioaktiv verseucht worden. Recherchen von Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden brachten zu Beginn der 80er Jahre an den Tag, dass Hunderttausende von ihnen längst entsprechend zivil-militärischer Verwendung, bestehender Zivilschutzpläne und der Sicherstel-

lungsgesetze der Notstandsverfassung im Ernstfall für Kriegshilfsdienste in Krankenhäusern, Sozialeinrichtungen, Lazaretten und Transport- und Logistikaufgaben vorgesehen waren und begannen, sich auch dem in öffentlichen Erklärungen und Protestaktionen gegenüber den zuständigen Behörden und Ämtern zu verweigern.

Falklandkrieg, Atomkriegsparanoia und Massen- Proteste in den 80er Jahren

1982 ging mit dem Falklandkrieg (argent. Islas Malvinas) zwischen Großbritannien (unter Premier M. Thatcher) und Argentinien unter der Militärherrschaft General L. Galtieris die Ära der klassischen Staatenkriege mit dem wenig glanzvollen Kontertsieg überlegener britischer Marineinfanterie vorerst dem Ende zu. So weit ab vom Mutterland hätte diese aber keine Woche länger mehr durchhalten können. Zum Menetekel wurde die Versenkung des veralteten leichten argentinischen Kreuzers „General Belgrano“ (ehem. USS Phoenix der US-Marine) durch Torpedos eines britischen Atom-U-Boots, bei der allein 323 Marinesoldaten starben. Auf britischer Seite waren auch weitere Kriegsschiffe mit Atomwaffen an Bord beteiligt und traf es u.a. die Fregatte „Sheffield“, die von einer französischen Luft-Schiff-Lenkrakete Exocet getroffen wurde und in Brand geriet. Noch 2003 protestierte der argentinische Präsident N. Kirchner gegen die damalige atomare Bedrohung für sein Land, die wohl eher nur auf dem Papier bestand. Ein Krieg mit derartigem Material- und Truppenaufwand (etwa 30.000 auf britischer, 24-55.000 Soldaten auf argentinischer Seite, auf beiden Seiten zusammen um die 900 Gefallene) um eine von nur etwa dreitausend Menschen bewohnte unwirtliche Inselgruppe – wenngleich geostrategisch als natürlicher „Flugzeugträger“ nicht unbedeutend für die Kontrolle des Atlantik-Zugangs zur Antarktis – wäre nach Ansicht britischer Militärhistoriker heute völlig undenkbar. Dennoch nahm der Krieg um die Falklands in seinen verschiedenen Gefechtsszenarien und mit den Einsätzen von Spezialeinheiten auch Merkmale spä-

terer sog. begrenzter Militärschläge vorweg, wobei die Briten das Kernland Argentinien nicht angriffen, wo wenig später 1983 die Militärdiktatur fiel. Der Konflikt um den gegenseitigen Besitzanspruch auf die Falklands hält bis heute an. Die in verschiedenen Gefechten erfolgreichen französischen Exocet-Raketen wurden weltweit zum Verkaufsschlager.

Das Jahr darauf 1983 war ausgehend von den heute bekannten Fakten, außer vielleicht während der Augusttage des Ost-Berliner Mauerbaus 1961, der bald darauf folgenden Kubakrise im Oktober 1962 und den Nahostkriegen (1967, 1973), für Europa und Deutschland die heißeste Phase überhaupt des gesamten Kalten Krieges als gelte es, den Wahnsinn noch zu steigern. Man wird hier von einem latenten „Dritten Weltkrieg“ Phase III sprechen können. In Westdeutschland überfluteten gerade die aus den USA importierte Aerobic- und hausgemachte Neue Deutsche Musikwelle die Bevölkerung wie ein Konsum-Tsunami. Der Panikrocker Lindenberg ließ seinen Sonderzug musikalisch grenzüberschreitend nach Pankow rollen und Greenpeace überflog mit einem Ballon demonstrativ die Grenze nach Ost-Berlin, um gegen die atomare Hochrüstung in West und Ost zu protestieren. Im bürgerlichen Blätterwald machten die gefälschten Hitlertagebücher landesweit Furore und bescherten dem Stern-Magazin die größte Journalistenblamage. Der im März 1983 neu gewählte CDU-Kanzler Kohl vollendete, was sein ein Jahr zuvor mittels Misstrauensvotum gestürzter Vorgänger Helmut Schmidt in der SPD nicht mehr durchsetzen konnte: die Stationierung neuer, nach einem US-General benannter, atomarer Mittelstreckenraketen Typ Pershing II sowie Tomahawk-Marschflugkörper in Westdeutschland und den Beneluxländern als vermeintlicher Antwort auf die neue Generation vom Warschauer Pakt stationierter SS 20-Raketen. Die Grünen feierten frenetisch ihren erstmaligen Einzug als Antiatom- und Friedenspartei in den Deutschen Bundestag. An über 100 Standorten der BRD verteilt lagerten zudem mehr als 4.000 atomare US-Gefechtsköpfe. Hunderttausende unterzeichneten den Minimalprotest des Krefelder Appells

aus der Friedensbewegung gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss der sozial-liberalen Regierung von 1979. Unter prominenter Beteiligung wie des Frankfurter Zoodirektors Grzimek, evangelischen Altbischofs Kurt Scharf und der katholischen Journalistin Vilma Sturm gründeten sich Bürgerinitiativen wie die von Pfarrer Arnold Haumann, dem Philosophen und Friedensaktiven Nikolaus Koch u. a. 1981 in Essen initiierte für ein blockfreies Deutschland im blockfreien Europa. Sie konnte in kurzer Zeit Hunderte von Unterstützenden gewinnen. Anders als der Krefelder Unterschriftenappell schlug sie in einem Manifest, das auch allen Bundestagsabgeordneten zugänglich gemacht wurde, ein praktisches politisches Aktionsprogramm der westdeutschen Basismobilisierung vor. Bereits am 10.10.1981 hatten sich schon über 300.000 Menschen im Bonner Hofgarten zur bis dahin größten Nachkriegs-Manifestation gegen Krieg und für Frieden eingefunden, gab es erstmals massenhafte Blockadeaktionen gegen US-Militärstandorte wie der Carl-Schurz-Kaserne am Hafenumschlagplatz der US-Armee in Bremerhaven. An einer Reihe von Atomraketenlagern besonders im süddeutschen Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd, bei Großengtingen auf der Schwäbischen Alb und Neu-Ulm demonstrierten zahlreiche örtliche Friedensgruppen, bundesweite Friedensorganisationen und unterstützende Intellektuelle wie Heinrich Böll, Helmut Gollwitzer, Dorothee Sölle und Walter Jens mit gewaltfreien Sitzblockaden, kilometerlangen Menschenketten und symbolischen Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen den weltweiten atomaren Kriegs- und Katastrophenzwang. Mit ca. 700.000 Teilnehmenden an den '83er-Ostermärschen war es die Glanz- und Hochzeit der neuen grün-alternativen Friedensbewegung in der BRD als Erbin der Ohne-mich- und Kampf-dem-Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre. Sie wurde geprägt von Personen wie Antje Vollmer, Jutta Ditfurth, Petra Kelly, Roland Vogt, Joschka Fischer, dem rechtslastigen Friedensforscher Alfred Mechttersheimer und dem einstigen Panzergeneral Gert Bastian. Sie formierte sich quer durch die ganze Bevölkerung hindurch, von

der Hausfrau und Rentnerin bis zu Juristen, Ärzten und Naturwissenschaftlern gegen Atomkrieg. Ihr entsprachen in der DDR, die sich bereits zunehmend mit ernststen Wirtschaftsproblemen konfrontiert sah, und wo laut Propaganda der Staat selbst die „größte Friedensorganisation“ darstellte, originär zaghafte oppositionelle Pflänzchen wie die aus dem zentralen Kirchenbund vorsichtig unterstützte bibelinspierte Basisbewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ und zahlreiche weitere kleine Friedensinitiativen wie die „Offene Arbeit“ unterm schützenden Kirchendach. Wie groß und unmittelbar allerdings die atomare Kriegsbedrohung in diesem Halbjahr tatsächlich war, ahnten von den vielen emotionalisierten FriedensdemonstrantInnen und Menschen hüben wie drüben wohl nur die wenigsten. Der heiße „Raketen“-Herbst dieses Jahres war in klimatischer Milde nur für die Winzer in westdeutschen Weinlanden ein „guter Jahrgang“.

Zwischenfälle und US-/NATO-Provokationen

Es ist davon auszugehen, dass es zwischen 1956 und 1995 bei mindestens 20 dokumentierten Situationen zur beinahe Auslösung eines atomaren 3. Weltkriegs gekommen ist. In 25 Ländern auf der ganzen Welt befand sich zu Hoch-Zeiten des Kalten Kriegs ein verschieden einsetzbares Arsenal von bis zu 80.000 Atomsprenköpfen, mit deren Explosivkraft man das ganze Sonnensystem hätte pulverisieren können (Angaben nach *Leschs Kosmos, Albtraum Atombombe, ZDF*). Noch 1995 sorgte der Einsatz einer Wetterrakete norwegischer Wissenschaftler zur Erkundung von Polarlichtern für eine MOB-Aktivierung der russischen Nuklearvergeltung. Man blieb dort allerdings an den Schalthebeln des Untergangs noch mal besonnen. 1981 war es in der neuen Reagan-Ära im nördlichen Eismeer zu einem massiven Aufmarsch einer alliierten NATO-Flotte mit Flugzeugträgerinsatz und unter Beteiligung westdeutscher Flottenteile (U-Boote) gekommen, der sich gegen den bedeutenden sowjetischen Flotten- und U-Boot-Stützpunkt bei Murmansk als Manö-

verziel richtete. NATO-Bomber übten dabei nahe am realen Objekt Zielangriffe gegen vermeintliche sowjetische Raketenstellungen und Militärflugplätze um Murmansk. Aufgrund dabei neu erprobter Radartarn- und

trieren und russische Reaktionen zu ergründen (provozieren). So auch bei einer Reihe der im Folgenden kurz geschilderten Zwischenfälle.



Störtechniken wurde der anrückende NATO-Kampfverband von den Sowjets erst sehr spät entdeckt und sorgte für entsprechende Unruhe im Kreml und in der hoch alarmierten Militärspitze. Dem sollten noch weitere riskante Vorstöße der USA und NATO folgen, die sich in der Wahrnehmung zu einer sich fortlaufend verstärkenden Bedrohungskulisse für die UdSSR steigern mussten, um die stets frühwarntechnisch unterlegene Sowjetunion auszutesten, Lücken ausfindig zu machen und die sowjetische Verteidigung bedrohlich in Zugzwang zu bringen. Wann immer sich US-amerikanisches, NATO- und russisches Militär zu Luft, Land und See zu nah kamen, setzte ein riskantes Katz-und-Maus-Spiel des sich gegenseitigen Belauerns, Täuschens, Provokierens und Überwachens ein. Dass man hierbei vor allem von westlicher Seite gefährlich mit der atomaren Eskalation Vabanque spielte, schien die beteiligten verantwortlichen Regierungen wenig zu beunruhigen. In keinem vergleichbaren Ausmaß gingen jedoch – mit Ausnahme von Chruschtschows misslungenem Kuba-Poker – ähnliche Initiativen mit Schein- und realen Bedrohungen von sowjetischer Seite aus, die dabei immer in die Defensive geriet bzw. gezielt gebracht werden sollte, um eigene westliche Überlegenheit zu demon-

Fall 1: Gefährlicher Atom-Fehlalarm

Am 26.9. des Jahres 1983 meldete ein russischer Aufklärungssatellit der Kosmos-Baureihe, Typ Oka (Auge), ausgerüstet mit hochsensibler Infrarottechnik, über dem US-Staat Montana der Reihe nach den Abschuss von fünf atomaren amerikanischen Interkontinentalraketen mit Ziel SU. Der russischen Seite im Kommandozentrum für die strategische Satelliten- und Luftraumüberwachung Serpukhov bei Moskau blieben höchstens wenige Minuten Zeit zur Reaktion mit nuklearer Vergeltung. Der kommandierende Oberst Stanislaw Petrow entschied nach kurzer Prüfung von Satellitenaufnahmen, die über dem US-Gebiet keine Raketenstarts verzeichneten und wie er im Interview versichert „intuitiv nach Gefühl“, dass es sich dabei kaum um einen massierten Atomangriff von US-Seite handeln könne und lag damit so richtig wie beim Russischen Roulette. Der russische Vergeltungsschlag unterblieb, der Oberst wurde für seine Besonnenheit nicht gelobt, ausgezeichnet oder befördert, aber auch nicht bestraft, hatte er doch geltende Befehle ignoriert. (Wäre dieser soldatische „Ungehorsam“ im Dienst nicht erfolgt, würde dieser Artikel jetzt kaum geschrieben werden).

Eine wie sich herausstellte schadhafte Software des Satelliten hatte grelle Sonnenstrahlenreflexe zwischen den Wolken irrtümlich für Raketenzündungen gehalten. Ob dabei auch gezielte Sabotage von westlicher Seite mit im Spiel war, wurde nie aufgeklärt. Mit Nachdruck arbeiteten die USA damals gerade an ihrem sog. SDI-Programm („Star Wars“) zum Abschuss herannahender russischer Raketen durch im Weltraum stationierte Pulks von Laserstrahlwaffen, um sich erneut den strategischen Vorteil zu verschaffen. Waren etwa davon bereits im Erdumlauf befindliche Testmodule gezielt oder durch Zufall an der Lichttäuschung beteiligt? Der ungewöhnliche Verlauf des atmosphärischen Ereignisses mit seiner fünffachen Wiederholung könnte durchaus dafür sprechen. Petrow, Jg. 1939, quittierte bald danach den Dienst, wurde unter dem Einfluss privater Schicksalsschläge ein verbitterter, zorniger Mann und begann aus Kummer zu trinken. Erst spät In den vergangenen paar Jahren wurde

er mehrfach, darunter 2006 von der UNO (World Citizen Award), mit z.T. dotierten Preisen für sein mutiges Verhalten ausgezeichnet. Das anerkennende Lob, er sei ja ein Held, weist der mitunter schnell schroff werdende Mann und Kevin Costner-Fan eher ärgerlich untertreibend von sich, er sei kein Held, nur eben „zur richtigen Zeit am richtigen Ort“ gewesen (siehe Doku-Fiction *Der Mann, der die Welt rettete* von Peter Anthony; USA/DK/Russl. 2014, gesendet von ARTE am 4.8.2015).

Fall 2: UdSSR als „Reich des Bösen“

Das nördliche Seegebiet vor der pazifischen Küste der Sowjetunion bei der zu ihr gehörenden Halbinsel Kamtschatka, damals wie heute ein wichtiger russischer Stützpunkt für Radarstationen und die sowjetische Pazifik-Kriegsmarine mit ihren großen Atom-U-Booten, war im gleichen Jahr Schauplatz eines US-Flottenmanövers (FleetEx '83) mit drei beteiligten atomaren US-Flugzeugträgern, um wiederum die sowjetische Raketenabwehr zu testen und zu verwertbaren Reaktionen zu provozieren. Dabei verletzten zum Schein angreifende US-Militärflugzeuge wiederholt russischen Luftraum. Am 1.9. kam es mitten im Manöver-„Kampfgebiet“ westlich der Südspitze der ehemaligen russischen Verbannunginsel Sachalin zu dem bis heute nicht eindeutig geklärten Abschuss eines mit 269 Passagieren besetzten Jumbos mit der Bezeichnung KAL 007 der Koreanischen Airlines durch einen sowjet-russischen SU-15-Abfangjäger. Das auf dem Nachtflug von Anchorage/Alaska nach Seoul befindliche südkoreanische Zivilflugzeug, das weitab nördlich von seinem regulären Kurs schon Hunderte von Meilen in russischem Luftraum unterwegs war, die Kamtschatka dabei schon direkt überflogen hatte und auf Funkrufe nicht reagierte, war nicht eindeutig identifizierbar. Offenbar wurde es vom sowjetischen Radar mit einem gerade im gleichen Luftraum etwa auf Parallelkurs fliegenden vierstrahligen Aufklärungsjet Boeing C 135 der US Air Force verwechselt, so dass der russische Pilot von einer militärischen Luftraumverletzung

ausgehen musste, der er befehlsgemäß zu begegnen hatte. War dabei die sowjetische Radaraufklärung oder der Funk des KAL-Passagierjets vom US-Militär bewusst getäuscht oder sogar gestört, der koreanische Jumbo vielleicht als „Köder“ benutzt worden und der beteiligte Sowjetpilot womöglich in eine raffiniert gestellte Falle gegangen? Man wird es wohl nie genau erfahren und mag an solch Ungeheuerliches zwar denken, aber es kaum real annehmen. Dennoch blieben viele offene Fragen, auch weil das Ereignis hinterher vor einer „ent-rüsteten Weltöffentlichkeit“ von US-Seite weidlich propagandistisch ausgeschlachtet wurde. Beim Presseauftritt im Weißen Haus jedenfalls nahm unter Abspielung des abgehörten Funkverkehrs des russischen Piloten US-Präsident Reagan das offensichtliche Fehlverhalten der Russen zum willkommenen Anlass, in auffallend heftiger Weise gegen die UdSSR als „Evil Empire“ (Reich des Bösen) zu hetzen und polemisch übersteigert vom „koreanischen Massaker“ zu sprechen, eigene Mitverantwortung für die durch die aggressiven US-Manöver geschaffene hochbrisante Lage wie üblich ausblendend.

Zu erinnern ist weiterhin daran, dass nur wenig später am 22.10.1983 eine von überdrehter Kubahysterie infizierte US-Invasion auf der kleinen strategisch völlig unbedeutenden Karibikinsel Grenada (300 km², 70.000 Einw.) stattfand, um dort eine neu etablierte linke Regierung zu beseitigen. Die als Anlass vorgegebenen russischen Raketenwaffen wurden jedoch nie gefunden. Und nur drei Tage zuvor erfolgte der Terroranschlag gegen die in Beirut/Libanon damals präsente US-Armee, bei dem 241 amerikanische Soldaten starben. Daraufhin versetzten die USA alle ihre Militäreinheiten weltweit in Alarmbereitschaft, Hintergrund genug für überzogenen Bedrohungs- und Verfolgungswahn in jedwede Richtung und direkt von Bedeutung im folgenden Fall 3.

Fall 3: Fünf Minuten vor zwölf bis zum Atomkrieg

Dem üblichen NATO-Herbstmanöver 1983 in Europa „REFORGER“ (Return of Forces to Germany/Streit-

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

kräfte kehren zurück nach Deutschland) folgte noch eine weitere geheime Kommandoübung mit Namen „ABLE ARCHER“ (Tüchtiger Schütze), als top secret behandelte Generalstabsübung zur Freigabe von Atomwaffen im Falle eines massierten Angriffs durch den Warschauer Pakt. Gleichzeitig nahmen nicht wie sonst üblich nur Statthalter von Regierungsverantwortlichen daran teil, sondern von der Ostfunkaufklärung registriert wurde der Umzug von Reagan und anderer westlicher Regierungsschefs in ihre atomgesicherten Schutzbunker. Die Regierungsspitze in Bonn wechselte in ihren Atom-bunker in der Eifel. Im Zuge des sinnigerweise „Cemetery Network“ (Nachrichtennetz Friedhof) lautenden NATO-Kommunikationssystems wurden auch die Codes aller NATO-Atomwaffen plötzlich geändert. Für die sowjetischen Spionage- und DDR-Aufklärungskanäle und STASI-Kundschafter der Hauptverwaltung Ausland (HVA mit Leiter General Markus Wolf) bedeutete all dies zusammengezählt die höchste Alarmstufe eines unmittelbar bevorstehenden Atomschlags und führte zur Mobilmachung des Warschauer Paktes. Im russischen Atomwaffenlager der DDR bei Himmelpfort nördlich von Berlin und auch auf polnischen Luftstützpunkten wurden am 8./9.11. emsige Vorkehrungen getroffen, um zum bis damals einzigen Mal Atomsprengköpfe zu aktivieren und auf Fliegerhorsten wie dem nahe gelegenen Großölln russische Suchoi-Bomber damit zu bestücken, die starklar gemacht wurden und mit laufenden Düsenaggregaten schon abflugbereit waren. Nach Expertenansicht war die BRD damals nur noch fünf Minuten von einem Atomangriff aus dem Osten entfernt. Als die westliche Seite all das erst über ihre eigenen Geheimdienstkanäle erfahren haben wollte, was wenig plausibel erscheint, zeigte sich der Schauspieler Ronald Reagan, dem der Atomkatastrophenfilm „The Day After“ angeblich respektvollen Eindruck gemacht und Depressionen bereitet haben soll, deeskalierend sichtbar anwesend im Weißen Haus und brach unbekümmert zum Flug zu seiner Ranch in Texas auf, wo ihn die Medien bei der entspannten Gartenpflege filmten. Ein Atomkrieg,

das sollte für die östliche Seite gemäß dem Motto „Friedensgrüße nach Moskau“ als deutliches Zeichen daraus zu entnehmen sein, konnte demnach kaum unmittelbar bevorstehen. Offensichtlich war der Bogen dieses Ernstfallszenarios weit überspannt worden und aus dem Ruder gelaufen, ehe es umgehend zurückgefahren und beendet wurde. Oder aber man war sogar absichtlich soweit gegangen. Die Dummen und Getäuschten waren jedoch wieder mal die Russen, denen man propagandistisch auch noch kriegsvorbereitende Aktivitäten anlasten konnte. Eine Art kryptisches Mißverständnis, wie es für viele ähnliche Vorfälle als typisches Merkmal des „nuklearen Regimes“ lange Zeit kennzeichnend war. Erst im Zuge des ab 1985 bescheiden einsetzenden Entspannungsklimas beim atomaren Wettrüsten wurde auch eine ständige telefonische Direktleitung zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml installiert, um solche Fehlannahmen kommunizierend auszuschließen. Direkt verbunden war man bis dahin lediglich mit den ausländischen Botschaften im eigenen Land (Daten und Fakten u.a. zit. nach *wikipedia* und *ZDF-History*, TV-Dokumentation *Welt am Abgrund* von Andreas Orth).

Ende nuklearer Blockkonfrontation, neue Kriege

So trugen die geschilderten problematischen und konfliktgeladenen Begebenheiten sowie öffentlichen Massenproteste nicht unwesentlich mit dazu bei, dass angesichts solcher letztlich unkalkulierbarer Gefahren in das internationale atomare Wettrüsten allmählich etwas mehr „entspannende“ Bewegung kommen sollte. Der einst über Jahrzehnte hinweg akut drohende atomare 3. Weltkrieg schien fürs erste sogar mangels Bedarf an Konfrontation zu bannen zu sein. Die UdSSR steuerte durch ihre konventionelle wie gerade im Nuklearbereich heillose militärische Überrüstung in Form einer schlagkräftigen Unterwasserflotte der größten Atom-U-Boote der Welt, ganzen Geschwadern kleinerer atomarer Jagd- und Aufklärungs-U-Boote, die sie nicht nur freiwillig, sondern vor allem auch unter dem Druck durch den kapitalistischen Block betrieb, ab-

sehbar auf den wirtschaftlichen Ruin zu. Es musste dringend etwas Durchgreifendes geschehen. Nach der nur kurzen Amtszeit des letzten Kreml-Parteihardliners Juri Andropow ging der gar nicht mehr so rote Stern des dynamischen Kaukasiers und liberal aufgeschlossenen Agrarverwaltungs-Ingenieurs Michael Gorbatschow im Osten auf. Unter seiner Ägide hielten wesentlich nur von oben verordnete Liberalisierungsprogramme wie „Glasnost“ und „Perestroika“ ohne wirkliche soziale Basis in Partei- und Staatsapparat und nur sehr bedingt mitgetragen im Volk und in den Massenorganen Einzug in die Innenpolitik der UdSSR. Mehr öffentliche Transparenz, Meinungsbeteiligung und demokratischer Umbau an sich wären keine schlechten revolutionären Mittel für den Sozialismus-Aufbau gewesen. Allerdings schon einige Jahrzehnte vorher und unter Vermeidung oder doch deutlicher Minderung all der wüsten bis verbrecherischen Exzesse der unsäglichen, paranoiden Stalin-Ära. Sie waren keineswegs historisch unvermeidbar und unterliefen von innen heraus den sozialen Kommunismus bis zur unrettbaren Fäulnis. Sie bedeuteten Verrat an der sozialistischen Idee und Weltrevolution und kosteten überdies zig Millionen Menschen das Leben. Die „letzte Schlacht“ um den Fortbestand des bürokratischen Sowjetkommunismus bahnte sich nun unweigerlich an. Es drohte unverhohlen das kapitalistisch straffe, neoliberal kopierte Reformregiment in Politik, Staat und Wirtschaft mit einseitiger Begünstigung der neureichen Krisenprofiteure und Parteiopportunisten, die schnell die Seiten ins neue System wechselten und wachsender Verarmung und Entrechtung der Massen (siehe dazu die detailreiche Studie des ehemaligen Wirtschaftsreferenten in der Dt. Botschaft in Moskau in den '90er Jahren und Wirtschaftswissenschaftlers Frank Hoffer; Literaturliste). Nicht minder innerlich ausgehöhlt und beim Volk delegitimierte Systeme wie die DDR stellten sich diesem unterminierenden Mechanismus zwar instinktiv nichts Gutes ahnend entgegen, aber nur weil ihre morschen, ideenlosen und verknöcherten alten Herrschaftseliten und fügsamen Parteikader zu Recht den Verlust an Macht und Ein-

fluss in Staat, Politik und Gesellschaft befürchten mussten. Zudem hatten sie keine sozialistische Antwort mehr auf die aktuelle Herausforderung als noch mehr Bürokratie und Stasi. Und der eiserne Republikaner und Kriegsrüster Reagan fühlte sich wohl auch gerade dadurch ermutigt, es bei seinem PR-Auftritt während seines Berlin-Besuches 1987 publikumswirksam seinem einstigen Vorgänger Kennedy gleichzutun, der fast 25 Jahre zuvor ein geteilter Berliner sein wollte, um diesmal an die Adresse des russischen Staatspräsidenten direkt von der Berliner Mauer seinen legendären Appell zu richten: „Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ (Herr Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein). Die Folgen für eine gravierende weltpolitische Zäsur deuteten sich damit schon merklich an. Reagan und Gorbatschow trafen sich alsbald zu neuen atomaren Abrüstungsgesprächen mit Abschluss 1987 des INF-Vertrags zwischen den USA und der UdSSR über das Verbot der Herstellung und Lagerung atomarer Mittelstrecken-Waffen. Die Tage von Pershing II und SS 20 waren wenige Jahre nach ihrer Einführung bereits gezählt.

Zwei völkerrechtswidrige Irakkriege

1988 endete die auf höchstem Gefahrenniveau so brandgefährliche achtjährige Amtsperiode Reagans und der Neue Weltordnungs-Verkünder und Mittelost-Kreuzzügler George Bush sen. trat folgerichtig auf den Plan. Er betrieb zielstrebig gegen französische und britische Einwände die deutsche Vereinigung mit und führte 1990/91 eine alliierte „Koalition der Willigen“ ähnlich wie im Fall Korea unter Alibi-UN-Mandat in den ersten US-Golfkrieg gegen den Irak, der 2003 einen weiteren unter Führung des folgsamen Sohnes George W. Bush jun. nach sich zog. Dies waren schon keine reinen Staatenkriege (wie zuletzt bei der Destabilisierung und dem Zerfall von Jugoslawien in den 90er Jahren) mehr, sondern von Anlage und Verlauf stellvertretender „Befreiungskrieg“ und hegemoniale Strafaktion gegen einen anmaßenden Regionaldespoten aus eigener westlicher Aufzucht und dessen la-

izistisches Staatsregime. Hinter dem Despoten Saddam Hussein, der eine manische Vorliebe für eine Atommacht Irak hatte, stand nur noch eine klientele Minderheit seines national und religiös gespaltenen Volkes, dessen innere Auflösung und Teilung dadurch nur noch beschleunigt wurde und den internationalen „islamistischen“ Terror weiter nährte und beförderte. Hier sollen jedoch nicht weitere signifikante Einzelheiten und Fakten zu Verlauf und Folgen der beiden Kriege dargestellt werden, sie sind hinlänglich bekannt und können in der kritischen Literatur an anderer Stelle nachgelesen werden. Die Atomwaffenthematik hatte dabei zudem nur eine Randbedeutung, da die vermeintliche Annahme, der Irak würde über ein fortgeschrittenes Atomprogramm, also auch schon mögliche Atomwaffen verfügen, sich als völlig grundlos und propagandamäßig überzogen erwies. Erwiesen ist hingegen, dass die US- und britische Seite in beiden Feldzügen uranabereicherte gehärtete Munition verwendeten. Zusammen mit den bei Sprengungen irakischer Munitionsdepots mutmaßlich freigesetzten Giftstoffen (Nervengifte) führte das auf eigener Truppenseite zu menschlichen Schadensfolgen wie dem sog. Golfkriegssyndrom. Nur soviel sei noch angemerkt: Im Nachhinein betrachtet hätte man zur unblutigen Rückgabe des besetzten Kleinstaates Kuwait vermutlich leichthin durch diplomatische Verhandlungen und Konfliktbereinigung unter zielstrebigem UN-Vermittlung gelangen können, zumal es auch frühe Verhandlungsangebote des Irak gab, was aber vielleicht ein paar Jahre länger gedauert hätte, aber weitaus weniger Leid, Opfer und Zerstörung gekostet hätte. Ein alliiertes Kommando unter UN-Mandat hätte zumindest unter die unbedingte Maßgabe gestellt werden müssen, nach Vertreibung des irakischen Aggressors an der Grenze zum Irak Halt zu machen. Stattdessen fiel man nun wesentlich angeführt von der Koalition USA-GB selbst völkerrechtswidrig als Aggressor mit über 800.000 Mann (USA/GB: 630.000; übrige NATO-Staaten: 75.000; arabische Staaten: 103.000) alliierten Bodentruppen in den Irak ein, um bei kaum wirksam erfolgreicher und nur geringer Gegenwehr

völlig unverhältnismäßig und der Konfliktlage gänzlich unangemessen weiter aus der Luft vernichtende Bombardierungen vorzunehmen, dabei die zivile Infrastruktur fast ganz zu zerstören oder lahmzulegen und Zehntausende an zivilen und militärischen Toten und verwundeten Opfern auf irakischer Seite (Soldaten: ca. 35.000 Gefallene/75.000 Verwundete) zu produzieren bei selbst nur wenigen hundert Opfern (390/780). Erst wenn diese Dinge einmal genügend als weltordnender Kriegs- und Unterwerfungsterror des Westens verstanden werden, wird man auch begreifen lernen, warum und wie es als Reaktion zu einem derartig exzessiven Gegenterror in kämpfenden Zellen wie Al Queida, Boko Haram oder zur militärischen Formation des menschen- und kulturverachtenden sog. Islamischen Staats (ISIS) kommen konnte.

Es dauerte nur noch wenige Jahre und die DDR, UdSSR, der östliche Satellitenstaaten-Block und Warschauer Pakt waren bis spätestens 1993 Geschichte und neue Erben traten an. Das labile Zerfallsrestgebilde Russland/GUS, durch Staaten-sezessionen an der westlichen und südlichen Peripherie wirtschaftlich deutlich geschwächt und um etwa die Hälfte seiner ursprünglichen EinwohnerInnenchaft gebracht, war für viele Folgejahre keine Weltmacht Konkurrenz mehr. Das begann sich erst wieder seit ungefähr Anfang bis Mitte der 2000er Jahre zu ändern: durch die akkumulierenden Neureichtümer in Staatskonzern- und privatem Oligarchenbesitz der mittlerweile zahlreichen weiteren Erdöl- und vor allem Erdgaserschließungen. Durch den Auftritt sich darauf gründender, robust profilierender Apparatschikgestalten aus der früheren kommunistischen Partei-Nomenklatur wie Putin mit neu erstarktem militärischem Selbstbehauptungs- und Absicherungsdrang (siehe Krim/Ost-Ukraine/Syrien). Dazu trug die scham- und skrupellos gegen alle diplomatisch und faktisch gegebenen Zusagen des Westens dennoch betriebene NATO-Osterweiterung (Polen, Baltikum, Tschechien/Slowakei; die Ukraine, Moldawien, Georgien als Bündnis-Kandidaten) ihren nicht unwesentlichen Teil bei. Ein „Feind“ der Menschheit war – wenn auch ohne

dessen Atomwaffenarsenale – vorerst beseitigt, der andere beanspruchte die alleinige Ordnungsrolle als noch verbliebene „einzigste Weltmacht“ (Zbig Brzezinski).

Die atomare Situation heute

Nach 70 Jahren ist die Atomrüstung gekennzeichnet von einem deutlichen Weniger an vorgehaltener Atomrüstung und Trägersystemen gegenüber früheren Hoch-Zeiten von 70 bis 80.000 Atomsprengköpfen. Der Löwenanteil entfiel und entfällt auf die USA und Russland. Vor 20 Jahren waren es immerhin noch 40.000.

Das SIPRI-Jahrbuch 2014 geht von folgender Auflistung aus: USA: 2.080 einsetzbare Sprengköpfe/5.020 Reserve; Russland: 1.780/5.900; F: 290/10; GB: 160/65; China: -/250; Pakistan -/100-200; Indien: -/90-110; Israel -/80; Nordkorea: -/0-10. Gesamt: 4.310/11.565; max.: 15.875 (zit. nach *Bulletin of Atomic Scientists, NRDC Nuclear Notebook 2001-2015*; als Tabelle in: *Rote Fahne*, Nr. 32, 7.8.2015).

Dies entspricht etwa der allgemein aktuell immer wieder genannten Zahl von 16 bis 17.000 Sprengköpfen einschl. Reserven. Sie sagt nichts über ihre Effektivität (Sprengkraft) und Umfang und Schlagkraft der Trägersysteme aus, die die zahlenmäßige Reduktion mindestens ausgleichen! Man kann heute mit deutlich weniger Atomwaffen auskommen, ohne die Einsatz-Doktrin aufgeben und auf Abschreckungswirkung verzichten zu müssen. Der mehrfache „Overkill“ des gesamten Globus ist immer noch möglich. Es ist auch davon auszugehen, dass vor allem bei den nicht vertraglich erfassbaren Staaten Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea, die keine Kontrolle zulassen und Angaben nennen, die Zahlen noch deutlich nach oben abweichen können (siehe Abschnitt über Israels Atomwaffen). Es gibt nach wie vor die strategischen Trägerkomponenten Bomber, Rakete, mit jeweils unterschiedlichen Reichweiten und U-Boot, ergänzt ggfs. von Marschflugkörpern, weitreichender Gefechts-Artillerie und Torpedos. Und es dürfte bereits auch so etwas wie die fern lenkbare Atom-Drohne geben. In Deutschland lagern unter US-Kontrolle offiziell noch etwa 20 Atomsprengköpfe am Standort Bü-

chel (Eifel). Weitere befinden sich noch in holländischen, belgischen, italienischen und türkischen NATO-Depots. Weniger Waffen bedeutet nicht automatisch geringere Gefahr und Bedrohung, wenn diese auf mögliche Einsätze hin präzisiert, optimiert und wie inzwischen feststeht modernisiert werden. Zudem liegt die Sprengkraft vielfach im mehrere hundert Kilotonnen- bis deutlich über 1 Megatonnen-Bereich (zum Vergleich: die Hiroshima-Bombe hatte eine Sprengkraft von „nur“ 13 Kilotonnen). Die möglichen verheerenden Explosionswirkungen dieser Massenvernichtungswaffen sind also noch immer jenseits Vorstellbarem.



Die Marschrichtung aus verschiedenen Abkommen und Verträgen zielt zwar auf Gefahren-„Begrenzung“, „Abrüstung“, „Defensivierung“, hält aber immer noch genug Schlupflöcher und Lücken bereit, um Atomwaffenländern die Optionen offen zu halten, die sie sich offen halten lassen wollen. Waren früher Vorwarnzeiten von wenigen Minuten bis knappe halbe Stunden die Regel, sind es heute z.T. mehrere Stunden bis Tage. Das eröffnet zumindest mehr Zeit für Überprüfungen und Rückkopplungen bei Fehlalarmen etc. Dort, wo sich gegnerische Militär- und Atomkräfte unmittelbar gegenüber stehen, also in Nah-/Mittelost (Israel-Syrien-Iran), im Duo Pakistan-Indien, im Trio China-Nordkorea-USA (als Garantmacht für Südkorea und Japan) und leider auch wieder verstärkt im Trio USA-NATO-Russland (NATO-Ostflanke, Türkei, Baltikum, Polen, Ukraine, Georgien) schrumpfen wie zwischen Indien und Pakistan Vorwarn- und Reaktionszeiten auf kaum mehr als noch 2-3 Minuten zusam-

men, in denen bei Irrtümern keine Zeit mehr bleibt anders als mit dem Gegenschlag zu reagieren.

Nukleare Abschreckung mit Atom-U-Booten

Von entscheidender Bedeutung (neben Flugzeugen und landgestützten Mittel- und Langstreckenraketen) für die nukleare Option sind nach wie vor und vielleicht sogar vermehrt die seegestützten Systeme in Form Atomraketen tragender nuklearer U-Boote (SSBN = Kürzel für ballistische Atomraketen tragende U-Boote), derzeit in verschiedener

Stückzahl und Größe unterhalten von USA, Russland, GB, F, China und Indien, in konventioneller, aber atomar bestückbarer Variante auch Israel. Von ihnen geht derzeit aus verschiedenen Gründen die größte unberechenbare Gefahr aus. Alle etwa 30 bis 35 zur Zeit die Weltmeere befahrenden SSBN dienen der Fähigkeit zum vernichtenden Gegenschlag (assured destruction) und politischen Abschreckung. Im Unterschied zu Flugzeugen und Interkontinentalraketen Langzeit getaucht nur schwer bzw. nicht zu orten, stellen sie die überlebensfähige Komponente einer Atommacht dar und sollen im Kriegsfall einem Staat zumindest die Zweitschlagsfähigkeit sichern. Sie müssen zum Abschuss ihrer Raketenwaffen nicht auftauchen, um Ziele auf See oder an Land zu vernichten und können so bei stark eingeschränkten Fahrgeräuschen unentdeckt nahe an gegnerische Küsten heranfahren, die Reaktionszeiten der Gegenseite minimieren und deren Raketen-

abwehr unterlaufen. Die nahezu perfekte und darum so präferierte Kriegswaffe, wenn ein Land sie sich leisten kann. Die schlagkräftigsten Kontingente stellen mit 14 großen SSBN die USA (Ohio-Klasse; 170 m lang, 19.000 t Verdr., 24 Trident II-Raketen, Reichweite 12.000 km, je 3 Mega-t; ein Teil ist mit Tomahawk-Marschflugkörpern ausgerüstet), gefolgt von Russland mit zwölf Booten ähnlicher Größe (Delta-, Typhoon-, Borei-Klasse). Die größten je gebauten U-Boote sind die der Typhoon-Klasse (172 m lang, 27.000 t, 20 SS-N-20-Raketen mit jeweils 5 MIRV (= Mehrfachsprengköpfe) zu je 200 Kilo-t, 8.300 km Reichweite; dazu kommen noch SS-N-15 mit 45 km Reichweite und je 200 kt). Zum Vergleich: die derzeit modernsten sechs konventionellen U-Boote der Bundesmarine der 212 A-Klasse haben eine Länge von 56 m und max. Tauchverdrängung von 1.830 t. Russland hat vier neue Borei-Boote im Bau, so groß wie die Ohio-Klasse der USA, mit 16 Bulawa SS-N-32X-Raketen, bis 550 kt, 10.000 km). Die Briten und Franzosen verfügen über jeweils noch vier Atom-U-Boote (Vanguard- bzw. Triomphant-Klasse) etwas kleinerer Bauart, aber nicht minder effektiver Bewaffnung. Alle vier Mächte führen jährlich zwischen 6 bis 35 Patrouillenfahrten eines Teils ihrer Boote quer durch die Weltmeere durch. Sie finden über mehrere Monate ständig getaucht statt. Nicht berücksichtigt sind hier auf US- und russischer Seite noch eine größere Anzahl etwas kleinerer Atom-Jagd-U-Boote mit Nuklearbewaffnung in Form von Torpedos mit Atomsprengköpfen und Marschflugkörpern.

Indien stellt in diesem Jahr sein erstes eigenständig entwickeltes ballistisches Unterwasserabschuss-system in Gestalt eines SSBN in Dienst, ein zweites lief gerade vom Stapel. Drei weitere sind bewilligt, insgesamt sechs sollen gebaut werden. Wozu braucht Indien diese offensive Stärke? Es sind mittelgroße, nuklear angetriebene Boote (112 m Länge, 6.000 t Wasserverdrängung), die jeweils mit 12 selbst entwickelten SLBM (Kürzel für Mittelstreckenraketen) ausgerüstet sind, die nukleare Gefechtsköpfe von etwa 100 Kilo-t (die Hiroshima-Bombe

hatte 13 kt) tragen mit einer Reichweite zwischen 750 und 1.900 km. Indien sichert sich damit derzeit einen strategischen Vorteil nicht nur gegenüber dem Erzfeind Pakistan, das wiederum mit einer kombinierten nuklearen Streitkraft von Bombern (frz. Mirage V, amerikanische F-16), eigenen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern dagegen zu halten versucht. Beide Länder stehen außerhalb jeder atomaren Vertragsgebundenheit, ebenso wie Nordkorea und Israel. China rüstet seit Indienstellung seines ersten Atom-U-Bootes (127 m Länge, 6.600 t Verdr.) 1987 unter Wasser inzwischen weiter auf. Es trug 12 Raketen des Typs JL-1 mit nuklearen Gefechtsköpfen von je 250 kt und einer Reichweite von 2.150 km. Seit 2010 folgten weitere Neuentwicklungen der JIN-Klasse (137 m, 11.000 t). Insgesamt sechs davon sind vorgesehen, ausgerüstet mit 12 JL-2-Raketen (Reichweite 8.000 km, 1 Megatonne) oder drei MIRV (Mehrfachsprengköpfe) mit jeweils 100 kt. China hat ab 2014 auch mit ständigen Patrouillenfahrten seiner U-Boote begonnen (Information und Zahlenangaben zit. nach *D. Stockfisch: Seegestützte nukleare Abschreckung/Strategische U-Boote in: Europäische Sicherheit & Technik, Heft 6/2014, S. 66-68*). Im Einzelnen zu Daten und Fakten ist zu verweisen auf das Internetportal *atomwaffena-z.info*, das über die gegenwärtigen nuklearen Streitkräfte der neun Atommächte erschöpfend Auskunft gibt, wozu hier nicht der Platz ist.

Neue Eskalationen?

Die USA haben in Polen ein neues Raketenabwehrsystem errichtet, das die russische Zweitschlagskapazität unterminiert (dem ABM-Vertrag zuwider läuft) und der russischen Seite wieder Anlass ist, gerade mit neu erprobten Systemen und modifizierten Reaktionsmustern gegen zurüsten. Wir haben es also in den genannten Zweier- und Dreier-Konstellationen mit einer deutlich erhöhten bis brisanten Gefahrenlage und vier virulenten atomaren Welt-Krisenherden zu tun. Noch 2009 schien die von Barack Obama in seiner Prager Rede verkündete völlige atomare

Abrüstung begründete Hoffnungen zuzulassen. Als Vorschußlorbeer erhielt er sogar den Friedensnobelpreis, ohne ihn sich bislang verdient zu haben. An gleichem Ort wurde 2010 ein neues START-Abkommen zwischen den USA und Russland zur Abrüstung ihrer strategischen Atomwaffen vereinbart. Doch bald folgte die Meldung, dass vom US-Verteidigungsminister eine atomare Modernisierung beabsichtigt ist. Der Haushaltsentwurf des US-Energieministeriums sah dazu für den Zeitraum von 2012 bis 2015 eine Summe von 2 Mrd. US-Dollar für die „Modernisierung“ der auch im Eifelstützpunkt des deutschen Jabo-Geschwaders 33 eingelagerten Atombombenwaffe des Typs B 61 vor. Und erst jüngst wurde bekannt, dass die USA in den nächsten 30 Jahren die unvorstellbare Summe von 1.000 Mrd. USD in Atomenergie und Atombewaffnung investieren wollen. Das entspräche jährlich in etwa dem Umfang des gegenwärtigen deutschen Verteidigungshaushalts von ca. 33 Mrd. Euro. Russland setzte ab 2011 mit Verweis auf NATO-Erweiterungspläne eine Modernisierung seiner Atomwaffen in Gang und es steht zu befürchten, dass es absehbar den INF-Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen aufkündigen will. Die Büchse der Pandora, aus der alle Übel der Welt entwichen sind, ist geöffnet. Es besteht nur noch die Zuversicht des Prinzips Hoffnung.

Literatur (Auswahl)

Historisches: Bernd Stöver: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991*. München 2007. Eric Hobsbawm: *Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München 1998 (der Klassiker!). Stephanie Cooke: *Atom. Die Geschichte des nuklearen Irrtums*. Köln 2011 (umfassende Geschichte des Nuklearzeitalters der amerikanischen Wissenschaftspublizistin). Richard Rhodes: *Die Atombombe. Oder die Geschichte des 8. Schöpfungstages*. Nördlingen 1988 (das wegen seiner parteilichen US-Sicht nicht unbedingt objektivste, aber umfassendste Standardwerk zur US-A-Bombe; 915 S.); Thomas Powers: *Heisenbergs*

Krieg. *Die Geheimgeschichte der deutschen Atombombe*. Hamburg 1993 (treffendes Pendant des Pulitzer-Preisträgers zum Rhodes-Buch, 767 S.; die zentrale These vom „Widerstand“ deutscher Atomforscher ist allerdings zweifelhaft). Helmut Rechenberg (Hg.): *Werner Heisenberg: Deutsche und jüdische Physik*. München 1992 (Ges. Aufsätze Heisenbergs v. 1933 bis 1968, m. Report aus erster Hand in Kapitel III: „Das deutsche Uranprojekt im Zweiten Weltkrieg“, S. 125-166). Mark Walker: *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*. Berlin 1990 (Grundlagenbuch des amerikanischen Historikers und Mathematikers zur dt. Atomforschung von 1938 bis 1945). Richard Lourie: *Sacharow. Eine Biographie*. München 2003. Ronald Friedmann: *Klaus Fuchs. Der Mann, der kein Spion war*. Rostock 2005. Bernd Salewski (Hg.): *Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*. München 1995 (vermittelt guten Ein- u. Überblick);

Faktisches: Elke und Jannes K. Tashiro: *Menschen nach dem Atomkrieg. Zeugnisse, Berichte, Folgerungen*. München 1982 (m. Vorwort von R. Jungk; spricht für sich selbst). Stockholm International Peace Research Institute SIPRI (Hg.): *Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch*. Reinbek b. Hamburg 1977 (Standard; sehr hilfreiche Fakten, Zahlen, Grafiken!). Gert Krell, D. S. Lutz: *Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung*. Baden-Baden 1980. Holger Strohm: *Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke*. Frankfurt 1981 (erw. Neuausgabe des unübertroffenen Klassikers). *WeltTrends: Atomare Abrüstung. Schwerpunktthema der WT, Zeitschrift für internationale Politik*, Heft Nr. 81, Nov./Dez. 2011, S. 24-71). Amory B. Lovins/L. Hunter Lovins: *Atomenergie und Kriegsgefahr*. Reinbek bei Hamburg 1981 (das unverblümt offene Buch zu Hintergründen und Zusammenhängen). Yoel Cohen: *Die Vanunu-Affäre. Israels geheimes Atompotential*. Heidelberg 1995 (die Geschichte eines mutigen Verrats).

Politisches: Aldebaran (d. i. August Thalheimer): *Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach*

dem 2. Weltkrieg. Kuba (Exil) 1946 (treffende Analyse und zugleich Atom-Irrtum des marxistisch-luxemburgischen Dialektikers, KPD-Gründers und Vordenkers der KPD-Opposition). *Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.): Westblock-Ostblock. Welt- und Deutsch-landpolitik nach d. Zweiten Weltkrieg. Internationale monatliche Übersichten 1945-48* von A. Thalheimer. GFSA e. V., Bremen 1992 (es gibt kaum besseres zu der Zeit aus kritisch-marxistisch kommentierender Sicht). Robert Kurz: *Weltordnungskrieg. Bad Honnef 2003* (Ideologie- und Globalisierungskritik vom verstorbenen scharfzüngigen Diagnostiker des kapitalistischen Niedergangs). Robert Jungk: *Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*. München 1977 (vom Erfinder der Zukunftswerkstätten; ein Klassiker der Atomkritik). Herman Kahn: *Nachdenken über den Atomkrieg. Konflikt-Szenarios mit simulierten Situationen im Dienst der Friedenstrategie*. Bern und München 1984 (vom „Thinktanker“ mit Super-IQ der Rand Cooperation, der den Atomkrieg für führbar und überlebar hielt). Frank Hoffer: *Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs oder warum das letzte Gefecht verloren ging*. Marburg 1992. George F. Kennan: *Im Schatten der Atombombe. Eine Analyse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von 1947 bis heute*. Köln 1982 (eines der wichtigsten Bücher zum Kalten Krieg; der US-Diplomat, SU-Kenner und Politikberater galt durch seinen Aufsatz „Sources of Soviet Conduct“ = Ursprünge sowjetischen Verhaltens in 'Foreign Affairs' 1947 fälschlich als Begründer der Strategie des „containment“ = Eindämmung/Zurückdrängung in ihrer militärischen Wendung zur Truman-Doktrin). John Newhouse: *Krieg und Frieden im Atomzeitalter. Von Los Alamos bis SALT*. München 1990 (die Schilderung eines halben Jahrhunderts gefährlicher Weltpolitik eines Mitglieds des Außenpolitischen Ausschusses des US-amerikanischen Senats von 1959-1964). (Weitere verwendete Literatur siehe ARSTI Nr. 187: Das Atomdilemma, S. 29-34)

Quellen/Internetportale:

FriedensForum, Heft 4, Juli/Aug. 2015; m. Schwerpunkt: 70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki; S. 24-46 (versch. AutorInnen der Friedensbewegung stellen die gesamte aktuelle Atomwaffen-Problematik in übersichtlichen Beiträgen dar; Einzelheft-Bezug über: friekoop@friedenskooperative.de. www.atomwaffena-z.info (gelegentlich etwas unpräzise, was einzelne Daten und Fakten betrifft, aber ein ungeheurer gesammelter und mit Tabellen/Grafiken gut illustrierter Fundus auf einem Blick; deckt alle Aspekte lexikalisch übersichtlich ab; leicht verständliche, grafisch ergänzte Erklärungen usw.). www.friedensratschlag.de; (Kasseler Friedensratschlag; als sehr hilfreich erweisen sich die vielen Themen-Dossiers und Ratschlags-Dokumentationen). www.friedenskooperative.de (Netzwerk Friedenskooperative, Bonn; Koordinations- und Informationsstelle). www.koop-frieden.de (Bonn; die Kooperation für den Frieden e. V. ist wie der Friedensratschlag ein bundesweiter Zusammenschluss von Organisationen, Initiativen und Gruppen der Friedensbewegung; beide Gruppierungen organisieren jährlich Aktionskonferenz u. bundesweiten Friedensratschlag mit bis zu 300 Teilnehmenden; geben die Zeitschriften *FriedensJournal* und *FriedensForum* heraus); www.imi-online.de (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen (die Handwerker und „Sachbearbeiter“ aller wichtigen Themen).
E. K., Bremen, 12.11. 2015

Bericht Frühjahrsseminar

Das Frühlingsseminar, das die Gruppe Arbeiterstimme schon seit vielen Jahren gemeinsam mit der Gruppe International Dorfen veranstaltet, fand heuer traditionell wieder in München statt und zwar am 28. und 29. Mai.

Am Wochenende zuvor hatte in Österreich die Stichwahl um das Amt des Bundespräsidenten stattgefunden, die ja wie bekannt der Ex Grüne van der Bellen mit nur 0,6% Vorsprung gegenüber dem rechten Kandidaten der FPÖ gewonnen hatte. Ein Sieg, der die bürgerlichen Parteien und die Medien voller Erleichterung aufatmen ließ, war doch der Kelch eines rechtsnationalen Bundespräsidenten in einem westlichen EU-Land gerade noch einmal an ihnen vorübergegangen.

Unser österreichischer Genosse hatte ein Referat über die Bundespräsidentenwahl erarbeitet, dem er den Titel gegeben hatte: „Österreich ist mit einem grünen Auge davongekommen.“

Gerne hätten wir die Thematik des Rechtsentwicklung in der EU genauer ins Visier genommen, wie sie sich in Deutschland mit den Wahlerfolgen der AfD (vgl. Arsti 191); in Frankreich mit dem Front National, wo es auch durchaus nicht ausgeschlossen werden kann, dass Marine Le Pen zur Staatspräsidentin gewählt werden wird; in Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Finnland, Ungarn, Polen, ja sogar in der Schweiz können rechte rassistische und nationalistische Parteien Wahlerfolge verbuchen. Die Flüchtlingskrise, ausgelöst durch die Nachwirkungen des Kolonialismus, die Ausbeutung der ehemals sog. „Entwicklungsländer“, der Kriege und der daraus resultierenden Verelendung ganzer Staaten wirkt wie ein Katalysator für Nationalismus und Rassismus. Zusätzlich wird in den Ländern der EU die Kluft zwischen arm und reich immer größer. Durch die neoliberale Politik sind große Teile der Bevölkerung von Armut bedroht, Teile des „Mittelstands“ befürchten, ihre „Privilegien“ zu verlieren und wenden sich nach rechts. Es gibt durchaus Gründe für Existenz- und Zukunfts-

ängste – auf hohem Niveau – aus denen die Betroffenen allerdings die falschen Lösungsschritte ziehen. Teilweise sind es auch nur Proteststimmen, die den rechten Parteien Erfolge bringen. Um Genaueres sagen zu können, muss jedoch jedes Land für sich betrachtet werden, da die spezifische Situation jeweils eine andere ist. Das hatten wir auch vorgehabt, aber leider konnte unser befreundeter Genosse, der sich in der letzten Arsti mit der Thematik beschäftigt hatte, sich dieser Aufgabe nicht widmen. So konnten wir unsere geplante Tagesordnung nicht gänzlich umsetzen. Ein Genosse der Arpo hatte sich kurzfristig bereiterklärt, einen Beitrag dazu auszuarbeiten über die Hintergründe des Aufstiegs der politischen Rechten in der Gunst der Wähler. Diesen Beitrag drucken wir in ausgearbeiteter Form unter dem Titel „Das gesellschaftliche Klima wird rauer“ ab.

Die Teilnehmer des Seminars kamen hauptsächlich aus dem süddeutschen Raum; ein Genosse aus Österreich. Die Anzahl der Teilnehmer entsprach der der letzten Jahre, obwohl einige Genossen und Sympathisanten aus diversen Gründen verhindert waren.

Am Anfang des Seminars stand ein kurzer Überblick über die Verwerfungen, die das kapitalistische System weltweit herbeigeführt hat. Diesen kurzen Überblick hatte unser Altgenosse aus Nürnberg in bewährter Manier verfasst und vorgetragen. Für den in der Tagesordnung vorgesehen Block „Die Krisen Europas“ hatten einige Genossen Thesenpapiere erstellt, u.a. zur allgemeinen Entwicklung in der EU und in Deutschland, sowie zur Lage in Großbritannien vor der Abstimmung über den Austritt, in Griechenland und in der Türkei. Anschließend hatten wir uns der Macht der Medien und der Manipulation durch sie gewidmet. In der vielbeschriebenen „Informationsgesellschaft“ ist die Macht der Medien, trotz noch nie dagewesener Möglichkeiten zur Informati-



onsbeschaffung, immens. Sie scheinen zu bestimmen, was gerade auf der Welt passiert, um es dann auch ganz schnell wieder in Vergessenheit geraten zu lassen, man den-

ke nur an den Krieg in der Ukraine: findet der gerade statt oder nicht; die Krise in Griechenland schien ob der Flüchtlingsproblematik nicht mehr existent zu sein. Dieses Thema war kurzzeitig auch aus den Schlagzeilen verschwunden. Hier findet eine Manipulation sondergleichen statt, Grund genug, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, was ein Genosse ausführlich und kurzweilig getan hat.

Die ausgearbeiteten Referate zu Europa, Österreich und den Medien drucken wir im Anschluss ab. Dabei sind die Ergebnisse der Diskussionen eingeflossen.

Am Sonntag wendeten wir den Blick nach Lateinamerika. Dort scheinen die fortschrittlichen Entwicklungen, die zum Begriff des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ geführt haben, u.a. verursacht durch den Verfall der Rohstoffpreise, vor allem beim Rohöl, schwer bedroht zu sein. Ein profunder Kenner der Situation in Lateinamerika gab uns einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen. Er hielt ein Referat, dem er den Titel gegeben hatte: „Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?“

Im Verlauf des Vortrages wurde viel diskutiert. Das Referat steht uns in seinem Grundgerüst als Thesenpapier zur Verfügung. Der Genosse hat jedoch immer wieder Ergänzungen und Vertiefungen einfließen lassen. Wir haben den ganzen Vortrag aufgenommen. Da es schade wäre, dies nicht mit abzudrucken, haben wir uns entschlossen, diese Punkte einzuarbeiten und das Referat zu ergänzen. Allerdings war es uns nicht möglich, diese zeitaufwändige Arbeit bis zum Redaktionsschluss dieser Nummer fertigzustellen.

Wir werden das vollständige Referat in der nächsten Nummer abdrucken.

Das Treffen hat sich wieder positiv auf den Zusammenhalt der Gruppe ausgewirkt, wir konnten neue Erkenntnisse gewinnen und Kraft für die Weiterarbeit schöpfen.

Einleitung

Alle Themen, die für das Seminar vorgesehen sind, kann man auch unter dem Hauptnenner zusammenfassen: Die Zusammenballung der Krisen im kapitalistischen System erschüttert immer mehr die politische Stabilität. Seit einigen Jahren entladen sich die Widersprüche des Systems immer wieder aufs Neue in Überproduktionskrisen, Finanzkrisen, Schuldenkrisen usw. Dazu kommt die Zuspitzung der ökologischen Probleme. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich wird immer krasser, für Millionen in den ärmeren Ländern der Welt lebensbedrohend. Die Folgen sind politische Umbrüche, die Kriege und Kriegsgefahr im Gefolge haben. Millionen von betroffenen Menschen werden zur Flucht in noch besser saturierte Länder gezwungen und erschüttern dort das soziale Gefüge und auch die Besitzstände mit allen politischen Folgen. Die ungleiche Entwicklung der Länder hat ungleiche Stärken der Krisenentwicklung zur Folge und auch unterschiedliche Ablösungserscheinungen von bisherigen Formen bürgerlicher Herrschaftsart. Das schließt auch die Zersetzung und Zerstörung bisheriger Werte ein, wie den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, nicht zuletzt durch die von den USA diktierten Freihandelsabkommen.

Wer vor über 70 Jahren die Schrecken des Krieges in Europa miterleben musste, kann die zunehmende Zersetzung der Europäischen Union, an der auch die Bundesrepublik Deutschland unter Kanzlerin Merkel ihren ungunstigen Anteil hat, nur mit Sorge betrachten. Bei allen grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber einer neoliberal geprägten EU war ihr Ent-

stehen ein friedensfördernder Fortschritt. Ein neuer Nationalismus darf nicht die Alternative dazu werden.

Noch gibt es in den EU-Ländern nur vereinzelt Widerstand gegen die herrschende unsoziale Abwärtspolitik zum Zwecke einer angeblichen Krisenbewältigung, wie in Spanien, Griechenland und Frankreich.

Daraus entstandene, manchmal auch kurzatmige Widerstandsbewegungen sind geschwächt durch Orientierungslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Spaltung. Doch selbst in Deutschland nehmen die, wenn auch schwachen, Ansätze einer Ablehnung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu, vor allem bei Intellektuellen und im Kulturbereich.



Gegen die „Arbeitsmarktreformen“ Streikende Arbeiter in Frankreich

reich. Aber noch sind wir weit entfernt von neuen Hoffnungen, etwa wie sie eine linke Schweizer Gruppe in Bezug auf die anhaltende Massenflicht glaubt vermelden zu können: „Denn was wir erleben, ist die Neuzusammensetzung einer Klasse durch Migration.“

Die Geschehnisse der letzten Zeit, progressive Entwicklung in der Welt mit allen Mitteln, auch des Umsturzes, wieder rückgängig zu machen, wirft auch die Frage der fehlenden Stärke auf. Für manche Linke müsste sich nun die alte marxistische Einsicht bestätigt haben, dass der Reformismus – auch der kämpfende Reformismus von Griechenland bis Brasilien – letztendlich scheitern muss. Die Sozialdemokratie, die das kapitalistische System

bejaht und verteidigt, ist auf Gedeih und Verderb an dessen Bedingungen gekettet: Dessen Krisensturz wird auch zu ihrem Krisensturz. Dessen Wirtschaftsdebakel wird auch zu ihrem politischen Desaster. Weimar hat dies bewiesen. Der Reformismus hat nur einen Spielraum, solange die Ressourcen des Systems ihn bieten können.

Die kapitalistische Gesellschaft geht einer Stagnationsperiode entgegen. Die Gleichzeitigkeit dieser Entwicklung in den großen Wirtschaftsmächten und die Tatsache, dass die Möglichkeiten systemimmanenter Gegensteuerung nahezu aufgebraucht sind, verschärfen die Lage.

Wir wissen aus Erfahrung – vor allem aus der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre – um die drohenden Gefahren, die aus Existenzkrisen entstehen können: Kriege, Diktaturen, Militärregimes, Faschismus. Wir mussten es erleben und erleiden: Die kapitalistische Klasse wird, wenn es ihr nötig erscheint, vor keiner Anwendung von

Gewalt zurückschrecken, um ihre Herrschaft zu festigen und aufrecht zu erhalten. Der Spruch des Philosophen Horkheimer, „Wer nicht vom Kapitalismus reden will, soll vom Faschismus schweigen“, gilt nach wie vor.

Wir sind vorgewarnt durch unsere direkte Vergangenheit. Das Aufkommen der AfD jedoch signalisiert, dass neue Generationen die Lehren aus dieser fürchterlichen Zeit vergessen haben.

Widerstand und Aufklärung über den Klassencharakter des bestehenden Systems bleibt auch für uns im Kleinen die Aufgabe, seien auch die Bedingungen dafür gegenwärtig noch so ungünstig. Ein sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem bleibt der einzige Ausweg, trotz alledem.

Die Krisen Europas



Hat unser Altgenosse in seiner Einleitung die zerstörerischen Auswirkungen des weltweiten Kapitalismus in den Vordergrund gestellt, so soll im Folgenden näher auf die Krisen in der EU eingegangen werden. (Diese Zusammenfassung geschah unter großem Zeitdruck und stellt aus diesem Grund keine tiefere Analyse dar, sondern dient als Grundlage zur Diskussion.)

Vorweg wird an dieser Stelle kurz auf die Ideologie eingegangen, die diese Verwerfungen verschärft und den Kapitalismus noch effizienter gemacht hat, den Neoliberalismus. Bei der Zusammenstellung der Thesen wurde mir wieder deutlich, wie konsequent neoliberale Konzepte in den letzten Jahren umgesetzt wurden.

Sparen, liberalisieren, flexibilisieren, privatisieren

Zum ersten Mal ausprobiert und durchgesetzt wurden die neoliberalen Rezepte durch den Militärputsch Augusto Pinochets 1973 in Chile. In den westlichen Industrieländern waren es vor allem die Wahlsiege der rechts-konservativen Parteien von Margret Thatcher in Europa (1979) und Ronald Reagan in den USA (1980), die den Übergang zur neoliberalen Politik markieren.

Ihre wichtigsten Elemente sind:

Monetarismus: Hauptaufgabe der Geldpolitik sei die Steuerung der Geldmenge. Grund ist die Bekämpfung von Inflation, die zur Entwertung von Geldvermögen führt. Stattdessen soll die Geldpolitik strikt auf Preisstabilität achten.

Austeritätspolitik (Sparpolitik): Mit dem Monetarismus ist eine ent-

sprechende Haushaltspolitik verbunden, die den Abbau öffentlicher Verschuldung als vorrangigste Aufgabe betrachtet. Die öffentlichen Aufgaben sollen reduziert werden, zugunsten geringerer steuerlicher Belastungen, angeblich der Bürger, vor allem aber von Vermögenden und Unternehmen. Öffentliche Ausgaben werden als „Verzerrung“ und „Störung“ der Märkte kritisiert und für Wirtschaftskrisen verantwortlich gemacht.

Angebotspolitik: Eng damit verbunden ist eine Ausrichtung von Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik an die Bedürfnisse von Unternehmen.

Steuerentlastung: Dahinter steht die Vorstellung, dass nur höhere Gewinne letztlich zu steigenden Investitionen von Unternehmen und dann auch zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Arbeitsmarktflexibilisierung und Lohnfindung: Grund für die hohe Arbeitslosigkeit sei auch, dass staatlich-bürokratische Hürden, „Überregulierung“ und zu hohe Löhne Unternehmen davon abhielten, Arbeitskräfte einzustellen. Es bedürfe also einer Entmachtung der Gewerkschaften zugunsten betriebliche Bündnisse, Lockerung des Kündigungsschutzes, Senkung der Lohnnebenkosten, Lohnverzicht und längere Arbeitszeiten (erinnert sei an den Sturm der Unternehmer gegen den Mindestlohn).

Liberalisierung und Deregulierung: Liberalisierung bezieht sich auf den Abbau aller Schranken für einen ungehinderten Verkehr von Kapital, Gütern und Dienstleistungen. Vor allem bezieht sich dies auf die Beseitigung von Kapitalverkehrskontrollen, von Zollschränken und anderen Handelshemmnissen, aber auch von „verkrusteten“ Arbeits- und Sozialrechten sowie vom Umweltschutz (TTIP und CETA lassen grüßen).

Privatisierung: Der Staat sei in Zeiten leerer Kassen nicht länger in

der Lage, sog. „öffentliche Güter“ und Dienstleistungen sowie eine soziale Rundum-Absicherung zu gewährleisten. Die Ursache für diese Verschlechterung verschweigend, nämlich die Aushöhlung der Steuerbasis des Staates, lässt die Privatisierung als Ausweg zur Verbesserung der Versorgung mit diesen Gütern erscheinen. (Krankenhausbau Autobahnen und andere Objekte die durch public private partnership „billiger“ werden sollen).

Die neuen profitablen Verwertungsbereiche für das Kapital sind u.a.:

Wasserversorgung, kommunale Wohnungen, Telekom oder Post, private Rentenversicherung und „Stärkung der Eigenvorsorge“ bei der Gesundheit bis hin zur Privatisierung der Vermittlung Arbeitsloser und des Strafvollzuges (vgl. dazu *Rosa Luxemburg Stiftung, Neoliberalismus ökonomische Theorie und politische Praxis*).

Auch sozialdemokratische Regierungen haben sich dem Neoliberalismus verschrieben. Sie verliehen ihm damit zum Teil größere gesellschaftliche Akzeptanz als das konservativen Parteien möglich gewesen wäre.

Erinnert sei hier an die einschneidenden Maßnahmen der „Rosa-Grünen“ Regierung unter Schröder und Fischer (später dann die Fortsetzung in der Großen Koalition unter Merkel). Sie nutzten ihre Akzeptanz bei der Bevölkerung und den Gewerkschaften nach den 16 Jahren Kohl-Regierung für „Reformen“ im Sinne der Unternehmer und Vermögenden aus: Agenda 2010, Hartz IV, Aufgabe der Parität bei den Sozialversicherungsbeiträgen, Erhöhung des Renteneintrittsalters (eine faktische Rentenkürzung). Nicht zuletzt mit der Beteiligung der deutschen Bundeswehr an teilweise völkerrechtswidrigen NATO-Kriegseinsätzen machten sie sich um Kapitalinteressen verdient. Besonders dankbar sind Vermögende und Unternehmer für Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42% und andere Steuergeschenke. In einem sehenswerten Fernsehbeitrag mit dem Titel „Wie solidarisch ist Deutschland“ wurden die Steuergeschenke mit 60 Milliarden Euro pro Jahr beziffert.

Man stelle sich nur den Sturm der SPD – Grünen „Opposition“

vor, hätte die konservative Regierung unter Kohl solche Gesetze verabschiedet.

Auch deswegen war ja der Wechsel damals vom Unternehmerlager im Wahlkampf logistisch und finanziell unterstützt worden.

Dadurch wurde, neben einem äußerst unternehmerfreundlichen und höchst effektiven Niedriglohnssektor, der maßgeblich zur Verschuldung anderer Länder in Europa beigetragen hat, zusätzlich eine weitere gesellschaftliche Spaltung und eine Krise der repräsentativen Demokratie, die immer wieder beklagte Politikverdrossenheit produziert.

Sorgen um Europas Zukunft ...

macht sich auch DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann.

„Nie waren die Herausforderungen größer, nie waren europäische Antworten nötiger: In den multiplen Krisen Europas sehen heute viele die Überlebensfähigkeit der EU gefährdet. Seit das Weltfinanzsystem im September 2008 Europa in die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit stürzte, nimmt die Armut im reichsten Kontinent zu; die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Mehr als 22 Millionen Arbeitslose – davon 4,5 Millionen Jugendliche – sind eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt Europas. Die Regionen Europas entwickeln sich erstmals auseinander, statt weiter zusammenzuwachsen. Die Folgen sind eine ausgewachsene soziale Krise und ein erheblicher Vertrauensverlust nicht nur in den krisengeschüttelten Staaten gegenüber der EU, die für die überwiegende Mehrheit der Europäer bis dato eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich gebracht hatte.“ (einblick 1.2.2016)

Soweit der Vorsitzende des DGB, der das „D“ zu Recht in seinem Namen trägt – es soll wohl ausdrücken, dass er sich der deutschen Standortlogik verschrieben hat. Hoffmann verschweigt, dass besonders Deutschland eine maßgebliche Rolle bei den Verwerfungen gespielt hat, die er hier beklagt.

In dem empfehlenswerten Artikel „Zur Krise Der Europäischen Union – Eine Dokumentation“ zeigt Peter Munkelt in den *NachDenkSeiten* vom 3.6.2016, auf wie stark die deutsche

Wirtschaft von der EU profitiert und wie Deutschland die Führungsrolle in der EU übernommen hat.

„Von den Krisen anderer Staaten wusste Deutschland erheblich zu profitieren. Zur angeblichen Krisenbewältigung konnten Instrumente durchgesetzt werden, die schärfste Restriktionen für die krisengeschüttelten Länder vor allem im Süden Europas bedeuten, der deutschen Volkswirtschaft und den öffentlichen Kassen des Bundes und der Bundesländer aber erhebliche Vorteile brachten und weiterhin bringen.“

Deutschlands Wirtschaft boomte beim Export, mit weiteren Konsequenzen für die Staaten, die sich verschulden mussten:

Deutschland steht angesichts seiner starken Exportausrichtung immer wieder in der Kritik. Die EU-Kommission stuft Werte von dauerhaft mehr als sechs Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt als stabilitätsgefährdend ein. (Da Deutschland seit Jahren über dieser Grenze liegt, wurde die Bundesregierung im März 2014 von Brüssel gerügt. Gleichzeitig wird ihr empfohlen, mehr zu investieren und so die Nachfrage im Inland zu stärken. Auch das US-Finanzministerium prangerte die Überschüsse wiederholt als Risiko für die weltweite Finanzstabilität an, da Länder mit hohen Überschüssen solchen gegenüber stünden, die ihre Importe über Schulden finanzieren müssten. Ökonomen sehen die Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft als Kernproblem des Ungleichgewichts.“ (Spiegel Online, 2.2.2015)

Die Finanzminister in Deutschland konnten teure Kredite gegen Kredite mit niedrigen Zinssätzen umschulden:

Deutschland profitiert von Eurokrise

Der ausgeglichene Haushalt in Deutschland ist zu einem großen Teil auf Zinseinsparungen aufgrund der Schuldenkrise zurückzuführen

Institutionell ist während der Eurokrise

ein beachtliches europäisches Regelwerk (Fiskalpakt, Europäischer Stabilisierungsmechanismus) außerhalb des EU-Vertrags entstanden, das wesentlich von Deutschland gesteuert wurde (...) deutsche Macht (hat) partiell europäisches Recht ersetzt (...)

Eine politische Union, die gemeinsam getragene und politisch legitimierte Entscheidungen produziert, sieht anders aus. (Ulrike Guérot: *Von Normalität über Übermacht zur Ohnmacht? Betrachtungen zur deutschen Rolle in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 52/2015, 21. Dez., S. 17-22, hier S. 19 und 21)

Hebel für solche Durchsetzungsmacht war die fortschreitende Aufwertung des 1992 geschaffenen Europäischen Rates, zu Lasten gemeinschaftlicher Institutionen und kodifizierter Regeln der EU.

Mittlerweile gehen alle wegweisen europäischen Entscheidungen ausschließlich aus den Treffen der Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat hervor. (...)

(Begründet wird diese Ausdehnung exekutiver Handlungsvollmacht mit dem Entscheidungsdruck in Krisenzeiten. Es muss rasch gehandelt und entschieden werden, und das bewerkstelligen kleine Exekutivspitzen besser als debattierende Parlamente ...) Die gegenwärtig zu beobachtende Machtentfaltung der Exekutivspitzen entfernt sich bedenklich weit von dieser Idee der Volkssouveränität. (Emanuel Richter: *Alle Staatsgewalt ging vom Volke aus*, In *Zeiten der Krise verkommt die EU zu einem undemokratischen System von Großmächten*. IPG, *Internationale Politik und Gesellschaft*, 18.4.2016)“

Aussagen, die auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos getroffen wurden, stimmen bedenklich. „Der sinkende Ölpreis, der Verfall anderer Rohstoffpreise, das abflachende Wachstum in China – das ist (vordergründig) der Stoff, den der Kapitalismus der «globalen Turbulenz» zu verdauen hat. Dies drückt auf die Einnahmen der sich industrialisierenden Schwellenländer inklusive Russlands. Es lässt dort sowohl private wie staatliche Schulden explodieren und dämpft künftig wohl auch die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen des „Exportvi-zeweltmeisters Deutschland“.“

Der frühere Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, die «Zentralbank der Zentralbanken»), William White, verkündete in Davos: «Die heutige Lage ist schlimmer als 2007». Nach der Pleite von Lehman Brothers seien die Schwellenländer stabil geblieben und damit Teil der Lösung der Krise

gewesen. Nun seien auch sie Teil des Problems eines immer instabiler werdenden globalen Finanzsystems..... Das europäische Bankensystem müsse im Fall einer abermaligen globalen Rezession in einem bislang unvorstellbaren Ausmaß rekapitalisiert werden. Dies ergibt ein insgesamt düsteres Szenario: Weltwirtschaftskrise, Finanzkrise, Banken kollaps, Eurokrise – alles kommt erneut zusammen. Die Mittel zum Gegensteuern wurde durch vormalige Bankenrettung, lockere Geldpolitik etc. aber bereits weitgehend verpulvert. (vgl. *sozonline.de; Krise der Weltwirtschaft*; 2. März 2016)

Die Europäische Union ist aufgrund der Unfähigkeit, das große wirtschaftliche Gefälle in ihren einzelnen Mitgliedsländern in den Griff zu bekommen, in eine fast existenzielle Krise ihrer Gemeinschaftswährung Euro, ihrer politischen Strukturen und des sie begründenden Verfassungsprozesses und Vertragswesens und vor allem ihrer Legitimation bei den Millionen von Menschen in den 28 Mitgliedstaaten geraten. Das Erpressen der griechischen Bevölkerung, sich dem Diktat der Troika und der Politik aus Berlin zu unterwerfen, hat die EU in ihren Grundfesten erschüttert, was von keinem ihrer Gründungsverträge auch nur theoretisch vorgesehen war. „Die EU ist in einer schlechten Verfassung“, Herr Juncker stellte treffend fest. Die Währungs-, Struktur- und Legitimationskrise der EU werden seit gut einem Jahr auf eine zusätzliche besondere Weise verschärft. Der unvermeidbare Kollateralschaden von Weltneuerordnungskriegen, Umwelt- und Klimazerstörung sowie des weltweiten Freihandels setzt sich in Form einer neuen Fluchtbewegung von Hunderttausenden von Menschen in die reichen Länder Europas, insbesondere nach Deutschland auf die politische Agenda.

Aufstieg der Rechten

Vor diesem Hintergrund feiern vor allem rechtskonservative, nationalpopulistische und europaskeptische Parteien Erfolge – etwa die AFD in Deutschland, die FPÖ in Österreich und der Front National in Frankreich. Entsolidarisierung in Europa und Re-

nationalisierung im politischen Denken und Handeln nehmen zu, Europa als Wertegemeinschaft scheint handlungsunfähig. Die Migrationskrise stellt das vereinte Europa vor eine gewaltige Bewährungsprobe.

Vor diesem Hintergrund kennen CDU, CSU, Grüne und FDP, neben dem ihren wahltypischen Phrasen angesichts der Verluste an Zuspruch, in der Praxis nur eine Handlungsrichtung. Sie wollen der AFD das Wasser abgraben, indem sie die schmutzige Arbeit zum Abschotten Europas vor den Flüchtlingen und die rücksichtslose soziale Ausgrenzungspolitik gegenüber Armen und Schwachen wieder selber und noch konsequenter durchführen. Sie reden nicht mehr nur von Obergrenzen und Kapazitätsbeschränkungen, sondern sie führen sie durch. Das gängige Schema ist schon aus früheren Zeiten bekannt, auch bei den vorherigen Beschneidungen des Asylrechts: Wir müssen den Forderungen der AFD entgegentreten, „um Schlimmeres zu verhüten“.

Europa und die Linke

Eigentlich müsste dies eine Sternstunde für eine antikapitalistische, systemkritische Linke sein. Die LINKE konnte diese Situation in den Wahlkämpfen jedoch nicht für sich nutzen. Anstatt den Regierungsparteien eine Alternative entgegenzustellen, setzte die LINKE auf einen eher illusionär als seriös anmutenden Rosa-Rot-Grünen Regierungswechsel.

Gewerkschafter Hoffmann sieht in der Krise dennoch eine Chance, die es zu nutzen gilt. „Dabei stellt sich die Frage, welche Chancen ergriffen werden, für wen und wie.“ ... Das Für Wen sollte aus Sicht des DGB zumindest keine Frage sein. Schwieriger ist es da schon mit dem Wie bestellt. Aber auch dafür weiß Hoffmann „kämpferischen“ Rat: „Die Krise bietet uns jetzt die Chance für einen neuen europäischen Anlauf, weil sie eine offene und breite Debatte über die soziale Zukunft Europas unausweichlich macht.“ (einblick)

Oskar Lafontaine sah bereits seit 2011 „das Ende des Euro kommen“. Seine und ähnliche Kritiken von Heiner Flassbeck und anderen sind bekannt. Stichworte: verfehlte Ban-

kenrettung, dadurch steigende öffentliche Verschuldung, Austeritätspolitik, die alles schlimmer macht; dazu eine ohnehin falsch konstruierte Währungsunion mit dem Ergebnis, dass Löhne, realwirtschaftliche Entwicklung, Leistungsbilanzen etc. im Euroraum immer weiter auseinanderdriften. Die Verarmung großer Teile der Bevölkerung, vor allem in den Ländern Südeuropas, aber nicht nur dort, nimmt zu, ebenso wie weitere De-Industrialisierung und Anstieg der Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte. Nun kommen die Risiken einer erneuten Wirtschafts-, Finanz- und Eurokrise hinzu. Als Reaktion auf die Diktatpolitik der EU gegenüber der von SYRIZA geführten Regierung in Griechenland entwickelten Oskar Lafontaine, Jean-Luc Mélenchon und andere eine «Plan-B»-Initiative, die letztlich in Paris am 23. und 24. Januar 2016 stattfand. Um eine chaotische Auflösung der Eurozone zu verhindern, wird ein EWS als europäische Auffanglösung vorgeschlagen. (vgl. *sozonline.de: der-aufhaltsame-aufstieg-der-rechten*; 24. März 2016)

Von einigen Gruppen und Parteien aus dem linken Spektrum kommt die Meinung, dass es besser wäre den „neoliberalen europäischen Koloss“ zu verabschieden und zu Nationalstaaten zurückzukehren.

Diesen Ansichten widersprechen wir vehement. Wir wissen auch dass die EU eine kapitalistische ist und in diesem Rahmen der Perspektive Aufschwung, Krisen und Kriegen unterworfen ist. Dennoch muss uns ihr Bestehen wichtig sein. Erinnerung sein nochmal an die mahnenden Worte unseres Altgenossen, angesichts der Kriege in Europa im letzten Jahrhundert.

Notwendig ist eine Politik die ein demokratisches, solidarisches und sozialistisches Europa zum Ziel hat.

Alein – wie dies beim derzeitigen Stand des Klassenbewusstseins der lohnabhängigen Klassen umgesetzt werden kann ist die große Frage.

Unsere Einflussmöglichkeiten in dieser Richtung etwas zu bewirken sind gering, aber angesichts der sich abzeichnenden Gefahr die der Aufstieg der Rechten mit sich bringt, dürfen wir nicht nachlassen diese geringen Mittel einzusetzen um dagegenzuhalten.

Die Türkei ist ein idealer Feind und Partner für die EU.

Nach Chile wurde 1979 in der Türkei der Versuch unternommen ein neoliberales Programm umzusetzen. Auf Druck der IWF beauftragte die Minderheitsregierung unter dem späteren Staatspräsidenten Demirel eine Kommission mit der Ausarbeitung eines Programms, um die hohe Inflation unter Kontrolle zu bekommen, die Auslandsverschuldung zu mindern und die Wirtschaft zu beleben. Die so genannten „Stabilitäts-Beschlüsse“ sollten eine radikale Wende der bisherigen Wirtschaftspolitik des türkischen Staates einleiten. Vorgeesehen war, die Subventionen für die Landwirtschaft, für öffentliche Verkehrsmittel, Grundnahrungsmittel und ähnliches auf zu heben und das Privatkapital zu stärken. Die Wirtschaft sollte stärker auf Exporte ausgerichtet werden, die Zinsen-, Devisen- und Importbestimmungen sollten liberalisiert und die türkische Lira abgewertet werden. Nachdem diese Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem IWF und dem Ministerpräsidenten ausgearbeitet worden waren, stellte die Kommission sie dem engen Kreis des Nationalen Sicherheitsrates, also den obersten Militärs, vor. Mit der Zustimmung des Sicherheitsrates wurden die Maßnahmen am 24. Januar beschlossen und die türkische Lira über Nacht um fast die Hälfte abgewertet.

Die Folgen dieser Maßnahmen waren unter anderem extreme Preissteigerungen.

Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften waren in den 70er Jahren immer militanter und selbstbewusster aufgetreten. Der Anteil der Löhne am nationalen Einkommen stieg in diesen Jahren stetig. Die Reaktion der Gewerkschaften auf die steigende Inflation und Preise waren Streiks für höhere Löhne. 1980 war das Jahr, in dem die meisten Streiks stattfanden. Es war klar, dass unter diesen Umständen die geplante ökonomische Neuausrichtung des Landes nicht umzusetzen war.

Als in den Morgenstunden des 12. September die Militärs putschten,



waren zehntausende Arbeiter_innen noch im Streik. Eine der ersten Maßnahmen der Putschisten war es deshalb die Streiks und anschließend die Gewerkschaft DISK zu verbieten. Jahre später sagte der Putschgeneral Evren in einem Interview: „Wenn nach dem 24. Januar, nach den so genannten Stabilitäts-Beschlüssen nicht die 12. September-Phase gekommen wäre, wären die ganzen Maßnahmen zur Makulatur geworden, es hätte in einem Fiasko geendet. Nur das strenge militärische Regime stellte den Erfolg dieser Maßnahmen sicher.“ (Milliyet, 7.1. 1991)

Der Putsch 1980 hatte zum Ziel die Macht der Gewerkschaften, der Arbeiterklasse zu brechen und damit das neoliberale Programm des Kapitals durchzusetzen. Mit dem ersten Teil waren sie sehr erfolgreich. Bis heute hat sich die türkische Arbeiterbewegung von den Folgen der Repression durch den Putsch nicht erholt. Obwohl heute über 16 Millionen Lohnabhängige beschäftigt sind, ist die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder geringer als vor dem Putsch 1980.

1983 fanden die ersten Wahlen nach dem Militärputsch statt. Die Parteien, die vor dem Putsch bestanden hatten, waren aufgelöst und von den Wahlen ausgeschlossen. Die Wahlen gewann die Partei von Turgut

Özal, dem Architekten der neoliberalen Stabilitäts-Beschlüsse. Vor dem Putsch war er Berater des Ministerpräsidenten Demirel und Vorsitzender des türkischen Metallunternehmerverbandes (MESS). Unter seiner Regierung fand der erste grundlegende Wandel statt: Die Finanz- und Außenhandelspolitik wurden radikal geändert, Importbeschränkungen wurden abgebaut, mit der Privatisierung von staatlichen Unternehmen begonnen und ausländische Investitionen stark erleichtert.

Die neoliberale Ausrichtung der Wirtschaft ging allerdings nicht sehr schnell voran. Die Gründe waren unterschiedlich. Zum Leidwesen der Herrschenden kam der Krieg in Kurdistan dazwischen, der die Regierungen davon ablenkte sich auf die Privatisierungen zu konzentrieren und der zudem enorme finanzielle Kosten verursachte. Zum anderen waren die Versuche das Finanzsystem zu liberalisieren immer wieder von einer Hyper-Inflation und Banken- und Finanzkrisen begleitet, die die türkische Lira in das Bodenlose betrug. Der Wechselkurs noch 1970 gegenüber dem Dollar 1:13, war es im Jahr 2002 1:1.490.000.

Die Vollendung dieses neoliberalen Projektes sollte der AKP vorbehalten bleiben. Die AKP erfüllt nun das, was den Putschisten von 1980

eigentlich vorschwebte, aber weder ihnen noch den Regierungen danach gelungen war.

Die AKP kam 2002 an die Macht, nach einer sehr schweren Wirtschaftskrise in der Türkei in den Jahren 1999 und 2000 in deren Verlauf mehrere Banken pleite gingen. Über Nacht machten eine halbe Million, vor allem Kleinbetriebe, Werkstätten und Einzelhändler dicht und es gab auf einen Schlag eine Million Arbeitslose mehr. Am Ende dieser Krise, nachdem die Pleitebanken verstaatlicht und die Kosten vom Staat übernommen worden waren, bekam die AKP bei den Parlamentswahlen, zu denen sie zum ersten Mal antrat, 34 Prozent der Stimmen und - aufgrund des Wahlrechts - die absolute Mehrheit der Sitze.

Mit der absoluten Mehrheit im Parlament konnte die AKP anders agieren, als die Regierungen in den Krisenjahren zuvor. Die Politik der Deregulierung und Privatisierung bekam jetzt einen neuen Schub. Der in der Türkei traditionell starke Staatsbesitz von Industrieunternehmen wurde radikal zurückgefahren. Betriebe in der Petrochemie, der Stahl- und Zementherstellung, in der Nahrungsmittelindustrie, die türkische Luftfahrtsgesellschaft THY, Flughäfen, die Türk-Telekom und viele weitere wurden an Privatunternehmen verkauft. Von den Bosphorusbrücken bis zu Autobahnen, alles was zur privaten Reichstumsvermehrung geeignet schien, wurde verscherbelt. Noch nicht betroffen ist bisher die staatliche Eisenbahn, weil diese sich derzeit noch in desolatem Zustand befindet. Aber es wird beispielsweise am Ausbau des Streckennetzes gearbeitet und es ist absehbar, dass nachdem genug staatliche Gelder investiert wurden, auch hier nach Investoren gesucht werden wird.

Die AKP hat außerdem vor allen Dingen die Bauwirtschaft extrem forciert. Neben Megaprojekten wie neue Bosphorus-Brücken und -Tunnel oder Groß-Staudämme, sind es vor allen Dingen neue Viertel mit den Ausmaßen von Kleinstädten, die in der Peripherie der Großstädte ständig neu entstehen. Seit der Mechanisierung der Landwirtschaft gibt es eine ständige Landflucht, der Krieg in Kurdistan in den 90er Jahren hat den Zuzug in die Großstädte nochmals

verstärkt. Istanbul hatte z.B. noch in den 50er Jahren nicht einmal eine Million BewohnerInnen, heute sind es offiziell über 14 Millionen, inoffiziell 18 Millionen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung, für die das Land auch gelobt wird, braucht die Türkei allerdings permanent ausländisches Kapital. Das Land konsumiert mehr, als es produziert. Mit acht bis zehn Prozent Leistungsbilanzdefizit ist die Türkei Spitzenreiter aller Staaten! Die Türkei ist zwar sehr erfolgreich in dem neoliberalen Projekt, allerdings steht das Ganze auch auf tönernen Füßen. Sobald der Kapitalzufluss unterbrochen zu werden droht, werden die Herrschenden sehr nervös. Die wirtschaftliche Entwicklung beruht auf dem ausländischen Kapital, das permanent fließen muss.

Neben dem Boom der Bauwirtschaft, ist die positive wirtschaftliche Entwicklung auch auf inländischen Konsum zurückzuführen. Dieser Konsum beruht auf Krediten. Es gibt eine riesengroße Blase privater Kredite. Angehörige der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums haben in der Regel mehrere Kreditkarten zwischen denen ständig umgeschuldet wird. Die Löhne sind bis weit in die 2000er Jahre noch unter dem Vorputschniveau gewesen. Das hat sich in den letzten Jahren etwas geändert, trotzdem wird die Schere zwischen Wohlhabenden und Armen immer größer. Wie lange dieser Zustand noch anhalten kann, hängt vor allem von der globalen Wirtschaft ab. Sobald die Rohstoffpreise steigen oder die Zinsen in den Industriemetropolen anziehen, stehen der türkischen Wirtschaft wieder mal schwere Zeiten bevor.

Der kulturelle Kampf

Die AKP und Erdoğan haben es in den 14 Jahren ihrer Regierungszeit verstanden eine Klientelwirtschaft aufzubauen. Das fängt damit an, dass sie sich die Wählerschichten mit milden Gaben, die von Zeit zur Zeit verteilt werden, gewogen zu halten und reicht bis dahin, dass unbotmäßige Unternehmen unter absurdesten Vorwürfen kaltgestellt werden. Bekannt sind die Enteignung von großen Unternehmen im Frühjahr,

die angeblich einer terroristischen Organisation angehören sollen. So wurden mehrere Kapitalgruppen unter staatliche Kontrolle gestellt und oppositionelle Medienhäuser zerschlagen.

Faktisch gibt es heute in der Türkei keine großen Medien mehr, die nicht auf Regierungslinie sind. Die wenigen vor allem linken Zeitungen und Sender, die noch dagegen halten, sind immer wieder durch die Verhaftung ihrer MitarbeiterInnen und hohe Geldstrafen in ihrer Existenz bedroht.

Daneben werden die Angriffe auf die erkämpften Rechte der Frauen, der Arbeiterklasse und Minderheiten immer schärfer. Die AKP-Regierung macht alles um das erklärte Ziel von Erdoğan, eine gläubige Jugend heran zu bilden zu erreichen. Das Alkoholkonsum wird strikt reguliert, die Anzahl der theologischen Gymnasien steigt stetig, Wohngemeinschaften, in denen junge Frauen und Männer zusammen wohnen, werden als unsittlich denunziert. Bei jeder Gelegenheit werden das Gebären und die Aufzucht der Kinder als die wahren Bestimmungen der Frau beschrieben und Frauen, die keine Kinder haben, verunglimpft. Diese Aufzählung ist natürlich unvollständig und es ist ermüdend über die absurden, reaktionären Ergüsse dieser Herrschaften zu schreiben.

Der Krieg in Kurdistan forderte seit dem Neuaufflammen der Kämpfe vor einem Jahr schon tausende Menschenleben und die Kämpfe gehen weiter. Bilder mancher Stadtviertel in Kurdistan erinnern an den Krieg in Syrien: Zusammengeschossene Häuser, Militärpanzer in Ruinen, kein Schulunterricht weil in den Schulgebäuden Militärs stationiert sind.

Im Mai beschloss das Parlament auf Betreiben von Erdoğan eine Verfassungsänderung, um die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten zu ermöglichen. Natürlich ist das vor allem gegen die HDP gerichtet. Gegen 50 von ihnen laufen Ermittlungen im Zusammenhang mit Antiterrorgesetzen. Die Verurteilungen würden die Machtverhältnisse im Abgeordnetenhaus ändern, und Erdoğan seinem Ziel, einem präsidentialen Staat, näher bringen. Nebenbei hätte er Rache an den kurdischen und linken Abgeordneten genommen.

Presse, Meinungsfreiheit und die Information als Ware

1. Die Unzufriedenheit mit der Berichterstattung

„Lügenpresse“, eine faschistisch vorbelastete Vokabel, gilt den einen als immer noch provozierender Kampf- und Protestruf, den anderen als das „Unwort des Jahres“. Die „Lügenpresse“ ist aber auch zum Begriff geworden, der eine alte – und früher von der politischen Linken aufgeworfene – Frage neu in das Bewusstsein der Menschen trägt: welche Rolle spielen die deutschen Leitmedien und ihre Spitzenvertreter bei der Durchsetzung und Befestigung der aktuellen Herrschaftsverhältnisse?

2. Glanz und Elend journalistischer Selbstwahrnehmung

Dass Netzwerke journalistischer Meinungsbildner bestehen, in welche politische Beraterstäbe auf transatlantischer Ebene ihre Informationen einspeisen, ist spätestens seit dem Umsturz in der Ukraine 2014 und der sich daran anschließenden Kriegssituation offenbar geworden. Dazu muss nicht auf Spekulationen oder Verschwörungstheorien zurückgegriffen werden. Uwe Krüger, Kommunikationswissenschaftler aus Leipzig, hat 2013 in seiner Untersuchung „Meinungsmacht“ den Einfluss politischer und wirtschaftlicher Eliten auf Leitmedien und Topjournalisten analysiert. Weite Verbreitung fand die Recherche der Beziehungsgeflechte durch die ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“, in der Verbindungen exemplarisch und genüsslich nachgezeichnet wurden.

Die Nähe zu den Entscheidern, auch über Krieg und Frieden, der Zugang zu ihnen, die Möglichkeiten exklusiver Gespräche und Befragungen, die Teilnahme an den Tagungen der Spitzenzirkel fördert die Übernahme inhaltlicher Positionen. Sofern überhaupt noch Korrekturbedarf besteht – und darin liegt das Problem.



Die Grobschlächtigkeit offener Bestechung ist nicht, vielleicht auch nicht mehr, nötig. Das bedeutet nicht, dass keine politisch inspirierten Karrieren möglich und wünschenswert wären. So wird demnächst die Journalistin Ulrike Demmer (*SPIEGEL*, *FOKUS*, *Mediengruppe Madsack*) erste Stellvertreterin von Steffen Seibert (ZDF) in der Funktion als Regierungssprecherin. „Nach der inneren Arithmetik der großen Koalition“ rückt sie auf den „von der SPD zu besetzenden Platz“ vor. (SZ vom 25./26. Mai 2016)

Das Wunschbild vom Journalismus, der unerschrocken, uneinflussbar und frei im Dienste der Aufklärung tätig ist, um „objektiv und der Wahrheit verpflichtet, als „vierte Gewalt“ eine informierte Gegenöffentlichkeit zu schaffen, dieses Bild ist nicht nur in der Außenwahrnehmung überholt, sie entspricht auch nicht dem Selbstbild der im Journalismus Tätigen.

3. Meinungs- und Pressefreiheit und ihre private Aneignung

Schon Marx war, wenngleich selbst auch journalistisch tätig, seiner Zunft und ihren Voraussetzungen gegenüber äußerst skeptisch, er erdete manche Kopfgeburt. Im Kommunistischen Manifest befindet er: „Die

Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Dem bleibt nur hinzuzufügen: dies gilt auch für die Journalisten.

Das Recht, seine Meinung frei zu äußern und das davon abgeleitete Recht, diese Meinung in Wort und Bild zu verbreiten, zählt hierzulande zu den Grundrechten und beruft sich auf den Menschenrechtskatalog der amerikanischen und der französischen Verfassungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Damit wurden historisch die Meinungs- und Denkmonopole des Adels und vor allem der Kirche gebrochen, diese Freiheitsrechte sind, auch wenn sie universalistisch verfasst sind und damit für alle und für jede Zeit gültig sein sollen, erst notwendig und umsetzbar mit den bürgerlichen Revolutionen.

Der Sturz der feudalen Gesellschaften setzt eine breite Öffentlichkeit und ihre Debatte voraus und diese informierte Öffentlichkeit wiederum strebt nach wirtschaftlicher und schließlich politischer Herrschaft. Abgeleitet von der Mutter aller Menschenrechte, dem Recht auf Eigentum, bildet das System aller Freiheitsrechte den Ausgangs- und Orientierungspunkt des bürgerlich-

demokratisch verfassten Staatsverständnisses. Die Universalität ihres Anspruchs zeigt die Bedeutung für die Gestaltung des politischen Überbaus.

Die Meinungs- und Publikationsfreiheit ist damit ein Recht, das allen Mitgliedern dieser Gesellschaften zugestanden wird. Das gilt, in Abhängigkeit von der Sicherheit der bestehenden Verhältnisse, auch für die politische Linke. Und sie ist für unsere Arbeit existenziell wichtig. Deshalb müssen wir beabsichtigte Beschränkungen im eigenen Interesse zurückweisen und für den Erhalt dieser Freiheit, gerade unter den gegebenen Verhältnissen, eintreten.

Eine Garantie ist damit nicht verbunden und die bestehenden Überwachungs- und Disziplinierungsinstrumente sollten weiter gehende Illusionen auf der Linken verhindern.

Andererseits sieht weder der bürgerliche Mensch noch sein Staat einen Wider-

spruch darin, dass die freie Meinung als Ausdruck journalistischer Arbeit vom Medienunternehmer gekauft werden kann. Die Freiheit unterliegt, ohne dass dies in irgendeiner Weise als unschön oder problematisch gilt, der privaten Aneignung. Deshalb hat sich die Meinungsfreiheit gerade derjenigen, denen dieses Recht aus Gründen der eigenen Berufstätigkeit wichtig sein müsste, den Gesetzen der Verwertung zu beugen.

Die Folgen der Einpassung in den Verwertungsprozess sind vielschichtig. So können Journalisten auf die verlegerische Generallinie ihres Medienunternehmers verpflichtet werden. Das prominenteste Beispiel in der BRD ist dafür der *Axel-Springer-Verlag* mit seinen fünf Unternehmensgrundsätzen, die Bestandteil der journalistischen Arbeitsverträge sind. Die geforderte Unterstützung des transatlantischen Bündnisses und die Solidarität mit den USA en-

gen Berichterstattung und Recherche empfindlich ein.

Dass diese unternehmerische Entscheidung sich doch nicht so ganz von selbst versteht und ein Rest von Fremdschämen in der Luft liegt, wird auf der Homepage des Verlages schnell deutlich, wenn vier aktuelle oder ausgeschiedene Chefredakteure einzelner Hauszeitungsgruppen mit Gefälligkeitsadressen zitiert werden. Alle betonen den Nutzen dieser Grundsätze für die praktische Arbeit, wobei noch variiert wird zwischen der Orientierungsfunktion



(Peters, Chefredakteur *WELT*) und der Selbstverständlichkeit ihrer Gültigkeit (Huth, Chefredakteur *B.Z.*). Thomas Schmid, Herausgeber der *WELT*-Gruppe, veredelt das unternehmerische Weltbild: „Doch es ist ebenso eine journalistische Tugend, verantwortlich zu handeln. Wenn es auch nur annähernd stimmt, dass die Presse die vierte Macht im Staate ist, dann heißt das auch: Sie ist keine Privatveranstaltung, sie ist sowohl gegenüber ihren Kunden, den Lesern, wie auch gegenüber dem Gemeinwesen insgesamt und seiner Geschichte in der Pflicht.“ Die Presse der Medienhäuser, der Konzerne und Aktiengesellschaften ist also keine Privatveranstaltung. Glaubwürdig ist das nicht. Der Unternehmer besteht auf der Ergebnisadresse und er bekommt sie.

Andere Medienhäuser decken ihre Karten in dieser Frage weniger offensiv auf, was aber keinen Ver-

zicht auf einen unausgesprochenen Wertekodex bedeutet. Abweichler bekommen die Grenzen ihrer beruflichen Meinungsfreiheit schnell zu spüren.

Die verlegerischen Entscheidungen sind, ob in Qualitätszeitungen, in Lokal- und Anzeigenblättern oder in Fernsehsendern, unantastbar und bedürfen weder der Darstellung noch der Kommentierung in den hauseigenen Medien.

Ein typisches Beispiel: kürzliche Warnstreikaktionen in der Druckerei und der Redaktion der *SZ* werden,

wie seit jeher üblich, vielsagend beschwiegen. Allein ein dürrer Satz auf der Titelseite kündigt inhaltliche Kürzungen an. Die Möglichkeit, von realen Tarifauseinandersetzungen im eigenen Haus ohne großen Recherche- oder Reiseaufwand zu berichten, nehmen die Damen und Herren Qualitätsjournalisten nicht wahr. Oder sie ist ihnen versperrt.

Verlegerische Entscheidungen eines Medienunternehmers sind an der Quelle ihres Entstehens und an ihrem Wirkungsort tabu und können höchstens bei der Konkurrenz nachgelesen werden. Eine Beschränkung der Pressefreiheit wird darin landläufig aber nicht erkannt.

Von Berufs wegen Informationen zu sammeln, auszuwerten und zu bewerten sorgt weder für starke Berufsgewerkschaften noch schützt es vor der Ausdünnung der Redaktionen und vor Entlassungen. Dazu dann das hohe Lied der freien sozialen Marktwirtschaft anzustimmen, mag im Einzelfall einige Selbstverleugnung bedeuten. Aber ein Verstoß gegen Meinungs- und Pressefreiheit wird darin nicht gesehen.

Von Lobbyverbänden, Konzernen, Politikern oder Militärs auf Informationsreisen geladen zu werden, gilt nicht als anrühlich. Im Gegenteil, die Nähe zu den tatsächlich Mäch-

tigen gilt als chic und eine weniger willfährige Berichterstattung kegelt den Journalisten aus diesem Informationszusammenhang, wirft ihn aus dem Netzwerk, arbeitsrechtliche Konsequenzen eingeschlossen. Aber Meinung und Presse sind frei.

Der geistige Überbau der systemtragenden Lohnschreiber- und Lohnsenderei bietet wenig Anlass zur Euphorie über die Meinungs- und Pressefreiheit. Dies erfahren gegenwärtig die „Kunden“, d.h. die Leser, Hörer und Zuschauer der Medienwelt in zunehmendem Maße. Zu Zeiten gesellschaftlicher Zuspitzungen führt dies zu Irritationen, „Vertrauensverlust“ genannt. Eigene Wahrnehmungen, Beurteilungen und Befürchtungen spiegeln sich nicht oder nur unzureichend in der veröffentlichten Meinung der Traditionsmedien. Das eigene Weltbild wird zunehmend als abweichlerisch, wenn nicht sogar als extremistisch erlebt, Fremd- und Eigenwahrnehmung geraten in Konflikt. Niemand aus der bisher schweigenden Mehrheit möchte Extremist sein, sondern in dieser Mehrheit aufgehoben bleiben.

Nicht die AfD-Wähler haben subjektiv das Einverständnis mit der deutschen Politik aufgekündigt. Die Politik und ihr Sprachrohr, die Medien, haben aus deren Sicht ihr Einverständnis mit der Bevölkerung aufgelöst, ohne Grund und ohne wirkliche Legitimation. Aktuelle Umfrageergebnisse zu Politikfeldern wie militärischem „Engagement“ im Nahen Osten, zu TTIP, zur Flüchtlingsfrage zeigen, dass die Befragten wesentliche Regierungsentscheidungen mehrheitlich nicht mehr stützen.

Also rücken die Medien in die Nähe der Lüge. Unter Berufung auf die Meinungsfreiheit – „das wird man wohl noch sagen dürfen“ – geraten die professionellen Verwalter und Nutznießer der Meinungs- und Pressefreiheit unter Legitimationsdruck. Fernsehen und Presse sind mit zunehmender Skepsis ihrer Kunden konfrontiert. Dies trägt zur Krise der Medien, nicht aber zu der ihrer Besitzer bei. Und die medial beschäftigten Lohnabhängigen stehen im Zentrum der Krise und suchen dort, wo es keine kollektive Gegenwehr gibt, individuelle Auswege. Sie passen sich an.

4. Aspekte der Medienkonzentration in der BRD¹

Gefügiger Mainstreamjournalismus und die Einheitlichkeit der Themenwahl und ihrer Bewertungen sind in der Hauptsache nicht die Frucht der individuellen Anpassung charakterschwacher Lohnschreiber, auch wenn viel vorausseilender Gehorsam bei der Berichterstattung zu beobachten ist. Von den Voraussetzungen und Bedingungen hierfür war schon die Rede.

Der materielle Kern vereinheitlichter Meinungen und Urteile ist darin zu suchen, dass die Branche² selbst unter gewaltigen wirtschaftlichen Druck geraten ist. Der Zeitungsmarkt verliert massiv an Auflage. Von 26,3 Millionen Zeitungsexemplaren pro Tag im Jahr 2004 verbleiben zehn Jahre später noch 19,95 Millionen Exemplare, ein Viertel weniger. Die Werbeeinnahmen in diesem Bereich sind noch drastischer gesunken, 2,9 Milliarden Euro im Jahr 2013 entsprechen gerade einmal 45% der Vergleichseinnahmen im Jahr 2000.

Die großen Medienunternehmen reagieren auf wettbewerbskonforme Weise. Sie stellen sich zum einen „breiter“ auf, das bedeutet, dass möglichst alle medialen Schienen vom eigenen Haus bedient werden und damit Rückgänge in einzelnen Bereichen mit Zuwächsen gerade bei den elektronischen Medien zu kompensieren sind. Damit ist freilich kein Verzicht auf eine steigende Wettbewerbsfähigkeit gerade der profitschwächeren Teilbereiche verknüpft, „Verschlankungen“ reduzieren Belegschaften auch großer Medienkonzerne und verdichten die Arbeitsabläufe der Übriggebliebenen. Zum anderen versuchen die Unternehmen zu wachsen, indem Konkurrenten zusammen mit ihrem Verbreitungsgebiet, ihrem Markt aufgekauft werden. Dabei muss es nicht zwangsläufig zu einem formalen Zeitungssterben kommen, die Titel können auch erhalten bleiben. „Synergien“ werden dadurch freilich zuhauf genutzt: aus zwei, drei, noch mehr Lokalredaktionen wird eine gemacht, aus vielen Redakteuren werden weniger Redakteure gemacht. Stückkosten werden über Größenvorteile gesenkt, dies

ist auch im Medienbereich nicht anders.

So sank die Anzahl der fest angestellten Redakteure in der BRD zwischen 2000 und 2013 von über 15000 auf unter 13000. Auf diese Weise schreitet inhaltliche Gleichschaltung voran. Die fünf größten Verlagshäuser kommen 2014 auf einen Anteil von 36% der Gesamtauflage aller Tageszeitungen in der BRD, gegenüber 28,8% im Jahr 2004. Die zehn größten Mediengruppen decken insgesamt fast 60% Auflage ab. Die „Vermachtung“ des Meinungsmarktes „zugunsten einer kleinen Zahl von Unternehmen“³ ist nicht zu leugnen. So können beispielsweise 45% der Einwohner Nordrhein-Westfalens auf nur mehr eine regionale Monopolzeitung zurückgreifen. Das hochgelobte und viel beschworene Konkurrenzprinzip auf dem Gebiet der freien Meinung wird in den Systemzwängen der Kapitalkonzentration zerrieben.

Journalisten sind Opfer und Propagandisten dieser Entwicklung gleichermaßen. Opfer, weil sie und ihre freie Meinung als Kostenfaktoren der Kalkulation ihrer Arbeitgeber ausgeliefert sind, gerade wenn sie schwach organisiert sind. Wenn es sich für das Unternehmen nicht rechnet, wird der Arbeitsvertrag kostenbezogen verschlankt oder das war's ganz mit der Beschäftigung.

Das Damoklesschwert, das über allen Lohnabhängigen hängt.

Sie sind aber auch Propagandisten und Stützen des Systems in demselben Maße, in dem sie nicht nur die Grundlagen ihrer eigenen Berufsexistenz wohlfeil verhökern, sondern dies auch von allen anderen Lohnabhängigen verlangen.

Ob sie dabei am Gängelband ihrer Unternehmer geführt werden oder freiwillig bei Fuß gehen.

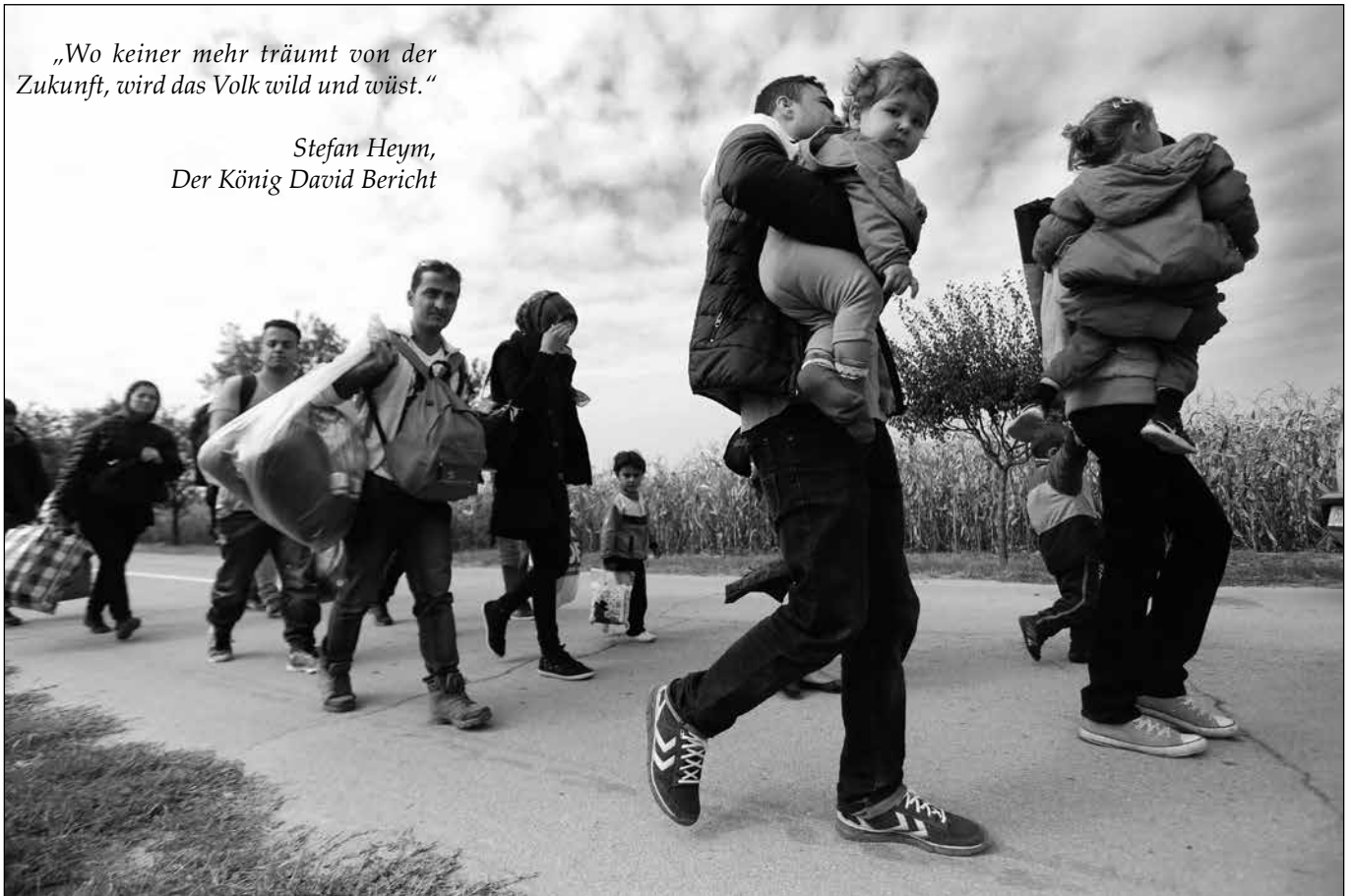
Anmerkungen:

- 1– Alle folgenden Sachinformationen, Zahlen und statistischen Angaben sind entnommen: Horst Röper: *Zeitungsmarkt 2014: Erneut Höchstwert bei Pressekonzentration*, in: *Media Perspektiven* 5/2014, S. 254 - 270
- 2– Für diese Darstellung steht exemplarisch die Lage auf dem Tageszeitungsmarkt im Mittelpunkt
- 3– Horst Röper, *ebd.* S. 254

Das gesellschaftliche Klima wird rauher

„Wo keiner mehr träumt von der Zukunft, wird das Volk wild und wüst.“

Stefan Heym,
Der König David Bericht



Die öffentlichen Reaktionen auf die Ankunft von etwa einer Million Flüchtlingen und die Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei Landtagswahlen in Sachsen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben gesellschaftliche Widersprüche in Deutschland sichtbar werden lassen, die sich über lange Jahre entwickelt haben. Bemerkenswert daran ist, dass vor allem die politische Rechte davon profitiert zu haben scheint. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass eine große Woge der Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung vielen Flüchtlingen das Einleben erleichterte – die sogenannte Willkommenskultur.

Bereits 1966, gegen Ende der Hochphase des deutschen „Wirtschaftswunders“, gelang der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), einer eindeutigen Nazi-Partei, der Einzug in den Hessischen Landtag mit 7,9 Prozent der Stimmen. Zu jener Zeit regierte im Bund die erste Große Koalition aus CDU/CSU und SPD, die vor allem vom rechten Rand der Unionspartei-

en befeindet wurde. „Die Republikaner“ wurden 1983 in München von ehemaligen CSU-Mitgliedern als rechte Protestpartei gegründet. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament 1989 erhielten sie bundesweit über sieben Prozent der Stimmen. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin Januar 1989 erreichten sie 7,5 Prozent, und von 1992 bis 2001 hatten sie Abgeordnete im Landtag von Baden-Württemberg. Die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, bekannter als „Schill-Partei“ nach dem Mit-Parteigründer und Richter Ronald Schill, war von Oktober 2001 bis März 2004 an der Regierung Hamburg beteiligt. Sie betonte die Themen öffentliche Sicherheit, war wirtschaftsliberal und stellte sich mit Positionen von rechts gegen die Sozialpolitik der SPD/Grüne-Regierung. Alle diese Versuche, Parteien rechts der sogenannten Volksparteien CDU/CSU und SPD dauerhaft und bundesweit in den Länder- und Bundesparlamenten zu etablieren schlugen fehl, ihre Wahlerfolge blieben vorübergehend. Das heißt nicht, dass die Protestwähler danach ihren

Frieden mit den etablierten Parteien gemacht hätten; viele gingen dann halt nicht mehr wählen.

Die gesellschaftliche Atmosphäre in Deutschland fügt sich ein in den europäischen Zusammenhang: Die Wahlerfolge der FPÖ, der „Freiheitlichen“, in Österreich, des Front National in Frankreich, der Blocher-Partei in der Schweiz, der Nationalkonservativen in Polen, der Schweden-Demokraten (Sverigedemokraterna), UKIP und die Brexit-Kampagne eines Teils der Konservativen Partei in Großbritannien, um einige Beispiele zu nennen. Für die europäischen Rechte ist insgesamt die Europäische Union das gemeinsame Feindbild, das für alles Schlechte verantwortlich gemacht wird. Aber auch auf dem amerikanischen Kontinent erleben wir den Stimmungswandel auf der politischen Ebene: Der Erfolg eines Donald Trump im Konkurrenzkampf innerhalb der Republikanischen Partei um die Nominierung zur US-Präsidentenwahl, der Sturz der „sozialdemokratischen“ Regierungen in Argentinien und Brasilien

durch Bündnisse der herrschenden Klassen dieser Länder, der wachsende Druck auf linke Regierungen in Bolivien und Venezuela.

Der gemeinsame Hintergrund dieses Aufstiegs der politischen Rechten in der Gunst der Wähler aus den lohnabhängigen Klassen ist gewiss die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise um 2008, deren Folgen in Gestalt von Arbeitslosigkeit und Abbau sozialer Leistungen fortwirken. Mindestens ebenso gravierend ist allerdings, dass viele Menschen in den genannten und auch weiteren Ländern keine Hoffnung auf eine bessere Zukunft unter den gegebenen Bedingungen haben. Aber in Wirklichkeit reichen die Wurzeln dieses Unmuts viel tiefer in die Vergangenheit, wie wir oben bereits angedeutet haben – in die achtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Sozialistischen Lagers 1989 raubte den (west)deutschen Gewerkschaften einen wichtigen Verbündeten bei den Tarifverhandlungen mit den Unternehmern: Die DDR, die nach allgemeinem Verständnis in den Jahren davor stets (ideell) mit am Verhandlungstisch saß. Die Unternehmer wie auch die Regierungen mussten mit Blick auf diese Tatsache soziale Zugeständnisse an die lohnabhängigen Klassen machen, um die Überlegenheit des Kapitalismus auch für deren Lebensstandard zu demonstrieren. Mit dem Ende der DDR entfiel dieser Zwang. Die Tarifverhandlungen wurden härter, die Lohnsteigerungen geringer, die Tarifbindung in der Fläche ließ nach. Weitere Schritte waren die Privatisierung bzw. Quasi-Privatisierung öffentlicher Dienstleistungsunternehmen wie Bahn, Post und Telekom in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Schließlich mündete die Offensive der Bourgeoisie in die Agenda 2010 der rosa-grünen Schröder-Fischer-Regierung mit der Deregulierung bzw. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zugunsten der Unternehmer und der Entkoppelung des Arbeitslosengeldes (nach kurzer Übergangsfrist) vom Erwerbseinkommen. Umgekehrt wurden die Unternehmer und die Reichen im Allgemeinen von der Vermögens-

steuer befreit, die Unternehmenssteuern erheblich gesenkt – um nur einige Beispiele zu nennen. Vorbild für die Schröder-SPD war erklärtermaßen die britische Labour-Regierung unter Tony Blair.

Es war vor allem der wirtschaftliche Aufschwung Chinas, eines riesigen Marktes mit 1,4 Milliarden Menschen, und einiger anderer Schwellenländer, die damals verhinderten, dass sich die soziale Lage der lohnabhängigen Klassen in den westlichen europäischen Industrieländern dramatisch verschlechterte. Aber es gab auch keine wesentlichen Verbesserungen oder Hoffnungen darauf. In Deutschland stagnierten die Realeinkommen der Beschäftigten über 25 Jahre in Folge. Erst in den letzten beiden Jahren gibt es wieder (geringfügige) reale Lohnzuwächse. Gleichzeitig wird das Renteneintrittsalter (Rente mit 67 plus) hoch geschraubt und das Niveau der gesetzlichen Altersrenten nach unten (Zielmarke 43 Prozent des letzten Nettoeinkommens).

Der Druck der Unternehmer in den anderen Ländern der Europäischen Union ist groß, dem deutschen Beispiel zu folgen. Aber die Regierungen in Italien und Frankreich tun sich nicht leicht damit, weil sie in ihren Ländern auf deutlichen Widerstand stoßen – aber sie gehen gleichwohl in eine ähnliche Richtung, weil sie von ihren herrschenden Klassen aus Industrie und Finanzkapital dazu gedrängt werden. Das Kapital will und muss überall die gleichen Existenzbedingungen haben, wenn es sich im weltweiten Konkurrenzkampf behaupten will; und das lässt sich nur zu Lasten der lohnabhängigen Klassen erreichen.

Wie kommt es, dass ausgerechnet die politische Rechte davon profitiert?

Wenn die Protestwähler glauben, der Schuss vor den Bug würde die Regierungsparteien in Berlin und den Ländern zum beidrehen bewegen, so haben sie sich geirrt. Zwar gibt es Signale aus der SPD: Arbeitsministerin Andrea Nahles zum Beispiel, die Zeitarbeitsverhältnisse zu regulieren verspricht, Sigmar Gabriel, der über Verbesse-

rungen bei der Rente nachdenken will. Aber die Versprechen, Teile der Agenda-Politik zu reformieren gehen entweder ins Leere oder sie bringen nur Wenigen wenig. Auch die Unionsparteien finden nicht den finanziellen Spielraum, der es ihnen gestatten würde, größere Teile ihrer abhanden gekommenen Wählerschaft mit Wohltaten wieder an sich zu binden. Eine Rücknahme der Steuergeschenke an die Unternehmer und die Reichen, das prominente eine oder halbe Prozent der Bevölkerung, steht nicht zur Debatte.

„Die Sozialdemokratie lebt – ihr fehlt nur die Partei“ leitartikelte „Der Spiegel“ (16/2016). Viele Menschen geben den Parteien und ihren Politikern die Schuld an ihren (schlechten) Lebensumständen. Die Politiker gelten als abgehoben, die Parteien als verkrustet, nur auf den eigenen Vorteil bedacht und ohne Empfinden für die Nöte der „einfachen Menschen“. Daraus folgt: Wenn diese nur volksnäher wären, wenn sie auf die Leute wirklich hören würden und sich für sie einsetzen, dann würde es wieder besser werden. Genau das versprechen die Rechten und die AfD - Gerechtigkeit für die Zu-kurz-Gekommenen, eine Programmatik, die in der ferneren Vergangenheit stets mit der Sozialdemokratie verbunden war. Aber es gehört tatsächlich auch zur SPD, dass sie an der Regierung stets die Politik der herrschenden Klassen betrieb und damit große Teile ihrer Anhängerschaft vor den Kopf stieß.

Die AfD ist spürbar noch in Gründung. Das wird sichtbar an den Positionskämpfen innerhalb der Partei, an programmatischen Kursänderungen. Zuerst verließ der Frontmann des wirtschaftsliberalen Flügels, Bernd Lucke, die Partei, dann gibt es Streit, wie ausländerfeindlich bzw. rassistisch sich die Partei in der Öffentlichkeit positionieren sollte, zuletzt am Beispiel des Parteivizevorsitzenden Alexander Gauland und seiner Bemerkung über den Fußballer Boateng. In gleicher Richtung die programmatische Abwehr von Islam und Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten (Drittstaaten). Die Abkehr vom Mindestlohn dagegen fand auf dem Parteitag Ende April/Anfang Mai keine Mehrheit; zur Steuer- und

Wirtschaftspolitik gab es nur vage Äußerungen; die GEZ-Gebühren sollen abgeschafft werden, ebenso die Klimaschutzziele. Dafür soll der Atomausstieg rückgängig gemacht werden. Austritt aus dem Euro und Nein zur EU, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer, Einführung von Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild runden den Forderungskatalog ab. Das Sammelsurium spiegelt offenkundig die Meinungsvielfalt der Mitgliedschaft wider. Das muss für diese Partei kein Nachteil sein. Das Programm ist nicht entscheidend wichtig für deren Zukunft. Viel wichtiger für sie ist, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, ob die Wähler in ihr eine wirkliche Alternative zu den etablierten Parteien sehen.

Wenn die Schill-Partei oder Die Republikaner scheiterten, weil sie zu früh gekommen waren, so sieht es derzeit aus, als käme die AfD gerade recht, um den von sozialer Stagnation und Abstieg bedrohten Mittelschichten eine politische Stimme zu geben. Ihr kommt dabei zugute,

dass die etablierten Parteien sie an den Rand drängen, dass sie stets Opposition spielen kann, die Mängel und Fehler ihrer politischen Gegner bloßstellen kann, ohne sich selbst beweisen zu müssen. Sie selbst wäre auch nicht imstande, die kapitalistische Rationalisierungsspirale und den Arbeitsplatzabbau infolge des Konkurrenzkampfes zu stoppen. Die AfD steht stattdessen für den Konkurrenzkampf innerhalb der Arbeiterklasse – sie spielt den „deutschen“ Lohnabhängigen aus gegen den Ausländer, den Flüchtling. Das ist ein Reaktionsmuster, das der politischen Rechten insgesamt vertraut ist – von den Nationalliberalen bis hin zu den Nazis. Deshalb kann die AfD auch gut als Türöffner für die extreme Rechte ins gutbürgerliche Wohnzimmer der Mittelschichten funktionieren.

Was können wir und die Linke in Deutschland dagegen bewirken? Ein sich moralisch überlegen gebärdender Linkspopulismus mit einer Mischung aus Anti-Rassismus und Anti-Nationalismus ist sicherlich keine gute Option für die Linke, um

die unter Druck geratenen Schichten für sich zu gewinnen. Wir wollen statt des Kampfes der Lohnabhängigen gegeneinander den gemeinsamen Kampf gegen das herrschende Industrie- und Finanzkapital. Der Gegner muss klar benannt sein: Die Industrie- und Finanzbourgeoisie, national wie international. Auf dieser Basis sollten gemeinsame Aktionen der Linken stets möglich sein, über alle Differenzen im Einzelnen hinweg.

3.06.2016)



Foto: Thomas Bergmann, thomasbergmannfotografie.wordpress.com

Hofer verhindert – die FPÖ bleibt!

Die Situation in Österreich lässt sich derzeit so charakterisieren:

- Österreich ist noch einmal mit einem grünen Auge davongekommen
- es droht wieder ein blau/braune Regierungsbeteiligung
- der Rechtsextremismus ist salonfähig geworden
- das Ende der politischen Nachkriegsordnung mit dem alles bestimmenden Zweiparteiensystem und starke Angriffe auf die Kompetenzen der Sozialpartnerschaft durch die neue Regierung Kern/Mitterlehner: es ist zu befürchten, dass soziale Rechte abgebaut und Arbeitszeitregelungen weiter aufgeweicht werden
- die Stärkung der Grünen, die schon in Tirol, Kärnten, Salzburg und Wien in der Landesregierung sitzen
- eine gesplante SPÖ und eine in ihrer überkommenen Bündnisstruktur veraltete ÖVP

Das Ergebnis der Bundespräsidentenwahlen ist bekannt. In der ersten Runde der Wahlen können die zwei großen 'Volksparteien' zusammen nur mehr ein Viertel der Stimmen für sich verbuchen. Das ist einzigartig in der Geschichte der Zweiten Republik. Weit vorne lag, entgegen den Prognosen der Kaffeesudler der Meinungsforschungsinstitute Norbert Hofer (FPÖ): ein rechtsextremer, deutschnational-orientierter, frauenfeindlicher, elitärer Burschenschafter aus dem Burgenland. Bei öffentlichen Auftritten in den Medien betont höflich und sanft lächelnd, gelingt es ihm sich als Anwalt des kleinen Mannes (einer von uns) darzustellen, während der Klüngel der elitären schmisstragenden Männer fleißig ihre gesellschaftlichen Beziehungen in die höchsten Kreise vernetzt.

Die tiefe generelle Ablehnung der Parteien in weiten Kreisen der Bevölkerung und das 'die da oben, wir da unten' Gefühl sprechen Strache und Hofer mit der Forderung nach mehr direkter Demokratie geschickt an. Dies steht in scheinbarem Wider-



spruch zum autoritären Amtsverständnis ihres Kandidaten.

Bei Auftritten auf der Straße und vor dem grölenden Österreichfahnen schwenkenden Biertischpublikum spuckt er schon deftiger Töne und erinnert damit frappant an Jörg Haider. Da nennt er schon mal Flüchtlinge, die nach Österreich kommen, „Invasoren“, die nichts anderes in Sinn hätten, als sich hier in der sozialen Hängematte auszuruhen!

Das Hauptthema bei ihm, wie bei allen europäischen Parteien der extremen Rechten: die Ausländer, die Flüchtlinge und die EU-Gegnerschaft. 'Österreich und Österreicher zuerst' lautet die Parole, mit der Angst und Fremdenhass geschürt wird. „Hofer lässt nicht zu, dass unser Sozialsystem von Wirtschaftsflüchtlingen zerstört wird“ heißt es in einer Wahlroschüre in vollkommener bewusster Manipulation der Kompetenzen eines Staatsoberhauptes. Viele Wähler der extremen Rechten haben immer noch jemand unter sich: die Flüchtlinge und Zuwanderer. Sie sind die Objekte der Ausgrenzung.

In ihrem Auftreten gelingt es der FPÖ perfekt, die Jugend via Internet anzusprechen. Das Net dominieren die Rechten weit vor den Grünen und den anderen Parteien!

Der romantische Heimatbezug: Heimat bewahren, Grenzen vor den Flüchtlingen schützen, Österreichische Kultur, Werte und Tradition vermitteln, bilden einen zentralen Punkt der FPÖ-Ideologie. Und gerade

in der Hilflosigkeit mit einem großen Flüchtlingsstrom suchen viele verunsicherte Mittelklassenangehörige Sicherheit und Schutz in einer vermeintlichen Volksgemeinschaft, die die FPÖ hervorragend repräsentiert.

Hofers Sager: 'Ihr werdet's Euch noch wundern, was alles geht', zeugt von einer autoritären Auslegung der Möglichkeiten des Präsidenten, welche durchaus in der Verfassung verankert ist, aber bisher von keinem Staatsoberhaupt wahrgenommen wurde.

Sowohl Van der Bellen, als auch Kohl (ÖVP) und Griss (Unabhängige) haben im Wahlkampf für mehr präsidentiale Machtausübung plädiert und drücken damit das Verlangen nach einem starken Mann, der es den da oben zeigt, in weiten Bevölkerungskreisen aus.

Verfassung: Die ursprünglich 1920 in einer Zeit des relativen Klassenkräftegleichgewichts (vgl. dazu: Otto Bauer: die österr. Revolution) erlassene Verfassung mit eingeschränkter Macht für den Präsidenten, wurde 1929 im Zuge des konservativen Rollbacks in eine autoritäre präsidentiale Version umgeschrieben. Im Gegensatz zu Deutschland übernahm Österreich diese nach dem Krieg unverändert.

Sein Gegenpart Alexander van der Bellen, lange Zeit Chef der Grünen, kann als Vertreter des Establishments und der exportorientierten Wirtschaft charakterisiert werden. EU-gläubig ohne wenn und aber (wobei die EU,

ganz im Sinne des eurozentristisch-imperialistischen Denkens immer mit Europa gleichgesetzt wird), für die Teilnahme Österreichs an EU-Truppen, Bejahung der Rußlandsanktionen und bis kurz vor der Wahl sein Eintreten für TTIP. Er gehört dem rechtsliberalen Flügel der Grünen an und spuckte im Wahlkampf schon mal autoritäre Töne aus. Sein Ökogewissen scheint auch beschränkt.

Sein Proponentenkomitee zum zweiten Wahlgang repräsentierte genau dieses etablierte Österreich: vom Ex-Vizekanzler der ÖVP bis zu einflussreichen Wirtschaftsbossen. Viele kritische Linke unterstützen ihn, um Hofer zu verhindern.

Das Ergebnis zeigt klare Trennlinien im Land auf:

Die Stadt, die formal Gebildeten und die Frauen tendierten überwiegend zu Van der Bellen, die Landbewohner, die weniger Gebildeten, die Männer und in erschreckend großer Anzahl die Arbeiter waren Hofers Wähler. In den obersteirischen Industriezentren erhielt der rechte Kandidat deutliche Mehrheiten.

Obwohl Hofer ganz knapp unterlegen ist, bringt das Ergebnis einen emotionalen Aufschwung für die gesamte europäische Nationalbewegungen. Gratulationen kamen vom Front National, der Lega Nord und vielen anderen Mitgliedern der europäischen Rechtsextremen. Die AfD und die FPÖ unterhalten enge freundschaftliche Beziehungen- am Wahltag besuchte Frauke Petry die Wahlparty der FPÖ in Wien und im September veranstalteten beide Parteien gemeinsam in Düsseldorf einen Kongress.

Lange Zeit schien es so, als wären die Differenzen zu groß, um Fraktionen in Brüssel zu Stande zu bringen. Im europäischen Parlament gibt es inzwischen drei rechte Fraktionen, die radikalste ist die erst vor kurzem gegründete ENF mit FPÖ und Frauke Petry. Die europäischen Nationalisten verbindet einiges, so die Hetze gegen den Islam und der Anspruch der Anwalt der kleinen Leute zu sein. Insgesamt gibt es ein Rollback zu Nationalisierung.

Der Wiederaufstieg der FPÖ nach Haider's Absturz beginnt mit der charismatischen Führerfigur HC Strache, der die von Haider an den Rand gedrängte schlagende Clique

wieder zentral verankerte. Rund die Hälfte der Parlamentsabgeordneten und ein Großteils der Führungsriege gehören zu den verschiedenen Burschenschaften. Ihre Gesinnung steht ihnen meist ins Gesicht geschrieben: Narben, die sie sich bei blutigen Initiationsriten völkischer Verbindungen zugezogen haben.

Die Sozialdemokratie steht dem rechten Treiben ziemlich hilflos und zerstritten gegenüber. Die Arbeiterschaft wurde durch die nach 1945 aus den Bürgerkriegserfahrungen und der Abwehr des Kommunismus geborene Sozialpartnerschaft zur kleinbürgerlichen Klasse 'an sich'. Solange es in der sog. Wirtschaftswunderzeit genug zu verteilen gab, funktionierte dieses System bestens. Von der Wohnung bis zu Arbeitsplatz alles gab es für ein Parteibuch. Jetzt könnten die ärmeren Bevölkerungsteile nur durch Umverteilung profitieren, aber das lässt sich mit der Kapitalinteressen vertretenden VP nicht machen. Und über die Zeit des Nationalsozialismus breitete man den Mantel des Schweigens.

Die zentrale Frage in der Sozialdemokratie: 'Wie hältst du's mit den Freiheitlichen' spaltet die Partei. Im SP-Programm ist zwar das Verbot der Zusammenarbeit mit der FPÖ verankert, wird aber vielfach nicht beachtet. Nach der Landtagswahl im Mai 2015 durchbricht der in der Partei weit rechtsstehende Landeshauptmann des Burgenlandes Hans Niessl diese Übereinkunft und bildet eine Koalition mit den Rechtsextremen und macht diese erstmals salonfähig. Er verleiht damit einer weit verbreiteten Stimmung unter Gewerkschaftern und Arbeitern Ausdruck.

Der Damm ist gebrochen: Es folgt die Landeshauptstadt von Oberösterreich Linz. Dort setzt nach der Gemeinderatswahl im Herbst 2015 der Bürgermeister von der SPÖ auf eine Arbeitsübereinkommen mit den Freiheitlichen. Er war bereits vorher in die Kritik von Linken in der eigenen Partei und Antifaschisten wegen der Zusammenarbeit mit einer Untergruppe der faschistischen Grauen Wölfe geraten. Eine der ersten Maßnahmen: ein Bettelverbot in zentralen Teilen von Linz, das demnächst ausgeweitet werden soll.

In der Sozialdemokratie werden die Stimmen nach der Präsidenten-

wahl lauter, die für eine Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene mit der extremen Rechten plädieren, etwa der Bürgermeister von Steyr, einer großen Stadt in Oberösterreich, und führende Gewerkschafter.

die FPÖ gewinnt an Einfluss am Beispiel von Oberösterreich:

Die Landtagswahlen in Oberösterreich im September bringen auch unter dem Einfluss der Flüchtlingsströme durch das Land massive Stimmengewinne für die FPÖ auf allen Ebenen bei starken Verlusten für ÖVP und SPÖ und einem Stagnieren der Grünen. Hatte der Landeshauptmann Pühringer anfangs noch eine moderate Willkommenskultur vertreten, schwenkte er kurz vor der Wahl auf kritische Töne gegenüber den Flüchtlingen um. Er verfehlte damit sein Ziel, der FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es half nichts- genauso wie der Schwenk der Bundesregierung im Spätherbst. „Man geht lieber zum Schmid, statt zum Schmidel“ – schließlich hatte das die FPÖ von Anfang an gefordert.

Die letzte Koalition aus Volkspartei und Grünen ist rechnerisch nicht mehr möglich. Eine Dreierkoalition aus VP, SP und Grünen böte sich an. Unter massiven Druck der Industrieabteilung in der ÖVP entsteht ein Regierungsübereinkommen mit der FPÖ. Eine Regierungsbeteiligung der SPÖ befürchteten die Kapitalkreise, könnten Liberalisierungen in der Wirtschaft verhindern.

In dieser Koalition setzt die extreme Rechte unter dem Landeshauptmannstellvertreter, dem schlagenden Burschenschafter Hainbuchner unter wohlwollender Duldung der Volkspartei rechte Marksteine: für anerkannte Flüchtlinge wird die Mindestsicherung verfassungswidrig enorm gekürzt.

In den Schulen versucht man Deutsch als verpflichtende Pausensprache zu verordnen. In den Kindergärten sollen demnächst christliche Feste und heimatliche Riten verordnet werden und passend dazu wird ein „heimischer Wertekatalog“ erstellt, wie die ÖVP Parteizeitung berichtet.

Dort heißt es: „Immerhin seien christlich-abendländisches Brauch-

tum(!!!) und die von Generation zu Generation überlieferte Tradition feste Bestandteile im Alltag Oberösterreichs“.

Hier wird die Pflege christlicher Feste als Instrument der Ab- und Ausgrenzung angewandt.

In Wels, der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs regiert seit der Wahl ebenfalls ein rechter Bürgermeister. Ebenfalls für die Kindergärten plant er die verpflichtende Kenntnis von fünf 'deutschen' Kinderliedern.

Gleichzeitig fährt der Hainbuchner massive verbale Angriffe auf die Spitzen der katholischen Kirche und der Caritas wegen deren Flüchtlingspolitik. Weder von Sozialdemokraten noch Grünen kommt Protest!!!

In Altenfelden wurde erst jüngst ein unbewohntes neuerbautes Heim für Asylwerber abgefackelt, nachdem vor einigen Wochen in Linz dreimal die Zelte von ausländischen Bettlern niedergebrannt wurden. Der angesehen Welsener Professor Andreas Gruber meint dazu in den *Oberösterreichischen Nachrichten* treffend: „Die Täter sind noch nicht bekannt. Die (un)geistigen politischen Brandstifter, die mit ihrer jahrelangen Angst-mache gegen Flüchtlinge ... und alles Fremde überhaupt das Klima in diesem Lande so lange aufgeheizt haben, bis der ‚Funke übergesprungen‘ ist, sind sattsam bekannte Wiederholungstäter einer vorgeblichen ‚Heimatschutzpartei“.

Am 11. Oktober wählt die Hauptstadt Wien. Dort überrascht das Ergebnis. Entgegen den Vorhersagen verliert die SP moderat und die Zugewinne der extremen Rechten bleiben unter den Erwartungen. Der charismatische Chef der Wiener Sozialdemokraten und Landeshauptmann Michael Häupl hatte im Wahlkampf bewusst eine konsequente Willkommenskultur vertreten und auch Taten gesetzt. Die Wiener sind damit der Kontrapunkt zu den Burgenländern.

Meiner Meinung nach war ein wichtiges Element für die massive Stärkung der extremen Rechten der im Spätherbst erfolgte 180 Grad Wandel der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik.

Die Sozialdemokratie in der Regierung akzeptierte bzw. verstärkte die von der FPÖ propagierte und von großen Teilen der VP gewünschte Abschottungspolitik! Als Stichworte seien die Balkankonferenz unter Ausschluss von Griechenland, die Einführung einer Obergrenze für Flüchtlingsaufnahme für 2016 und der Zuzugsstopp für Familienangehörige erwähnt. Teile der Regierung verweisen mit Stolz darauf, die strengsten Einwanderungsgesetze in Europa zu haben!

Der neue Verteidigungsminister personifiziert den Wandel in der SPÖ. Im Burgenland als Polizeichef beim Handling des enormen Flüchtlingsstromes relativ human, wandelte er sich zum Hardliner in der Regierung! Und dieser Wandel wird manifes-

Steigende Arbeitslosenzahlen(über 400.000) und die gegenseitige Blockadepolitik in der Regierung etwa bei der längst überfälligen Bildungs- und Verwaltungsreform und ein von sozialen Abstiegsängsten verunsicherter Mittelstand mit Zukunftsängsten bilden den Nährboden für populistische Politik. In Österreich ist es leichter Wohlstand zu erhalten, als Wohlstand zu erwerben.

Die tiefe Krise in der Sozialdemokratie nach etlichen verlorenen Wahlen kulminierte beim traditionellen 1. Mai-Aufmarsch der Wiener. Der Kanzler wurde mit einem massiven Misstrauensvotum empfangen. Danach erfolgte ein doch unerwartet schneller, aber längst überzähliger Rücktritt von Werner Faymann.

Der Neue: Christian Kern (Kanzler und SPÖ Chef) bleibt erfreulicherweise bei seiner Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der FPÖ! Kern war ÖBB-Chef, als solcher Macher und Managertyp, der gut mit seiner Gewerkschaft konnte und eine guten Draht zu den Landeshauptleuten hat. In der Zeit der Flüchtlingsströme setzte er bewusst die Züge der ÖBB für deren Transport ein. Er erzeugt eine gewisse Aufbruchstimmung und trug sicher einen

Teil dazu bei, dass Österreich jetzt einen grünen Präsidenten hat. Ob er allerdings in puncto der von ihm angestrebten Umverteilung gegen den Widerstand der Kapitalfraktion etwas erreichen wird, darf bezweifelt werden. Beim jüngst abgehaltenen Parteitag der Kärntner sprach er sich für Arbeitszeitverkürzung und eine sogenannte Maschinensteuer(erstmals in die Debatte eingeführt vom ehemaligen Arbeitsminister Alfred Dallingner) aus - was postwendend zu empörten Reaktionen auf Seiten des Koalitionspartners führte.

Es ist zu befürchten, dass die Appelle von führenden Politikern (Van der Bellen, Fischer etc.) nach der Wahl, die Gräben zuzuschütten, dazu führen wird dass die aggressive Politik der FPÖ mit Samthandschuhen angefasst wird.



tiert sich auch in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien, etwa in den 'Salzburger Nachrichten' und natürlich in den kleinformatigen Boulevardzeitungen.

Wie die FPÖ die anderen Parteien vor sich hertreibt, sei an einem weiteren Beispiel skizziert. Strache fordert in revanchistischer Manier eine Volksabstimmung in Südtirol über den Anschluss an Österreich. Keine Reaktion der österreichischen Parteien, lediglich der Landeshauptmann von Südtirol liest dem FPÖ-Chef die Leviten!

Der Aufschwung der Rechtsextremismus in Europa ist auch eine Folge der lang andauernden gesamt-europäischen Krise seit 2008, in Österreich wesentlich verschärft durch den Skandal um die Kärntner Hypo. Verantwortlich für dieses Desaster waren Jörg Haider und sein Clan.

„Revolutionstheoretische Überlegungen“

Anmerkungen zum Buch Gewaltlosigkeit und Klassenkampf

Der Verfasser ist Jg. 1927, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, emerit. Professor, war Dozent für Geschichte der ökonomischen Lehren an der Hochschule in Berlin-Karlshorst und als ordentliches Mitglied der DDR-Akademie der Wissenschaften zuständiger Leiter für den FB Geschichte der politischen Ökonomie im Zentralinstitut der Akademie für Wirtschaftswissenschaften. Meißner ist Autor zahlreicher Bücher, u. a. über Trotzki und Trotzismus, und überdies Mitglied der renommierten Leibniz-Sozietät Berlin. Es spricht also aus dem schmalen Büchlein die versammelte wissenschaftliche Lehr-Kompetenz und ein breiter Fundus historischer Erfahrung. Das Buch gliedert sich klar in neun Themen-Abschnitte und beginnt mit einem allgemeinen Blick auf das soziale Zeit- und Alltagsphänomen Gewalt. Meißner scheint weniger an einer systematischen Untersuchung seines Themas gelegen zu sein, die freilich unter einigen hundert Seiten Umfang auch nicht zu machen wäre als an einer thesenartigen Betrachtung vor dem Hintergrund vergangener wie gegenwärtiger gesellschaftlicher und politischer Gewalt- und Klassenkampfbeispiele. Der flüssigen Lesbarkeit des schmalen Bändchens ohne großen Anmerkungs- und Registeranhang kommt dies allerdings eher entgegen. Lediglich im vorletzten 8. Abschnitt „Gewalt im Sozialismus?“ (S.87-103), der die innere Entwicklung in der SU mit dem Stalin-Phänomen abrissartig darstellt und für einen Marxisten, der einst zur wissenschaftlichen DDR-Nomenklatur gehörte, bemerkenswert kritisch ausfällt, wird in einer Fußnote gleich eine ganze Liste von neueren aufarbeitenden Werken dazu angegeben. Dem Autor fällt gleichwohl das Verdienst zu, sich des Zusammenhangs Gewalt, Gewaltlosigkeit und Revolution und Klassenkampf ausgehend vom Klassenstandpunkt durchaus gründlich und kritisch angenommen zu haben. Wer tut das heutzutage?

In Zeiten, da es hierzulande eine linke, sozialistisch orientierte Reformpartei immerhin schafft, eine

Landesregierung zu stellen, in mehreren Länderparlamenten mit eigenen Fraktionen und mit 8,6 Prozent WählerInnenstimmen im Rücken und 64 Abgeordneten im Bundestag vertreten zu sein (immer relativ betrachtet vor dem Hintergrund von gegen gerade noch 50 plus % tendierende Wahlbeteiligungen!) und damit noch vor den Grünen die Oppositionsführung innehat, scheint der genannte Themenblock eher von nachrangiger, wenn nicht nur geringer Wichtigkeit zu sein. So weit das politische Auge reicht, ist abzusehen, dass eine linke politische Kraft von einigem gesellschaftlichen Gewicht trotz zyklischer Wirtschafts- und Finanzkrisen und Existenzbedrohung vieler bei uns nicht daran denken kann, in einem allgemeinen Sinn morgen oder übermorgen ob mit oder ohne Gewalt die Machfrage stellen zu können. Wozu also „revolutionstheoretische Überlegungen“ anstellen? Der Verfasser muss sich also etwas dabei gedacht haben, mehr als nur aus Neigung und Vorliebe den roten Faden dennoch aufzunehmen. So wendet er sich mit seiner Kritik gerade auch der Partei Die Linke zu, die ihm z. T. einem allzu naiven, klassenunspezifischen Verständnis von Gewalt/Gewaltlosigkeit anzuhängen scheint. Geharnischten Kommentar („politische Orientierung verloren“) erntet gar ihr geschiedender Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi mit seiner in einem Beitrag in Neues Deutschland (25.1.2012) vorgetragenen Offenheitsvorstellung gegenüber dem bürgerlichen Staat und Auffassung, diesen für ein wichtiges Instrument und Garanten demokratischer Praxis und politischen Einflusses der Bürger zu halten (S. 79). Solches Fett bekommt namentlich an anderer Stelle nur noch Domenico Losurdo ab, von dessen „Geschichte fälschender“ Stalin-Interpretation Meißner sich sogar angewidert zeigt (S. 101/102).

Gewaltlosigkeit als Theorie...

Es ist bei der Autoren-Vita nicht anders zu erwarten, als dass dessen theoretische Gewährsleute und ana-

lytische Basis vor allem die Klassiker Marx/Engels und Lenin sind! Das macht die Sache interessant und aufschlussreich. MEW und LW werden als Quelle und Bezug immer wieder prägnant und griffig, jedoch nicht ideologisch starr oder dogmatisch verengt, angeführt und zitiert. Daneben taucht als Fußnoten-Bezug immer wieder eines der zuletzt veröffentlichten Bücher des verstorbenen weltläufigen Journalisten Peter Scholl-Latour auf, „Die Welt aus den Fugen. Betrachtungen zu den Wirren der Gegenwart“ (2012), das Meißner wohl als zuverlässig zitierbare Quelle betrachtet. Obwohl dies kaum zu seiner Standardlektüre gehören dürfte, führt Meißner an einer Stelle im 5. Kapitel „Klassenkampf und Gewaltlosigkeit – heute“ auch den international bekannten Doyen („Pate der gewaltfreien Revolution“) der Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit, den amerikanischen Politikwissenschaftler und Philosophen Gene Sharp (Jg. 1928), an (S. 40). Dieser hat, stark beeinflusst von Mahatma Gandhis antikolonialem indischem Unabhängigkeitskampf, mit dem zwischen 1973 und 1985 erstellten dreibändigen Werk *The Politics of Nonviolent Action* (bislang nicht ins Deutsche übersetzt) so etwas wie die „Bibel“ der AnhängerInnen der Gewaltlosigkeit verfasst. Es heißt, Petra Kelly habe es einst in die DDR geschmuggelt und dort dem oppositionellen Bürgerrechtler Gerd Poppe übergeben. Sharp hatte 1993 seine inzwischen weltweit bekanntere Praxisstudie „Von der Diktatur zur Demokratie – Ein Leitfadens für die Befreiung. Das Lehrbuch zum gewaltlosen Sturz von Diktaturen“ vorgelegt (dt. München 2008). Mittlerweile in 30 Sprachen übersetzt und in 4. Auflage erschienen, wurde sie gleich nach Erscheinen in Myanmar verteilt, wo nach Abzug der britischen Kolonialmacht wechselnde Militärregierungen seit Jahrzehnten ein diktatorisches Regime ausüben und es um die zuerst mit Gefängnis, dann 15-jährigem Hausarrest belegte Politikerin Aung San Suu Kyi eine illegal kämpfende, gewaltfreie Freiheitsbewegung gab. 2010 wurde

nach jahrelangem internationalem Druck und Protest Suu Kyis Hausarrest vorzeitig aufgehoben und 2012 wurde sie als Abgeordnete ins Parlament gewählt. Bereits 1991 hatte sie für ihren mutigen gewaltfreien Kampf für Demokratie und Menschenrechte den Friedensnobelpreis erhalten. Sharps Gedanken und neuere Schriften waren auch von einiger nachhaltig anstoßender Bedeutung und Wirkung für Oppositionsbewegungen in Osteuropa (Regenbogen-Opposition), so etwa in Serbien, Georgien, Ukraine (Pora!), Kirgisistan und Weißrussland. Am meisten jedoch dürfte sie für die Internet- und BloggeraktivistInnen des „Arabischen Frühlings“ in Maghreb-Staaten und Ägypten/Syrien eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben.

... und Problem des Autors

Nun hat es allerdings etwas den Anschein, dass trotz all solcher Fakten Meißner mit der Gewaltlosigkeit als Theorie und Konzept, weniger als gebotener Verhaltensweise in der politischen Auseinandersetzung, ein Problem zu haben scheint. So findet sich im 6. Abschnitt „Das Gewaltmonopol des Staates“ die Aussage: „Eine absolute, nach allen Seiten gleichzeitig gerichtete und politische neutrale Forderung nach Gewaltlosigkeit ist jedenfalls nicht zielführend und in der Realität des Klassenkampfes so nicht zu verwirklichen“ (S. 58/59). An Sharps Konzept und Auffassung kritisiert Meißner, dass sie „völlig den Klasseninhalt der jeweiligen Widerstandsbewegung, den Klassencharakter der jeweils bekämpften Herrschaft und das gesamte Wesen des Klassenkampfes“ ignoriere (S. 42). Diese Kritik ist in Teilen durchaus einleuchtend und nachvollziehbar. Aber mit dem „Klassenbegriff“ als alleinigem Maßstab ist heute eben nicht alles getan und geleistet. Es geht z. B. auch um gesellschaftliche und ökonomische Strukturen und Strukturanalyse. Eine andere bedeutende Gestalt der Analytik und Theorie des Gewalt-Phänomens im Zusammenhang von Konflikten, Krieg und Frieden ist der norwegische Mathematiker, Soziologe und Politologe Johan Galtung (Jg. 1930). Er prägte die Begriffe der „strukturellen“ und „kulturellen Gewalt“ und des „politischen Friedens“. Galtung begrün-

dete Ende der 50er Jahre die moderne Friedens- und Konfliktforschung und beeinflusste maßgeblich das Konzept der „sozialen Verteidigung“ gegen gewalttätige und militärische Usurpation. Meißner lässt es überdies an einer nicht dem gängigen bürgerlich-liberalen Verständnismuster folgenden „Theorie der Demokratie“ (vgl. Rosa Luxemburg) fehlen. Demgegenüber bezieht sich „Gewaltfreie Aktion“ darauf in einer an Basis und Konsens orientierten Weise. Es stimmt nicht, dass die Theorie der Gewaltlosigkeit etwa unreflektiert einer herrschenden bürgerlichen Demokratievorstellung anhängt. Im Gegenteil gehören Staats-, Herrschafts- und Militärkritik ebenso wie die Kritik am Kapitalismus als „struktureller wirtschaftlicher Gewalt“ zu ihren wesentlichen Bestandteilen. Sie hinterfragt und analysiert außerdem genau, wer die beteiligten politischen Akteure (Einzelne, Gruppen, Klassen, Institutionen, Staaten, Staatsorgane usw.) in Konflikten und Auseinandersetzungen sind, welche Interessen, Programme und Ziele sie haben und verfolgen und über welche Machtpotenziale und Handlungsinstrumente sie verfügen, die sie zu ihrem Nutzen (und Schaden anderer) einsetzen können. Auch die marxistische Theorie gehört neben anderem wie der System- und Konflikttheorie zu ihren angewandten Analysewerkzeugen.

Bei der weiteren konstruktiven Beschäftigung mit seinem Dreifachthema (Gewaltlosigkeit-Klassenkampf-Revolution) ist es interessant, welche historischen Beispiele Meißner heranzieht und wie rezipiert. Von der gewaltsamen Entwicklung in der Sowjetunion wurde weiter oben schon gesprochen. Als Beleg für seine Interpretationen kommt er im Laufe seiner Kurzstudie u.a. mehr oder weniger ausführlich auf Beispiele wie Spanien 1936, Kuba 1953-59, Vietnam, Chile 1973 und weitere lateinamerikanische Länder wie Ecuador, Bolivien, Venezuela („Sozialismus des 21. Jahrhunderts“) und Brasilien, Nordafrika, Nah-/Mittelost und DDR 1989 revolutionstheoretisch erörternd zu sprechen.

Lehrbeispiel Kuba?

Zwei etwas ausführlichere Bezugnahmen seien erlaubt. Meißner kann hinsichtlich des zitierten Beispiels

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 191 Frühjahr 2016, 44 S.

- Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen
- Gedanken zum Syrienkonflikt • Syrien – Geschichte und Gesellschaft
- Syrien – Religionen
- Eine andere Sicht auf die „Flüchtlingsfrage“
- Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer
- Die Parlamentswahlen in Polen
- Politische Entwicklungen in Griechenland

Nr. 190 Winter 2015, 36 S.

- Industrie 4.0
- Unsere Jahreskonferenz
- Türkei – Massaker und Staatsterror
- Türkei – Aufstand der Automobilarbeiter
- Pegida, AfD – Sie hetzen weiter
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil II
- Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen

Nr. 189 Herbst 2015, 36 S.

- Griechenland vor einem neuen „Hilfspaket“
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil I
- Wie der Kommunismus nach China kam, Teil I
- Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten
- Parlamentswahlen in Dänemark

Nr. 188 Sommer 2015, 44 S.

- G7 - Ein Gipfel demontiert sich
- Rußland heute – Der Linken Freund oder Feind?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Die Lage in Griechenland
- USA-Kuba-Venezuela
- Bremen hat gewählt – zur Hälfte
- Hartz IV: Die wahren sozialen Folgen
- Generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“: PEGIDA

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Kuba durchaus mit einiger Berechtigung von einem „gewaltarmen“ Revolutionsprozess sprechen (S. 70). Gemessen an anderen historischen Beispielen und der Größe des karibischen Inselstaates waren die mehreren hundert bis vielleicht etwas über tausend Opfer und Toten auf beiden Seiten kein gerade hoher Blutzoll, auch wenn jeder aus politischen Gründen und im Krieg getötete Mensch einer zuviel ist. Dem gegenüber standen zwischen 2.000 und 20.000 getötete Regimegegner während der Diktatur des 1952 zunächst per unblutigem Militärputsch an die Macht gelangten Politikers Fulgencio Batista. Der Kampf gegen dessen Regime war nicht nur durch den im äußersten Südosten der Insel in der Sierra Maestra begonnenen bewaffneten Guerillakrieg entschieden worden, wobei es nur selten zu größeren Gefechten mit der regulären Armee gekommen war. Ab Mitte 1958 rückte die Rebellenarmee Castros zahlenmäßig erstarkt und kampferprobt in zwei Kolonnen zunächst relativ unbehindert Richtung Westen auf die Hauptstadt Havanna und im Osten die zweitgrößte Stadt Santiago de Cuba vor, die nahezu kampfflos erobert wurde. Das leitete in die kurze Periode eines offenen Bürgerkriegs über. Kurz vor der Jahreswende 1958/59 erwiesen sich die Einnahme der Großstadt Santa Clara und die Sprengung eines Waffen- und Munitionszuges für Castro als strategisch entscheidende Durchbrüche. Immer mehr hatte sich Batistas restliche Armee, die den Guerilleros einmal neun- bis zehnfach und waffentechnisch sowieso überlegen war, zurückweichend auf die „letzte Schlacht“ um die Hauptstadt verlegt. Das von den Spielbank- und Geldwäschegeschäften der US-Mafia völlig abhängige korrupte Batista-Regime war innerlich bereits morsch genug und genoss kaum noch nennenswerten legitimen Rückhalt im kubanischen Volk. Ein gigantisches Immobilien-Projekt mit 50 neuen Hotels des jüdischen Mafioso Meyer Lansky kam nicht mehr zur Ausführung. Die Bevölkerung wollte Batistas Ablösung und begrüßte mit wachsender Sympathie die sich mit erbeuteten Panzern und Militärfahrzeugen auf die Hauptstadt zu bewegende Guerilla aus den Bergen. Erst jetzt kam es auch zur Unterstützung durch die bis dahin zögerliche Kommunistische

Partei (Partido Socialista de Cuba) und die Gewerkschaften. Entscheidender für den Umsturz und Sieg Castros war das subversive und bewaffnete Agieren vieler mit der „Bewegung 26. Juli“ verbundenen militanten castristischen Gruppen in den größeren Städten und Havanna. Diese „Stadtguerilla“ verübte auch Sabotageakte und Bombenanschläge. Scharenweise desertierten Soldaten aus Regimentern und Kasernen, verschwanden im Untergrund oder schlossen sich den Rebellen an. Einfache Polizisten und sonstige Amts- und Staatsdiener schmissen hin und erfüllten ohne noch ordnenden Sinn und Zweck zu erkennen ihre täglichen Aufgaben nicht mehr. Wichtige Staatsstützen brachen einfach ohne großes aktives Zutun weg. Die klassische innere wie äußere Auflösung von Staatsherrschaft spielte sich fast wie nach Drehbuch ab. So war es nur eine Frage der Zeit, bis es im Zusammenwirken dieser Faktoren nach letzten Häuserkämpfen in Havannas Vororten zum Siegesfanal am Tag nach Neujahr 1959 kam. Bei all dem darf nicht vergessen werden, dass es in der Anfangszeit der neuen Castro-Regierung und auch noch länger danach sehr wohl eine Unterdrückung linker politischer Opposition (Trotzkisten, Anarchisten) und liberaler Kräfte gab und nach dem Machtantritt unter Che Guevaras federführender Ermittlung Hinrichtungen und Exekutionen von politischen Gegnern, vor allem unter höheren Rängen der Regierungsarmee (Batista-Anhänger) und abtrünnigen („Verrätern“) eigenen Compagneros stattfanden (siehe Ernesto Che Guevara: „Episoden aus dem Revolutionskrieg“, Frankfurt 1979). Und der von Meißner als charismatisch, volksverbunden und historisch weitsichtig gelobte Maximo-Lider Castro (und auch Che Guevara) verlangte 1962 in der Kubakrise immerhin von Chruschtschow in völliger Verkennung der großen Weltkriegsgefahr das atomare Losschlagen als Erstem gegen die USA, wogegen sich dieser besonnen genug entschied.

Gewollter Zusammenbruch oder friedliche gewaltfreie Revolution?

Breiteren Raum nimmt im Buch im 24. Jahr der deutschen Vereini-

gung die Aufmerksamkeit Meißners für den Prozeß der Systemtransformation in der SU und in anderen Ostblockstaaten, vornehmlich der DDR, ein. Dieser begann nach den sich zuvor mit dem Aufkommen von Solidarnosc in Polen schon subversiv auswirkenden Aufweichungen in der UdSSR 1985 mit dem Amtsantritt des liberalen Apparatschiks und Agrarverwaltungs-Fachmanns Michail Gorbatschow. Unter seiner Parteiführung mit von oben der Bürokratie, Wirtschaft und den Massenorganen administrativ verordneten liberalen „Reformen“ von Glasnost (Durchsicht) und Perestroika (Umbau) nahmen die Ereignisse ihren unvermeidlichen Verlauf. Sie setzten sich fort und endeten unter dem Amtsnachfolger Jelzin (Meißner: „Alkoholiker“) mit dem, was von Meißner als „konterrevolutionäre Restauration“ bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse und des Kapitalismus bezeichnet wird (siehe 4. Abschnitt: Kapitalistische Restauration – gewaltfrei, S. 25-32). Man wird dem objektiv betrachtet weitgehend zustimmen können. Allerdings wird das Urteil den besonderen inneren Bedingungen dieses Prozesses und den wirklichen gewaltfreien Trägern der Vorgänge in der DDR nicht gebührend gerecht, die eine eigene Betrachtung erfordern. An ihnen wird die Dialektik zwischen Revolution, Gewalt und Gewaltfreiheit in einem abweichenden zeitbedingten Kontext deutlich. Und es stellt, obwohl schon wieder gut 25 Jahre zurückliegend, das jüngste bedeutende „Revolutionsereignis“ im eigenen Land dar, dem auch Meißner als ehemaliger DDR-Bürger eine kritische Kommentierung widmet. Der „Epochenwende“ voraus ging ein politischer Aufbruch von aktiven BürgerrechtlerInnen und engagierten Mitgliedern von Friedens- und Umweltgruppen (Schwerter zu Pflugscharen, Umweltbibliothek, Offene Arbeit, Menschenrechtsinitiativen, Montags-demos), oft unter der Protektion des evangelischen DDR-Kirchenbundes, die natürlich keine geschulten Klassenkampfkader im Leninschen Sinn, aber deshalb auch nicht dumm waren und noch sozialistische Bildung genossen hatten. Ihr Handeln geschah im überwiegend von selbst laufenden Sog der implodierenden Erosion eines beispiellos

rasanten Staats- und Herrschaftszerrissenheit einer DDR, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Ausbeutung durch das Kapital abgeschafft waren und Arbeit einen anderen humanen Stellenwert als im Kapitalismus hatte. Ein klassenbewusstes Arbeiter- und Bauernproletariat von Werktätigen trat, bürokratisch längst von den Schalthebeln der Macht entfernt, als verteidigendes, revolutionäres Subjekt eines ihm gehörenden, durchaus noch produktiven Volkseigentums nicht mehr auf. Das offene Agieren von Neuem Forum, Demokratie jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, Vereinigte Linke, Demokratischer Aufbruch u.a. verband sich seltsam unvermittelt mit einem wellenartigen „Ansturm“ von Ausreisewilligen auf westdeutsche Botschaften in Warschau und Prag. Die Ungeduld all jener Unzufriedenen und Nein Sagenden, die sich nach den offensichtlichen Kommunalwahl-Fälschungen des Frühjahrs 1989 erneut getäuscht und betrogen sahen, verstärkte sich nun zu ihrer Abstimmung mit den Füßen, um den Marsch über anderswo in Ungarn bereits geöffnete Grenzen des „Eisernen Vorhangs“ zur DM und ins mental versklavende „Konsum- und Beschäftigungsparadies“ im Westen anzutreten. Die einen betonten bei Massendemonstrationen auf Strassen und Plätzen ostdeutscher Städte, sie wollten bleiben (um vor Ort etwas zu verändern), die anderen riefen bald zu Hauf die national-patriotische Parole vom „ein Volk“ und meinten damit die erhoffte Vereinigung mit der zur „feindlichen Übernahme“ der DDR-Konkursmasse (Meißner spricht von Annexion) bereit stehenden BRD. Ein beispielloser Vorgang, den man in Verkennung des Begriffs – oder bestenfalls ironisch – so wie er sich dann abwickelte wohl kaum als „gewaltfrei“ bezeichnen kann.

Sie waren kurze Zeit „das Volk“

„Keine Gewalt“ war ein häufig zu vernehmender besänftigender Ruf bei Aufmärschen massenhaft Versammler, die in eskalierende Konfrontationen mit DDR-Volkspolizei, rüde ein- und durchgreifenden Stasi-Ordnungstruppen und bereit stehenden Betriebskampfgruppen umzuschla-

gen drohten. Sogar prominente DDR-Fußballer wie Thomas Doll mischten sich mit tief ins Gesicht gezogenen Hüten unter die demonstrierenden Massen. Räumfahrzeuge standen kolonnenweise in Nebenstraßen bereit. Westliche Fernsehteams wurden von Stasi-Jägern gehatzt und am Drehen gehindert. Ganz ohne tätliche Rängeleien, Prügeleien, ruppiges Draufhauen, an Nasen und Köpfen blutig geschlagene Verletzte, willkürliche Verhaftungen und Verschleppungen etc. ging es dann doch nicht ab. Aber das war unter dem Aspekt letzten Aufbäumens betrachtet eher eine zu vernachlässigende Gewaltgröße. Für die Geschichte sozusagen ohne Bedeutung, sieht man mal ab von einzelnen neuralgischen Momenten wie am Abend des 7.10.1989, als während der 40-jährigen Staatsgründungsfeier das ausgesperrte Demo-Volk u.a. mit unverdächtigen Gorbi-Rufen bei Dämmerung im Fackelschein zu Tausenden gegenüber vom Palast der Republik aufzog. Stasi-Mielke persönlich patrouillierte mehrmals unter dichtem Personenschutz um Honeckers Lampenladen, um nach dem Rechten zu sehen. Die ganze Szenerie mutete schon gespenstisch und grotesk an. Oder bei der Demonstration der 70.000 zwei Tage später, die den Leipziger Innenstadtring zum ersten öffentlichen, mobilen „runden Tisch“ machte. An jenem 9. Oktober wusste morgens noch niemand, was am Abend passieren würde. Aufgrund demokratisch Einfluss nehmender Besonnenheit von Personen des öffentlichen Lebens (K. Masur vom Leipziger Gewandhaus, örtliche SED-Sekretäre u.a.) und der Zurückhaltung eher irritierter (oder Befehls gelähmter?) Staatsorgane kam es zu keiner befürchteten „chinesischen Lösung“. Die Staatsspitze schwieg, was hinter den Kulissen möglicherweise fieberhaft ablief und koordiniert wurde oder auch nicht, bleibt eher Spekulation. Honecker war zu der Zeit schon schwer krank und nicht mehr aktiv politisch handlungsfähig, aber noch immer im Amt und sonst traute sich im Politbüro unabgestimmt noch keiner das Heft in die Hand zu nehmen (wie bekannt erfolgte Honeckers Ablösung durch Egon Krenz nur wenig später am 18. Oktober). Meißner jedenfalls betont die Zurückhaltung der

DDR-Führung, die gleichwohl zum militärisch-polizeilichen Eingreifen gegen einen inneren gewaltbereiten Aufstand fähig gewesen wäre, aber bewusst keinen Einsatzbefehl dazu gegeben und einen Schusswaffengebrauch ausdrücklich untersagt habe. An diese oberste sozialistische Instanz, so Meißner, sei der Dank für vermiedenes Blutvergießen und verhinderten Bürgerkrieg zu richten gewesen (S. 30). Zur Gewaltanwendung bereit war wohl eher der Staat und so ist das Lob geteilt auch an die Adresse der zornigen, unzufriedenen und durchaus gewaltfrei geschulten Menschen auf den Strassen zu richten, die gleichwohl provozierende Gewalt aus ihren Reihen nicht wollten und besonnen unterbanden.

Auch die Besetzung der beim Volk überwiegend verhassten Stasi-Zentrale in der Ostberliner Normanenstrasse am 15. Januar 1990 artete nicht wie man hätte erwarten mögen in einen marodierenden „Sturm auf die DDR-Bastille“ aus, der eine vom zentralen Runden Tisch schon „gezähmte“ VoPo nichts entgegen zu setzen gehabt hätte. Vielleicht ahnte die demonstrierende DDR-Bevölkerung auch schon, dass sie in der Hektik der von außen forcierten Ereignisse gar nicht mehr der entscheidende agierende Faktor einer vor allem medial und von westdeutschen Politikern stark favorisierten „gewaltlosen demokratischen Revolution“ war. Die Würfel waren offenbar anderswo schon gefallen, die Weichen andernorts gestellt worden: im Kreml, Weißen Haus, in Bonn, in den Zentralen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen (nur Bündnis '90 war ein originär in der DDR gebildeter politischer Zusammenschluss) mit ihren alsbald installierten und instrumentalisierten Ostablegern, den Vorständen der westdeutschen Konzern-Monopolisten und bei den westalliierten Kontrollmächten, die sich nahezu alle sehr beeilten, auf den laufenden Auflösungsprozess in der DDR zu ihren jeweiligen Gunsten Einfluss zu gewinnen und auszuüben. Das bald versiegende Geschehen auf den Strassen verlagerte sich kanalisiert an die sog. Runden Tische. Nach der Massenkundgebung des 4. November auf dem Alexanderplatz war es nur mehr überwiegend eines der symbolischen Beteiligung. So

konnte sich der rückwärts gerichtete Übergang einer sozialistischen in eine kapitalistische Wirtschaft flankiert vom Eingreifen der politischen Klasse der BRD mit ihren Instrumenten freie, gleiche Wahlen, parlamentarische Demokratie und bald auch Treuhandphänomenal betrachtet „gewaltfrei“ vollziehen. Faktisch und strukturell war der DDR-Anschluss ein politisch-ökonomischer Gewalt- und Kraftakt sondergleichen, der nicht nur freiheitliche Vorteile hatte, sondern vielen Menschen schwerste existenzielle Bedrängnis und Nöte bescherte und sichere Lebenswelten zerstörte. Verkehrte Welt! Dieser offensichtliche Widerspruch verlangte eigentlich nach noch mehr vertiefender Durchleuchtung und Untersuchung, der sich Meißner jedoch entzieht oder sie jedenfalls ausklammert.

Theorie und Praxis sozialer Revolution heute

Revolution scheint heute politisch weniger denn je als einmaliger Umsturzvorgang oder Sturm auf Regierungspaläste denk- und planbar zu sein. Nicht mehr als spontan organisierter oder von einer revolutionären Partei von langer Hand vorbereiteter Massenaufstand. Diese Vorstellung scheint zumindest in hoch industriellen Staaten mit ausgeprägter, von den Herrschenden kontrollierter und manipulierter Massenkommunikation und stark ausgebildeten Polizei- und Militärstrukturen (Bundeswehreinsetzung auch im Innern gegen „Terrorismus“, GSG 9, Bundespolizei und BKA als politischer Polizei) tatsächlich der Vergangenheit anzugehören. Gewiss muss dem nicht revolutionsnostalgisch nachgetrauert werden, eröffnen sich politischen Netzwerken doch auch wieder neue Handlungsoptionen und Aktionsfelder. Das politische Widerstandsgeschehen in der Welt hebt sich durchaus auf neue Stufen. Die Auflösungen und Abbrüche geschehen weltpolitisch derzeit eher an den Peripherien und Rändern und wirken von dort auf die entwickelten urbanen Metropolen (Antiterrorkrieg). Doch überall wird man mehr und mehr auf gerade auch von einer revolutionären Arbeiterbewegung immer wieder gezielt praktizierte subversive Kon-

zepte und Mittel eines „Gewaltfreien Aufstands“ (Theodor Ebert) zurückgreifen: mit gewaltfreien Protesten und Überzeugung, Mahnwachen, Menschenketten, gewaltfreier Kommunikation, mit Streiks, Demonstrationen, Boykotts, Aktionen zivilen Ungehorsams, Blockaden (siehe die Sperrung der Rheinbrücke durch die Rheinhausener Stahlwerker), Betriebs- und Bauplatzbesetzungen, Militärdienstverweigerung, sozialer Nichtzusammenarbeit, gewaltfreier Intervention etc. Und auch das bewährte Flugblatt hat trotz „sozialer (kontrollierter) Netzwerke“, SMS-, Twitter- und Facebook-Gewohnheitskommunikation (Feind hört/sieht mit) als Straßenagitationsmittel noch nicht ausgedient.

Beispiele wie Nicaragua 1979-89, Portugal 1974/75 oder Chile 1970-73 liegen auch noch gar nicht so lange zurück. In Nicaragua entschieden die überwiegend „humanitär“ kontrolliert gehandhabten Waffen der linken Sandinistischen Befreiungsfront, der auch Priester und dichtende Intellektuelle angehörten, den Kampf gegen den Diktator Somoza, die dann die politische Macht im Land übernahm und gerade nicht „diktatorisch“ ausübte. Dennoch büßten die Sandinisten nach zermürbendem Contrakrieg bei schließlich wieder stattfindenden demokratischen Wahlen 1990 den Rückhalt in der Bevölkerung ein und wurde ihr revolutionäres Projekt zurückgedrängt. Des ehemaligen FSLN-Commandante Daniel Ortegas dritte Präsidentschaft verkörpert nicht mal mehr den Schatten des einstigen revolutionären Profils. In Portugal scheiterte eine in Stadt und Land noch zu schwache sozialrevolutionäre „poder popular“ (Volksmacht) am trotz unterstützender linker Streitkräftebewegung wieder erstarkenden rechten Militär und äußeren Druck von NATO und Sozialen Eurodemokraten. In Chile erstickte ein brutaler, CIA-gelenkter und neoliberal fokussierter Militärputsch das friedliche Experiment von Allendes legal gewähltem, demokratisch-sozialistischem Bündnis Unidad Popular. Bedingungen und Verhältnisse, aus denen sich revolutionäre Situationen ergeben können, sind wie an den genannten Beispielen abzulesen – das sieht und versteht wohl auch Meißner so – meist unterschiedlicher Art und

Ausprägung und müssen demgemäß entsprechend einzeln analysiert, verstanden und erklärt werden. Meißner bemüht für die revolutionäre Praxis den Begriff der „Gewaltarmut“, das deutet zumindest in die angemessene richtige Richtung.

Dazu braucht es ähnlich wie in Spanien 1936-39 eine „Theorie der sozialen Revolution“ wie sie etwa die marxistische POUM und Anarcho-Syndikalisten vertraten: Verteidigung von Freiheit, Gesellschaft und Kultur gegen den Faschismus durch die soziale Revolution. Nötig ist heute erweitert ein Konzept gesellschaftlicher, ökonomisch-ökologischer, kultureller und ideologischer Veränderung und Umgestaltung im Sinne von Gegenmacht, das sich an politischen Reformschritten orientiert und sie möglichst voran treibt. Hierfür kann unter bestimmten Bedingungen sozialer Massenbewegung (aber nie ohne sie) auch parlamentarisches Wirken (in Spanien arbeiteten Anarchisten zeitweise in der republikanischen Regierung mit) nützlich und nötig sein, als Opposition oder in Regierung(mit)verantwortung (siehe das Beispiel SYRIZA, wo wir gerade erst Zeuge eines währungspolitisch verbrämten politischen Klassenkampfes reicher Europäer gegen ein hoch verschuldetes EU-Mitglied Griechenland unter sozialistisch angetretener Regierung waren). Freiwillig werden – darin ist Meißner ohne Vorbehalt zuzustimmen – die an der Macht befindlichen Herrschenden ihre Pfründe nicht aufgeben und Privilegien abtreten. Dies zu erwarten oder erhoffen wäre naiv. Ihre Macht wird ihnen in bestimmten historischen Situationen entweder erodierend und delegitimierend abhanden kommen (worauf gezielt Einfluss zu nehmen wäre), oder aktiv und „gewaltarm“ genommen werden müssen (Revolution ist, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen). Es gibt, wie es der Philosoph und Kriegssteuergegner Henry D. Thoreau (1817-1862) in seinem berühmten Essay von 1849 formulierte, eine permanente wachsame „Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat“ (i. Orig. Resistance to Civil Government), dem Inhaber des vermeintlich allmächtigen Instruments „Gewaltmonopol“. Wer den Staat kontrolliert, kontrolliert Wirtschaft und Gesellschaft, wäre die kon-

ventionelle These im Sinne Meißners. Die Gesellschaft stärken, Wirtschaft konsequent entmonopolisieren und sozialisieren und den Staat zugunsten herrschaftsfreier Assoziationen beschränken und abbauen, wäre das Ziel einer gewaltlosen Strategie. In den 1960er und 70er Jahren nahmen sich gerade die in der United Farm Workers (AFL-CIO) organisierten kalifornisch-mexikanischen Landarbeiter um César Chávez bei ihren gewaltfreien Aktionen und Boykottkämpfen mit den Besitzern der Südfrüchte-Plantagen und Auseinandersetzungen mit der Polizei Thoreaus Pamphlet und Motto zum Vor- und Leitbild. Vieles wird von Meißner durchaus richtig angesprochen und zugeordnet, obwohl seine Rezeption der Gewaltlosigkeit sich als schwach auf der Brust und ungenügend erweist und daher dem darin angelegten großen humanitären Potenzial nicht gerecht wird.

Vorbild China?

Etwas befremdlich für manche/n Lesende/n mag sich der letzte fazitartige Buchabschnitt „Lokomotiven der Geschichte“ (S. 104-11) ausnehmen. Man fragt sich nämlich, ob angesichts der höchst positiven Bewertung Meißners einer fortschrittlichen, Zukunft

weisenden chinesischen Entwicklung (ARD-Tagesschau: „Zweitgrößter Wirtschaftsmotor der Weltwirtschaft“) der Autor nun sein im ganzen Buch stringent durchgehaltenes dialektisches Handwerkszeug beiseite gelegt hat? Nicht dass hier einer längst überkommenen ML-Kritik eines chinesischen „Sozialimperialismus“ das späte Wort geredet werden soll. Den eklatanten Widerspruch zwischen einem nominell noch kommunistischen, de facto aber längst privat- und monopol-kapitalistischen China von heute, dem gewaltige ökonomische, ökologische und demographische Probleme (Überalterung, Arbeitskräftemangel, Luft- und Gewässerverschmutzung, Zwangspolitik der Einkind-Familie, z.T. inzwischen etwas gelockert für privilegierte Schichten) ins Haus stehen, blendet Meißner in seiner Parteinahme undialektisch aus. Meißner zitiert wohl zustimmend Scholl-Latour, der nach den Niedergängen der Briten im 19., der USA im 20., China als die kommende aufsteigende Weltmacht des 21. Jahrhunderts sieht. Soweit so noch zutreffend. Die realkapitalistische und militärisch wie atomar umfassend aufrüstende Weltmacht China ist nach Meißners Ansicht dabei, „mit ihrer konsequenten Friedenspolitik im Bündnis mit Ländern wie Indien, Russland und einigen früher sowjetischen asiatischen Republiken (gemeint ist damit wohl Vietnam) einen antiimperialistischen Friedensblock zu gestalten“ (!) Und es heißt an gleicher Stelle noch abstruser weiter: „Die zunehmende weltpoli-

tische Dominanz Chinas (bedeutet) die Bewahrung und Fortsetzung der historischen Bedeutung der Oktoberrevolution und das Weiterschreiten auf dem Weg Lenins“ (S. 109). Hier ist offenbar jemand verzweifelt auf der Suche nach einem ihm abhanden gekommenen, revolutionären Staatssubjekt. Fürwahr, von diesem doch sehr heterogenen „Friedensblock“, dessen Mitglieder sich alle schon wechselseitig in kriegerischen Konflikten befanden, dürfte in kommenden Zeiten weltpolitisch noch einiges an Unfrieden und Gewalt zu erwarten sein, da auch Russland und Indien derzeit wieder deutlich aufrüsten. Da verdirbt sich einer mit wenigen Sätzen fast noch seine erarbeitete differenzierte Annäherung an die großen Möglichkeiten einer gewaltarmen, gewaltlosen Entwicklung, die für die Welt in revolutionärer Überwindung der Klassengegensätze zur Selbstverständlichkeit werden könnte.

Trotz angesprochener Schwächen, Lücken, Fehler und dem beinahe Absturz am Ende ist Meißners kleines Buch zu einem großen Thema insgesamt ein lesenswerter Beitrag zu einer keineswegs selbstverständlichen Erörterung seiner gewählten Thematik.

E. K., Bremen, 15.12.2015

*Gewaltlosigkeit und
Klassenkampf von
Herbert Meißner,
Verlag Wiljo Heinen,
Berlin und Böklund
2014, 111 S.*



Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Die Bremer Linksradiakalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Die Potsdamer Beschlüsse

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.



Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Leserbrief

Zuschrift an die Redaktion

Irrungen, Wirrungen

Leserbrief zum Beitrag "Gedanken zum Syrienkonflikt - kommunistische Positionierungen". In: Arbeiterstimme Nr. 191, Frühjahr 2016, S. 8-13.

Den Feststellungen in dem Vortrag des Genossen zur Analyse des Syrienkriegs, die über die Hälfte seines Artikels ausmachen, ist im Wesentlichen ohne große Abstriche zuzustimmen. Schwieriger, sogar widersprüchlich und auch fragwürdig, wird es im zweiten Teil, in dem eine Bewertung der Kräfte und Machtverhältnisse aus kommunistischer Sicht vorgenommen und eine Kritik an Positionen der Friedensbewegung und nicht unberechtigt der DKP, speziell ihrer Führung, formuliert wird. Dieser Teil beginnt auf Seite 11 etwa in der Mitte unten mit dem Abschnitt, wo es heißt: "Wenn Kommunisten zu Kriegen Stellung nehmen, müs-

sen sie sich der Frage widmen, ob es dabei eine gerechte Seite gibt ...". Diese offenbar im Syrienkrieg auszuma-

chen, scheint auch das eigentliche Kernproblem für den Artikelschreiber zu sein. Ich will versuchen, dazu einige Punkte kritisch aufzugreifen und etwas auszuführen.

Mit ein wesentlicher Bezugspunkt des Verfassers ist neben Lenins Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen die berühmte Clausewitzsche Formel vom "Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln", welche allseits auch von Kommunisten anerkannt werde, womit die Friedensbewegung aber mitunter so ihre Probleme hätte, bzw. diese manchmal als abzulehnende Rechtfertigung von Kriegen aufzufassen würde. Man könnte natürlich den Clausewitz-Satz genauso auch umdrehen und sagen, Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und läge in vielen Fällen historisch damit nicht daneben. Gerade wenn man berücksichtigt, in wie vielen Fällen die Beendigung von Kriegen durch Verträge eines aufgezwungenen "Siegfriedens" und neuer um-

strittener Grenzziehungen zu weiteren nachfolgenden Kriegen geführt haben. Siehe z. B. das Ende des Ersten Weltkriegs zwischen Deutschland und Frankreich und besonders auch dessen Ende im Nahen/Mittleren Osten, wo nach dem Sieg der Entente-mächte über das Osmanische Reich dessen Herrschaftsgebiet mit willkürlichen Grenzziehungen z. T. entlang des geraden Verlaufs von Ölpipelines durch Wüstengebiete unter den neuen Mandatsmächten Frankreich und England aufgeteilt wurde, wodurch erst Länder und Konfliktgebiete wie Palästina, Transjordanien (beide brit.) und Syrien (frz.) entstanden. Oder man könnte es mit den Worten des französischen Philosophen M. Foucault ausdrücken, der einmal meinte, man müsse unter dem Frieden den Krieg herauslesen.

Die (radikale) pazifistische Auffassung vom Krieg als "Verbrechen gegen die Menschheit" (siehe etwa die Grundsatzerklärung nach dem Ersten Weltkrieg der War Resisters' International, WRI, gegr. 1921) drückt eine grundsätzliche politische, menschenrechtliche und humanitäre Kritik der Waffen und Gewalt aus, egal von welcher Seite und zu welchem



Zweck und Ziel eingesetzt, in weiterer Konsequenz sogar von Staat und Militär. Aus ihr begründete sich im 20. Jahrhundert erst im angelsächsischen Raum und dann auch auf dem Kontinent die konsequente Haltung der Kriegs- und Militärdienstverweigerung. Wer Gewalt und Krieg verwirft, braucht zur Konfliktlösung und -bewältigung gewaltlose, nicht-militärische Alternativen und Optionen. Der Ansatz liegt neben den militärischen in den zivilen, d. h. politischen, ökonomischen, psychologischen, ideologischen und religiösen Ursachen von Gewalt und Kriegen. Gleichwohl kann ein absoluter Pazifismus in bestimmten gegebenen historischen Situationen (Faschismus, Diktatur, Terror) zu Dogma und handlungsunfähiger Erstarrung werden, wenn es für die Betroffenen keinen anderen als einen gewaltsamen Weg zur Befreiung aus Entrechtung und Unterdrückung gibt. Der Verfasser hängt der überholten Vorstellung eines "gerechten Kriegs" (bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts auch stark theologisch in der kirchlichen Kriegslehre begründet) an, während Teile der Friedensbewegung sich heute am Konzept eines "gerechten Friedens" orientieren. Er zieht hinsichtlich Syrien eine grundsätzliche pazifistische Einstellung freilich mit den Worten, es handle sich dabei um "fundamental-oppositionelle Thesen", per se in Zweifel, die es den Herrschenden leicht machen würden, sie für Unsinn, d. h. unrealistisch zu erklären. Eine solche dequalifizierende Bemerkung könnte hierzulande auch von einem Repräsentanten einer der bürgerlichen Parteien stammen. Es soll hier aber nicht weiter der Unterschied erörtert werden zwischen bürgerlichem, politischem oder revolutionärem Pazifismus, den es als Antimilitarismus in einem Flügel der Arbeiterbewegung (Bsp. Holland: B. de Ligt, H. Roland Holst) auch gegeben hat, da dies nicht weiter führt.

Gesagt werden muss auch zu der Feststellung auf Seite 11 des "gerechten, anti-faschistischen Charakters" des Bombenkriegs der Alliierten im Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung, dass dieser allein schon gemessen an Kriterien der Genfer Kriegskonvention/Zusatzprotokolle über den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegen und

des Völkerrechts (Stichwort: Massenvernichtung) als Kriegsverbrechen einzustufen ist. Aus der Feder eines Kommunisten solches zu vernehmen, muss verwundern, scheint ihm doch auch die dialektische Einschätzung des Zweiten Weltkriegs als "gemischtem Krieg" zwischen beteiligten imperialistischen Mächten nicht so geläufig zu sein (siehe A. Thalheimer, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik und auch Arbeiterpolitik-Sonderheft Bombenkrieg und Klassenkampf, Dez. 2008). Mit der antifaschistischen Motivation der (westlichen) Alliierten war es bekanntlich nicht weither, was man am baldigen Ende 1952 der sog. Entnazifizierung auch ablesen kann, nachdem 1946 die Nürnberger Kriegsverbrecher-Urteile gesprochen waren und man die etwa zwei Handvoll Hauptverantwortlichen gehängt hatte. Ehemalige Nazis waren zu Beginn des Kalten Kriegs für die einstigen Alliierten als "Spezialisten", die gebraucht wurden, wieder interessanter. Allzu viele schwer Belastete und NS-Verantwortliche (heute geschätzt: 5 Mio. NS-Täter bei 8 Mio. NS-Parteimitgliedern, nur etwa 182.000 Verhaftungen in den drei Westzonen) blieben am Ende unbehelligt oder gelangten zu neuer Funktion und Ehre bis hinauf in die hohe präsidiale BRD-Politik.

In Syrien, das scheint der Artikelschreiber auch nicht zu sehen oder zu übersehen, führt das herrschende Baath-Regime von al-Assad auch einen Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung, die sich nicht an terroristischen Aktivitäten oder oppositionellen und islamistischen Milizen beteiligen. Es betreibt in besonders drastischer Weise eine ethnisch-konfessionelle Vertreibungspolitik und bestreitet dies natürlich. Ganze Stadtviertel von Damaskus und anderswo wurden von der regulären syrischen Armee gezielt mit Bombardements belegt und durch Artilleriebeschuss zerstört. Welche(n) syrischen Adressaten hat der Verfasser eigentlich noch abstrakt im Blick, wenn er von nationaler Selbstbestimmung des Volkes spricht, für die es sich als Kommunisten einzusetzen gälte? Ist es al-Assad und sind es die vielleicht drei einflussreichsten großen Familienclans in seinem nächsten Umfeld, ist es die Armee und paramilitärische Miliz, sind es die Geheimdienste, ist

es der restliche "Staat" ...? Was könnte die Formel der Selbstbestimmung von Nation und/oder Volk konkret bedeuten? Ich will dazu ein Zitat aus einem interessanten Essay anführen, wo es um die Frage einer möglichen Perspektive jetzt geht:

"Einen Waffenstillstand und eine 'politische Lösung' für die Zukunft dieses Landes wird es nur geben, wenn man eben jene Bevölkerung erreicht, die sich noch auf syrischem Territorium befindet und - aus Angst oder mangelnden Optionen - dem Assad-Regime aktiv oder passiv dient. Jeder Versuch, diese Bevölkerung für die Ziele der bewaffneten Opposition zu gewinnen, ist gescheitert und zwar nicht nur, weil das Regime dies mit Gewalt zu unterbinden wusste. Aus der - zu Regime und Aufständischen gleichermaßen negativ eingestellten - Bevölkerung müssen eigene Kräfte hervorgehen, die eine Alternative zu den aktiven Kriegsparteien bilden und einen Waffenstillstand nach ihren eigenen Bedürfnissen aushandeln. Und dafür müssen sie mit Garantien internationaler Mächte rechnen können. ..." (Daniel Gerlach: Was in Syrien geschieht. In: Syrien, Irak und Region. Aus Politik und Zeitgeschichte, 8/2016, 22.2.2016, S. 6-14. Gerlach, Jg. 1977, ist Orientalist und Nahost-Experte, Mithrsg. des Magazins zenith; Buch: Herrschaft über Syrien. Macht und Manipulation unter Assad, 2015). Dem ist im Grunde nichts hinzuzufügen.

© EK, HB, 16.4.2016

Anzeigen



**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

bundsvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE



DIE ROTE HILFE
Zeitung gegen Repression

DIE ROTE HILFE
erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

BAYER - Aktien

in Aktion!

Stimmrechte übertragen.
Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.




Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

www.cbgnetwork.org

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich spende €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).
Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) €
Bitte abbuchen:
 - monatlich
 - vierteljährlich
 - halbjährlich
 - jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname: Alter: Beruf:

Straße, Hausnr.: PLZ, Ort:

eMail: Telefon:

Geldinstitut: Bankleitzahl bzw. BIC:

Konto-Nr. bzw. IBAN: Datum, Unterschrift:

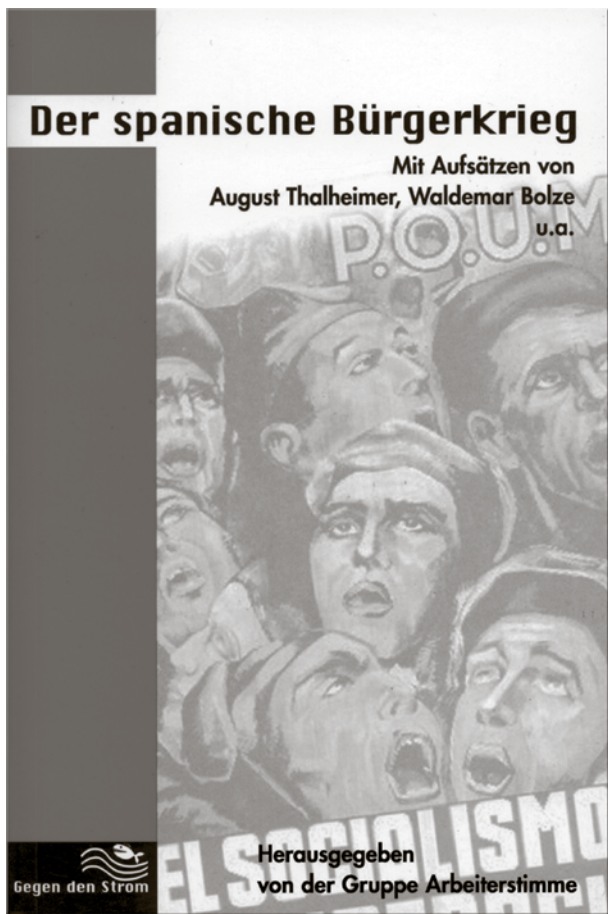
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Kontos verlangen, wenn ich das Kreditinstitut nicht benachrichtige. Kreditinstitut: verbriefen Belegungen. Glaubiger-ID: DE21CBG00000021028

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten, 14,00 €
Die Bremer Linksradiakalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

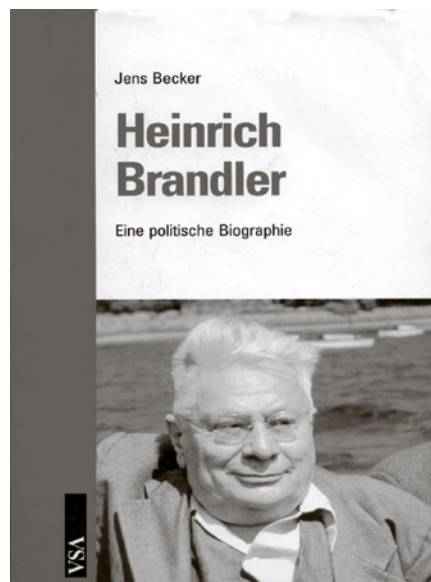
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion

über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.



510 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten, Paperback, 20,- €
 ISBN 3-87975-836-0

Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M. 2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:
 T. Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org



Bestelladresse:
 T. Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
redaktion@arbeiterstimme.org